

ISBN 978-3-945856-25-3

Schriftenreihe der Deutschen Hochschule der Polizei

Die Selbsterzählung eines Wissenskollektivs: Die Polizei der Zukunft

Band 23



Schriftenreihe
der Deutschen Hochschule der Polizei

Band 23



**Die Selbsterzählung eines Wissenskollektivs:
Die Polizei der Zukunft**

Nadja Maurer



Deutsche
Hochschule der Polizei



Schriftenreihe
der Deutschen Hochschule der Polizei
neue Folge

hrsg. vom Kuratorium der Deutschen
Hochschule der Polizei

Band 23



Nadja Maurer

Die Selbsterzählung eines Wissenskollektivs:
Die Polizei der Zukunft

Münster, 2024

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung vorbehalten.

Fachbeirat:

Ltd. Polizeidirektor i. H. Günther Epple

Prof. Dr. Thomas Görgen

Prof. Dr. Stefan Jarolimek

Prof. Dr. Anja Schiemann

Prof. Dr. Dr. Antonio Vera

© Deutsche Hochschule der Polizei – Hochschulverlag

Zum Roten Berge 18–24

48165 Münster

ISBN 978-3-945856-25-3

ISSN 1865-0430

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	7
Danksagung	8
I Zukunftswissen	9
2 Methode: Von vielen inneren Kinos zur Meta- erzählung	13
3 TEIL I: INNEN	17
3.1 Die Polizei als Arbeitgeber	17
3.1.1 Strukturen, Bürokratie, Verwaltung	17
3.1.2 Prozesse	19
3.1.3 Bezahlung und Personalmangel	20
3.1.4 Aus- und Fortbildung	24
3.1.5 Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten	26
3.1.6 Führung	27
3.2 Ausstattung und Technik	28
3.2.1 Digitalisierung: Vernetzung und Automatisierung	31
3.2.2 Künstliche Intelligenz	35
3.3 Kultur der Organisation Polizei	39
3.4 Aufgaben der Polizei in Zukunft	42
4 TEIL I: AUSSEN	47
4.1 Neue Kriminalitätsphänomene	47
4.2 Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit	49
4.3 Wertschätzung	52
4.4 Bürgernähe	54
4.5 Gesellschaftliche Entwicklung	57
4.5.1 Spaltung und Konflikt	61
4.5.2 Zunahme von Gewalt	64
5 TEIL 2: METATEXT	66
5.1 Anpassung	66
5.2 Systemische Funktion	69
5.3 Adaptive Handlungspraktiken	72
5.4 Fortschrittsglauben	73

5.5 Anpassung: Ein Schlüsselbegriff zum Verständnis demokratischer Resilienz?	76
6 Fazit	78
7 Literatur	86

Abkürzungsverzeichnis

ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst
BKA	Bundeskriminalamt
BMDA	Beschwerdemanagement und Disziplinarangelegenheiten
BU	Berufsunfähigkeit
ComVor	Vorgangsbearbeitungssystem
DEIG	Distanz-Elektroimpulsgerät, ugs. Taser
DSGVO	Datenschutzgrundverordnung
EPOS	Programm zur Verwaltungssteuerung
EWO	Einwohnermeldeamt, Abfrage beim Einwohnermeldeamt
FEM	Führungs- und Einsatzmittel
FuStW	Funkstreifenwagen
gD	gehobener Dienst, Laufbahnabschnitt II
KJND	Kinder- und Jugendnotdienst
KoPers	Personalsoftware, Programm zur Lohnabrechnung
LA	Laufbahnabschnitt
mD	mittlerer Dienst, Laufbahnabschnitt I
MobiPol	dienstliches Smartphone der Polizei Hamburg
OSINT	Open Source Intelligence
P20	Programm zur Harmonisierung der polizeilichen IT-Architektur
PDV	Polizeidienstvorschrift
PKS	Polizeiliche Kriminalstatistik
Polas	Polizeiauskunftssystem
PVB	Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte
SOG	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Hamburg)
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
UAV	Unmanned Aerial Vehicle, ugs. Drohne
VF	Vorgangsfertigung, auch: Vorläufige Festnahme
VU	Verkehrsunfall
ZEVIS	Zentrales Verkehrs-Informationssystem, Datenbank des KBA

Danksagung

Der vorliegende Forschungsbericht ist an der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung der Polizei Hamburg entstanden. Für seine Realisierung gebührt vielen Kolleginnen und Kollegen Dank für ihre Unterstützung. Ich danke vor allem allen, die sich beteiligt und sich die Zeit genommen haben, ihre Ideen und Gedanken aufzuschreiben.

1 Zukunftswissen

Die Zukunft ist unvorhersehbar, wir können sie nicht kennen. Das wissen alle einigermaßen lebenserfahrenen Personen. Und doch hat es immer Formen und Versuche der Zukunftsaneignung gegeben: Zwar gelten das Orakel und die Weissagung – jedenfalls für die meisten – als lange überholt; aber auch zeitgenössische Formen wie Algorithmen erstellen Prognosen, nicht anders als der Mensch, nur auf Basis bereits gegenwärtig verfügbarer Daten.¹ Das Fundament für Zukunftsprognosen sind immer gegenwärtige Erfahrungen und Wahrnehmungen.

Worin liegt also der Sinn, Polizeibeamte nach ihren Zukunftsvorstellungen zu fragen? Die Aufforderung „2048 – Die Polizei der Zukunft“ an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei Hamburg, ihre Einschätzungen zur Zukunft der Polizei aufzuschreiben, folgte nicht dem Bedürfnis, die Zukunft zugänglich zu machen. Aussagen treffen kann man vielmehr über die Ordnung der Gegenwart, und damit auch über gegenwärtige Gestaltungsspielräume.

Die Polizei ist ein Geflecht sozialer Beziehungen, in dem Wissen erzeugt, weiterbenutzt, dargeboten, formell und informell vermittelt und angewendet wird. Die vorliegende Studie ergründet, welche dieser Wissensbestände aktuelle Relevanz besitzen. Entstanden ist eine Selbsterzählung der (gegenwärtigen) Organisation. Als Wissenskollektiv fertigten die teilnehmenden Polizistinnen und Polizisten eine Beschreibung der Polizei und ihrer Umwelt an. Zukunftsszenarien – das bedarf nicht der Ausführung – beschreiben einen begrenzten Ausschnitt der Welt. Sie sind fragmentarisch und somit lückenhaft. Zugleich eröffnen Zukunftsszenarien natürlich auch die Möglichkeit, sich über Zukünfte zu verständigen und in einen Austausch über deren Gestaltung zu treten. Wenngleich die Eingaben der Beamten teils in utopistisches Vokabular gekleidet, teils in nüchtern-prognostischem Ton verfasst und teils dystopisch bis apokalyptisch sind, sind die Zukunftsentwürfe doch überwiegend strukturkonservativen respektive

¹ Oft wird die Frage der Zukunft im Fahrwasser von Katastrophen gestellt, wie das Aufkommen des Futurismus nach dem Ersten Weltkrieg, die Zukunftsstudien nach Totalitarismus und Zweitem Weltkrieg mit der Bombe als Mastersignifikanten und aktuell die Kollapsologie nahelegen (Andersson 2020; Düttmann, Quent 2023; Eshun 2003; Hartog 2015; Koselleck 2006, Servigne et al. 2020).

moderat-reformistischen Charakters. Die Zukunftsvorstellungen, und auch geäußerte Kritik, orientieren sich ausnahmslos an gegenwärtig verfügbaren Techniken und Diskursen.

Da der zugrunde liegende Ansatz, mit der Frage nach der Zukunft die Gegenwart zu verstehen in der Polizeiforschung eher ungewöhnlich ist, lohnt es sich, ihn ein wenig einzuordnen: Über die Bedeutung des Wortes ‚Wissen‘ besteht innerhalb der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen kein Konsens. Einigkeit besteht immerhin dahingehend, dass Wissensbestände *kulturspezifisch* sind; dass sie innerhalb von *Sozialverbänden geteilt* werden und eine *innere Struktur* aufweisen (Schneegg, Lang 2008: 6).² So unterscheidet sich die in dem Sozialverband Polizei geläufige „gedankliche Ordnung der wahrgenommenen Wirklichkeit“ (W. H. Goodenough 1957, cf. Kokot 1993: 331) mit Blick auf Zukunftsfragen von dem kollektiven Wissen anderer Gruppen wie beispielsweise Klimaaktivisten, Ökonomen oder Mediziner.

Wissen entsteht interaktiv und kollektiv, in Beziehungen zwischen Individuen, in bestimmten Gruppen, Kollektiven, Organisationen oder durch ein paar miteinander in Beziehung stehenden Menschen und nach bestimmten Regeln. Mithin kann Wissen nicht absolut sein, weil es immer von einer in Raum und Zeit festgelegten Gruppe hervorgebracht wird.³ Insofern jede Form des Wissens als gesellschaftlich konstruiert angesehen wird, kann ‚Wahrheit‘ folglich stets nur kontin-

² Wissen liegt in jeder Gesellschaft in bestimmten Ordnungen und Formen vor. Innerhalb von sozialen Gruppen und Verbänden gibt es Wissenshierarchien – manches Wissen ist bei bestimmten Gruppen relevanter als anderes Wissen. Wissen wird einerseits als Information verstanden, die von Personen oder Gruppen wahrgenommen, verarbeitet, reproduziert oder genutzt werden kann (Maasen 2015). Andererseits wird Wissen mit Handlungsvermögen gleichgesetzt, als „Gesamtheit von Orientierungen“, die nicht nur originäre und in Erfahrung überführte Erlebnisse umfasst, sondern auch durch andere Menschen ‚vermittelte‘ Kenntnisse und (intersubjektiv erzeugte) Wahrheit (Schimank 2011). Durch die wissenssoziologische Brille betrachtet, sind auch Religionen oder politische Ideologien kollektive Wissensformen und Diskurse können als Wissenspolitiken bezeichnet werden (Keller 2011).

³ (Auch das vermeintlich ‚objektive‘ wissenschaftliche) Wissen folgt soziokulturellen Logiken (Knoblauch 2014). In der phänomenologischen Tradition Schütz‘, der sich mit dem „sinnhaften Aufbau der sozialen Welt“ (1974) beschäftigte, stehen die wissenssoziologische Diskursforschung (Keller 2011), die lebensweltanalytische Ethnographie (Hitzler, Eisewicht 2016), der kommunikative Konstruktivismus (Keller, Knoblauch, Reichertz 2013; Knoblauch 2016) und die Ethnometodologie (Garfinkel 1984). Diese Ansätze nehmen vor allem auch das nicht- oder vorbewusste Wissen, den praktischen Vollzug von Handlungen und die dadurch hergestellten Ordnungen in den Blick. Sie erfassen damit einen Aspekt sozialen Wissens, der von einer kognitiv ausgerichteten Kommunikationsforschung nicht in den Blick genommen wird. Jenseits der Kognition ist Wissen auch das, worüber unser Körper verfügt, etwa wenn er eine Schleife bindet, Schlittschuh fährt oder ein Ei aufschlägt. Dann spricht man von implizitem Wissen, habitualisiertem Wissen oder *Tacit Knowledge*. Wissen ermöglicht uns weiterhin, eine Situation, in der wir uns gerade befinden, als solche zu erleben, zu deuten und adäquat zu handeln.

gent sein. Handelnde Subjekte des jeweiligen Handlungsfeldes finden Deutungen einerseits vor und müssen sie sich andererseits aneignen, deuten Wissensbestände immer wieder neu aus und (müssen) sie damit auch ‚eigen-willig‘ erfinden. Die Wissenssoziologie fragt danach, wann und wo, warum und worüber und auf welche Weise Wissen geschaffen wird und wie es systematisiert und organisiert wird. Die Analyse von Wissensbeständen und -formen ist unter diesem Aspekt so etwas wie ein „Machtsichtgerät“ (Dimbath 2016: 291).⁴

Repräsentiert wird Wissen entweder in *Skripten* oder in *Prototypen*; die Unterscheidung zwischen beiden wird im Folgenden erläutert: Kognitive Wissensbestände und deren Ordnungen fußen auf Überzeugungen und können – das ist selbstevident – außerordentlich komplexe Strukturen aufweisen.⁵ Ein Grundbaustein kulturellen Wissens sind *Skripte* (synonym auch Schemata genannt). Skripte repräsentieren Handlungssequenzen.⁶ Skripte sind Netzwerke aufeinander bezogener Propositionen. Sie stellen das Wissen dar, das als selbstverständlich vorausgesetzt und verinnerlicht wird, damit man den weniger vorhersehbaren Aspekten des Lebens Aufmerksamkeit schenken kann.

Insbesondere im Polizeiberuf spielen Skripte eine herausgehobene Rolle: Polizisten leben in einer überraschungsintensiven Umwelt. Ihre Aufgaben haben oft mit Kontrolle, Risikomanagement und Sicherheit/Sicherung zu tun und müssen unter Handlungsdruck vollzogen werden. Deshalb müssen Krisen und Ausnahmezustände in Ausbildung und Praxis (oft in Szenarien) normalisiert und antizipiert werden. Krisen werden antizipiert, prämediiert und eingeübt, um sich aller möglichen Aspekte einer potenziellen Zukunft vorausschauend

⁴ Die These von der „gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit“ geht von einer sprachlich-kommunikativen Grundlegung der Wirklichkeitserfahrung aus (Berger, Luckmann 1966). In Abgrenzung dazu betonen die Phänomenologen, dass Menschen viele Bereiche und Aspekte kulturellen Wissens nicht in Sprache fassen können und dass sich ‚Sagen‘ und ‚Tun‘ eklatant unterscheiden können.

⁵ Überzeugungen umfassen alles, was mit der Beschaffenheit der Welt zu tun hat. Einfache Überzeugungen sind die Konzepte über die Dinge dieser Welt wie z. B. Pflanzen, Tiere oder Brotsorten. Komplexere Überzeugungen beschreiben u. a. Zusammenhänge wie z. B.: Im Herbst werfen Laubbäume ihre Blätter ab oder Grippe lässt sich mit Antibiotika bekämpfen. Wie man sieht, müssen Überzeugungen nicht korrekt sein, sondern können „wahr“ oder „falsch“ sein (Schneegg, Lang 2008: 5ff.).

⁶ Das wohl bekannteste Beispiel ist das „Restaurant-Skript“, das typische Handlungssequenzen eines Restaurantbesuches repräsentiert (Schank, Abelson 1977: 43ff.). Eine solche stereotype Abfolge/Sequenz ist natürlich nie genau das, was in einem bestimmten Fall passiert, aber die Kenntnis des Schemas ermöglicht es, mit verschiedenen möglicherweise auftretenden Ereignissen effizient umzugehen oder Geschichten darüber zu verstehen, was passiert ist, wenn Leute über eine bestimmte Begebenheit während eines Restaurantbesuchs berichten.

zu versichern, „so that the future cannot emerge into the present without having been premediated in the past” (Grusin 2010: 126). Die Vermittlung von Skripten im Polizeiberuf ist eine Prämediation, um auf Situationen angemessen reagieren zu können.

Wie alle Kulturen stellt auch der Sozialverband Polizei nur drei Arten von Themen zur Verfügung: *Role Themes* (Wissen über soziale Rollen), *Interpersonal Themes* (Wissen über soziale Beziehungen und Institutionen) und *Life Themes* (Wissen über angemessene Lebensgestaltung und Lebensziele) (Schank, Abelson 1977).⁷

Eine etwas andere Repräsentation komplexer Zusammenhänge neben Skripten sind *Prototypen*.⁸ Prototypen konkreter Objekt- oder Ereigniskategorien werden in bildlicher Form als ‚Image-Schema‘ repräsentiert – denken wir an ‚Auto‘ oder ‚Silvester‘, dann tun wir das in Bildern –, während Wissen über abstrakte Zusammenhänge – nehmen wir als Beispiel ‚Delinquenz‘ oder ‚Rechte‘ – in Form von Propositionen über Konzepte und deren Beziehungen geordnet wird (Lakoff 1984). Zukunftskonzepte können nur *prototypisch* und *propositional* bewältigt und entworfen werden.

⁷Mit Blick auf kulturspezifisches Organisationswissen, das heißt die relationalen Verbindungen von Skripten, ist die Theorie zu undifferenziert und damit für die Anwendung nur bedingt brauchbar.

⁸ Prototypen sind besonders typische Ereignisse oder Objekte, die die wichtigsten definitorischen Merkmale einer Kategorie in sich zusammenfassen, ohne viele zusätzliche oder abweichende Merkmale zu enthalten. Der Prototyp für ‚Stuhl‘ wäre etwa: ein Sitzmöbel mit vier Beinen und Lehne. Das entspricht einem einfachen Küchenstuhl, nicht aber einem verzierten Barocksessel (Kokot 1993: 341). Das Bindeglied zwischen bildhaftem und propositionalen Wissensrepräsentationen seien kulturelle Metaphern (Lakoff, Johnson 2008 [1984]).

2 Methode: Von vielen inneren Kinos zur Metaerzählung

Im Zeitraum 28.08.2023 bis 18.10.2023 folgten 116 Mitarbeitende der Polizei Hamburg der Aufforderung, sich zu „2048 – Die Polizei der Zukunft“ zu äußern. Diese lautete:

Viele von euch und Ihnen werden in 25 Jahren noch im Dienst sein. Euch insbesondere, aber auch alle, die es nicht mehr sein werden, laden wir ein, eure Vorstellungen und Ideen vom Polizeiberuf und der Rolle der Polizei in 25 Jahren mit uns zu teilen. Schreibt uns, gleich ob in Stichworten, als Comic oder als Aufsatz, was euch einfällt zur Zukunft der Polizei: Wie verändert sich Gesellschaft und mit ihr die Rolle der Polizei? Wird es eine Konzentration auf bestimmte Kernaufgaben geben (müssen) oder wird die Polizei als Knotenpunkt im Netzwerk mit anderen staatlichen und nicht-staatlichen Agenturen ihre Aufgaben erweitern? Mit welchen Problemlagen, Gefahren und Herausforderungen rechnet ihr? Was wird viel besser sein als heute? Wie sieht die Welt für Polizisten und Polizistinnen in 25 Jahren aus, technologisch, ökonomisch, sozial? Seid ideenreich, äußert Prognosen, seid orakelnd oder visionär – wir sind gespannt und freuen uns auf rege Beteiligung und eure Beiträge!

Darunter war ein Feld für Freitext. Strukturdaten wie Alter, Geschlecht, Laufbahn o. Ä. wurden nicht erhoben. Die Länge der Antworten reichte von sechs Zeichen bis sechs Seiten; die Ausdrucksformen von Stichworten zu apokalyptischer Belletristik, von bissiger Kritik zu ausformulierten Verbesserungsvorschlägen, von braven Wunschlisten zu Sci-Fi.⁹

Die Analysemethode war die objektive Hermeneutik, eine qualitative empirische Methode. Die narrativen Texte der Teilnehmenden, die reichhaltiges Material über unterschiedliche Bereiche der (Organisations-) Kultur, Werte, Normen und Verhaltensbeschreibungen enthalten, bilden die Datengrundlage für die Untersuchung der komplexeren Bereiche kulturellen Wissens und zusammenhängender Überzeugungssysteme. Sowohl für die Erhebung geeigneter Textgrundlagen wie auch für die Textanalyse gibt es kein ‚Rezept‘ im Sinne einer vorgegebenen Systematik, wohl aber einige ‚Grundzutaten‘¹⁰: Die Datenerhebung sollte

⁹Die Aussagen wurden sprachlich behutsam geglättet, indem z.B. Schreibfehler korrigiert wurden.

¹⁰ Kenntnis und Berücksichtigung wissenschaftstheoretischer Spielregeln vorausgesetzt, kann sich die Bearbeitungsmethode am Gegenstand orientieren (s. a. Katz 2012).

möglichst nicht-direktiv sein; auf steuernde Fragen und vorgefertigte Kategorien wurde weitestgehend verzichtet. Nicht-standardisiert erhobene Daten gelten als am widerstandsfähigsten gegen Fehlinterpretation, weil Forschungsteilnehmer genau die Themen benennen, die für sie wichtig sind, und weil sie diese genau so zum Ausdruck bringen, wie sie sie meinen (Kokot 1993: 337; Reichertz 2013: 521). Die Frage nach der „Polizei der Zukunft“ sollte dazu ermuntern, Befürchtungen, Wünsche und Einschätzungen – das sind alles Wissensrepräsentationen – unbefangen zu äußern und, metaphorisch gesprochen, große bunte ‚Bilder‘ zu malen. Im inneren Kino treten diese in der Form sequenzieller Vorstellungsreihen oder als Prototypen auf. Wie aber soll sich im Wirrwarr dieser singulären Bildproduktionen Ordnung schaffen lassen? Wie soll aus individuellen Kinovorstellungen eine allgemeine Aussage abgeleitet werden, eine Strukturgeneralisierung, die am Ende nicht nur eine Erweiterung des Kinosaals und seiner Projektionsfläche ist?

Im ersten Schritt wurde der Datensatz offen codiert (Strauss 1998): Die Texte wurden sequenziell, extensiv Wort für Wort analysiert und in inhaltliche Sinneinheiten unterteilt. Es wurden Begriffscluster gebildet aus Themen und Stichworten, die häufig genannt wurden. Nach der Phase des offenen Codierens wurde ein neues, gezielteres Datenprotokoll erstellt und in den zunächst identifizierten Themenfeldern nach Konsens und Konflikt gesucht. Im nächsten Schritt wurden der ‚Rohdatensatz‘ und das ‚Aggregat‘ nochmals analysiert, diesmal aber von der Frage geleitet, wie die Wissensbestände organisiert sind. Dafür wurde jeder Abschnitt mit einer Überschrift versehen, die den Inhalt kurz zusammenfasst. Die Sequenz der Überschriften im Text und die Häufigkeit ähnlicher und aufeinanderfolgender Inhalte geben erste Hinweise auf mögliche Schemata. Unterteilt werden diese Sinneinheiten im ersten Teil in „Innen“ – die Zukunftsentwürfe, die die Organisation Polizei thematisieren – und „Außen“ (>65 Nennungen) – die Welt, wie sie sich Polizistinnen und Polizisten in Zukunft vorstellen. Im Kapitel „Außen“ werden Beschreibungen des Verhältnisses der Polizei zu ihrer (künftigen) Umwelt versammelt. Unter den bekannten Zukunftserzählungen gibt es nur wenige optimistische Vorlagen: Ob in ‚Brave New World‘, in ‚1984‘, ob ‚Planet der Affen‘ oder ‚Raumpatrouille Orion‘: Gängige Formen der Zukunftsimagination scheinen Dystopie, Apokalypse und Superlativ zu sein. Die hier geschilderten Entwürfe bilden in zweifacher Hinsicht keine Ausnahme: Erstens sind

sie negativ, zweitens wiederholen sie, wie viele der popkulturellen Sci-Fi-Vorlagen, die Vergangenheit mit wenig Differenz; sie sind folglich eine Beschreibung gegenwärtiger Trends und Befürchtungen.

In der zweiten Phase der Interpretation wurde nach höher aggregierten Sinneinheiten und Begrifflichkeiten gesucht. Am Ende ist man angekommen, wenn ein hochaggregiertes Konzept bzw. eine Sinnfigur gefunden wurde, in das alle untersuchten Elemente zu einem sinnvollen Ganzen integriert werden können und wenn dieses Ganze im Rahmen einer bestimmten Interaktionsgemeinschaft verständlich und sinnvoll wird. Ziel ist die Entdeckung und Beschreibung einer aktuellen generativen Regel für das Handlungssystem Polizei. Die Frage, ob die so gewonnene Deutung mit der „Wirklichkeit im Text“ tatsächlich korrespondiert, erübrigt sich, da das Erkenntnisinteresse die „soziale Realität“ ist (Reichertz 2013; Soeffner 2013).

Als ‚Metathema‘ trat prominent der Begriff der „Anpassung“ zutage, um den sich die im ersten Schritt identifizierten Themen herum ordnen. Die sichtbar werdende Selbsterzählung amalgamiert zu einer resilienten Organisation am Limit.

Eine Umfrage dieser Art dürfte relativ ungewöhnlich sein in der Polizei, wo man eher mit dem Umgang mit quantitativen Daten, zum Beispiel in Surveys, vertraut ist. Repräsentativität wird dort zumeist implizit gleichgesetzt mit dem Stichprobentyp der klassischen Statistik, der Zufallsstichprobe.¹¹ Aussagekraft und Repräsentativität funktionieren bei einer hermeneutischen Textanalyse dramatisch anders: Beim vorliegenden Datensatz kann man davon ausgehen, dass er saturiert (gesättigt) ist. Das bedeutet zum einen, dass die gleichen Themen wiederkehrend aufkamen, und es keine ‚Ausreißer‘ gab, also nach einer bestimmten Menge

¹¹ Sie ist ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit. Wenn eine vollständige Erhebung unmöglich oder ungerechtfertigt aufwendig ist, zieht man nach dem Zufallsprinzip einen Teil der Fälle aus der Grundgesamtheit heraus. Wie gut die Stichprobe die Grundgesamtheit repräsentiert, kann anhand zweier Fragen im Vorhinein festgelegt werden: Wie genau (1) und wie sicher (2) soll das Ergebnis sein? Beides, höhere Genauigkeit und höhere Sicherheit, erkaufte man sich mit einer größeren Stichprobe. Für das hier vorliegende Erhebungsdesign läge eine Konsensstichprobe, d. h. die Messung unterschiedlicher oder gleicher Meinungen zu einem Thema, näher. Die Anforderungen unterscheiden sich drastisch von jenen der klassischen Statistik. Das wurde aber aus zwei Gründen nicht gemacht. Erstens ist die Teilnehmerzahl immer noch zu gering, um repräsentative Aussagen zu treffen (vgl. Schnegg, Lang 2008: 11 ff.). Zweitens war die Teilnahme vollständig anonym, sodass typische Varianten – Experten versus Laien, mehrere Subgruppen oder komplementäre Ansichten – nicht hätten zugeordnet werden können.

von Beiträgen keine neuen Themen mehr hinzukamen.¹² Zum anderen bedeutet es, dass mit noch mehr Teilnehmern mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr oder andere Schlüsse hätten gezogen werden könnten.

¹² Um zwei Beispiele zu geben: „Personalmangel“ wurde sehr häufig genannt, aber niemand fürchtete, dass es zu viel Personal geben würde. Es gibt einen Konsens. Ein Ausreißer wäre gewesen, wenn sich 10 Leute bessere Sportmöglichkeiten in den Wachen wünschen und eine: eine Hängematte. Dann müsste man streng genommen nacherheben.

3 TEIL 1: INNEN

Die Zukunftsentwürfe, die die Organisation Polizei thematisieren, wurden in den Fragebögen mit kurzen Überschriften (Sinneinheiten) versehen und im nächsten Schritt in Themenfelder geclustert. Die ‚großen Cluster‘ waren ‚die Polizei als Arbeitgeber‘, ‚Ausstattung und Technik‘ – mit den Unterthemen ‚Digitalisierung‘ und ‚Künstliche Intelligenz‘ – ‚Kultur der Organisation Polizei‘ und ‚Aufgaben der Polizei in Zukunft‘.

3.1 Die Polizei als Arbeitgeber

In der Häufigkeit absteigend wurden genannt: Personalmangel, Bezahlung, die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf, Wertschätzung sowie Strukturen und Verwaltungsabläufe.

3.1.1 Strukturen, Bürokratie, Verwaltung

Die behördlichen Strukturen wurden verschiedentlich unspezifisch kritisch angemerkt. Durch sie würden Innovationen gebremst und die Arbeitsmotivation gemindert; ‚verfestigtes Denken‘ blockiere Veränderungen. Aus den Nennungen geht jedoch nicht hervor, welche Strukturen gemeint sind, ob Dienst- oder Antragswege, hierarchische Entscheidungsprozesse oder die Abteilungen in der Organisation Polizei. Die Notwendigkeit, Strukturen zu überprüfen und zu modernisieren, wird damit begründet, verschiedentlichen Herausforderungen ansonsten nicht gewachsen zu sein respektive mit Blick auf Personal als Polizei nicht konkurrenzfähig zu sein:

„Es dauert viel zu lange, bis Innovationen umgesetzt werden.“

„Polizeiarbeit macht so keinen Spaß und das merken die neuen Kollegen bereits während der Ausbildung und springen ab.“

„Wir stecken zu sehr in alten Strukturen fest. [...] Ich befürchte, dass es in kleinen Schritten vorangeht, aber die große Veränderung ausbleibt, [...] Dies hängt leider von der Führung ab. [...]. Es ist das verfestigte Denken. Selbst die jungen, motivierten Kol. werden im Laufe ihrer Polizeikarriere dazu erzogen, [...] doch lieber die alten, bewährten Strukturen anzunehmen und zu le-

ben. Eventuell haben dann diese Kol. den Mut, einige kleinere Veränderungen durchzusetzen. Aber die großen Sprünge bleiben aus. So wird es leider nichts mit Veränderung. Selbst in 25 Jahren nicht.“

„Der Prozess der Modernisierung [muss] beschleunigt werden, weil [die Polizei] sonst den diversen Herausforderungen nicht gewachsen sein wird. Ich wünsche mir, dass die Polizei nicht mehr auf einem veralteten technologischen Stand ist.“

„Neuentwicklungen bei dem Umgang mit vorhandenem Personal als auch bei der Gewinnung von neuem Personal müssen stattfinden, sodass die Polizei auch hier konkurrenzfähig wird. Ich hoffe, dass die Polizei Tempo aufnimmt und ein noch attraktiverer Arbeitgeber [...] wird.“

Mehrfach genannt werden eine ineffiziente Bürokratie, die unnötige Arbeitsschritte erfordert und angesichts gesellschaftlicher und technologischer Schnelligkeit aus der Zeit gefallen sei:

„Die Polizei [muss] einfacher, unbürokratischer gemacht werden. Klar verständliche Programme und leichtere Abläufe, ohne große Strapazen. Definitiv gebündelter.“

„Mehr elektronische Daten- und Aktenspeicherung sowie Antragswege schaffen anstatt Unmengen an Papier zu verbrauchen.“

„Zu viel Papier, für das sich keiner interessiert, wird produziert und abgeheftet [...] Akten, welche zu einem sehr großen Teil doch eingestellt und weggepackt werden. Zu zeitaufwendige Vordrucke, die keinen erkennbaren Mehrwert mit sich bringen.“

„Eine erhebliche Verschlankung der Bürokratie und ein Leben im Wandel der Zeit. Da reicht ein MobiPol nicht aus. [...] Auf diese Veränderungen [Flüchtlingsströme durch Kriege, Technologien wie Drohnen] muss schnell reagiert werden. Das geht nur unbürokratisch und ohne lange Verwaltungszeiten.“

„Die Entlastung von administrativen und verwaltenden Aufgaben führt dazu, dass die Polizei die Ressourcen hat [...], Kriminalität effektiv zu bekämpfen und das Sicherheitsgefühl durch Präsenz zu erhöhen.“

Die Umständlichkeit der Verwaltungsaufgaben ohne „erkennbaren Mehrwert“ binde Ressourcen, die die Polizei dann nicht mehr für Kriminalitätsbekämpfung und für Bürgerinnen und Bürger, die eine Präsenz der Polizei erwarteten, habe. Umgekehrt würde der Bürger von der Vereinfachung der Sachbearbeitung und der Verschlankung von Prozessen unmittelbar profitieren.

3.1.2 Prozesse

Unter dem Stichwort „Prozesse“ sind Veränderungen von Arbeitsabläufen in der Zukunft aufgeführt. Die Vorschläge beinhalten die Konvergenz von Datenbanken, die bundesweite (länderübergreifende) Vereinheitlichung von Anwendungen, die bessere Vernetzung mit anderen Polizeien und mit anderen Behörden, darunter die Schaffung einer EU-weiten Organisation (für die Verfolgung von Geldflüssen). Weiterhin wurden die Verschmelzung der Polizeiparten aufgrund von Personalmangel und die Einbeziehung privater Sicherheitsfirmen genannt; die Vereinheitlichung der Informationssteuerung wie beispielsweise Neuerungen in PDVs oder Lehrgangsmaterialien an Mitarbeiter:innen.

„Die Verbindung von ComVor, EWO, ZEVIS und Polas über Schnittstellen, so dass Datensätze einfach übernommen werden können.“

„P20 ist doch ein Witz, am Ende macht jedes Bundesland [...], was es will.“

„Direkter Zugriff auf Erkenntnisse aus anderen Ländern ohne umständliche schriftliche Anfrage.“

„[Es müssten] rechtliche als auch organisatorische Strukturen geschaffen werden, dass Verfahren (Beispiel: Geldwäschenetzwerk) nicht von hunderten Sachbearbeitern in verschiedenen Bundesländern bearbeitet werden, sondern von einer kleinen Ermittlungsgruppe an einem zentralen Ort.“

„Eine gute Verknüpfung mit anderen Behörden ist eher als mangelhaft zu bezeichnen.“

„Außerdem sollte die Zusammenarbeit zwischen K und SCH deutlich mehr gefördert werden, da es sonst passieren könnte, dass sich zwei vollkommen artfremde Behörden entwickeln könnten. ... Das Outsourcen zu nicht-staatlichen Organisationen sollte nicht passieren, da in der Vergangenheit immer wieder, leider auch durch Kollegen, bewiesen wurde, dass es viele schwarze Schafe gibt.“

„Mehr Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Polizeien und weiteren staatlichen (ggf. auch zivilgesellschaftlichen) Organisationen.“

„Nicht die IT passt sich an bestehende Prozesse an – Prozesse werden angepasst, um IT-Lösungen möglichst „von der Stange“ nutzen zu können.“

Begründet wird der Wunsch nach „Vernetzung“ und „automatisierten Prozessen“ mit dem Zweck der Effizienzsteigerung, genauer einer Entlastung durch Zeitersparnis, die es ermögliche, der Arbeitsverdichtung, bedingt durch höheres Fallaufkommen, entgegenzuwirken und die an-

fallende Arbeit überhaupt bewältigen zu können. Polizeiliche Ermittlungen könnten dadurch signifikant effizienter, effektiver und ressourcenschonender werden.

3.1.3 Bezahlung und Personalmangel

„Personalmangel“ umfasst unterschiedliche Unterthemen: Genannt wurden Nachwuchsmangel, Fachkräftemangel (insbesondere im Bereich IT) und Personalmangel im Reviervollzugsdienst. Als Gründe für Personalmangel werden allen voran die Bezahlung, aber auch hierarchische Strukturen, generationale Differenzen und ein Mangel an Flexibilität angenommen. Der sprichwörtliche Rock des Beamten wird als eng, aber nicht als warm gesehen.¹³ Die Bezahlung trage den gesellschaftlichen Entwicklungen nicht Rechnung (im Erhebungszeitraum ist mutmaßlich das Zusammentreffen von Inflation bei zugleich hoher Arbeitsverdichtung gemeint). Die als relativ schlecht eingeschätzte Bezahlung würde die Attraktivität des Polizeiberufs wesentlich schmälern und folglich den Nachwuchsmangel begründen. Auch die Einstufung im öffentlichen Dienst (genannte Beispiele sind u. a. die Erfahrungsstufen 1–3 für Einsteiger oder die Stufe EG11 für IT-Fachleute) sei für die Anwerbung von Fachkräften zu unattraktiv. Für diejenigen, die als Polizeibeamte tätig sind, stehe die Bezahlung nicht im Verhältnis zu den Anforderungen an Polizisten und der Gefahrenlage. Häufiger bemängelt werden unzureichende Entwicklungsmöglichkeiten.

„Die (Personal-) Probleme in der Polizei, genauer der Schutzpolizei / den Kommissariaten, sind schon lange untragbar und werden auch nicht besser.“

„Fragt sich die Polizeiführung mal ernsthaft, warum so viele Kollegen krank sind, und setzt die Erkenntnisse auch im eigenen Bereich um?“

„Niemand möchte für das Geld und die nicht vorhandenen Möglichkeiten bei der Gefahrenlage noch Polizist werden.“

„Polizeibeamte riskieren tagtäglich ihre körperliche Unversehrtheit und sind oftmals belastet und schwer verkraftbaren Anblicken ausgesetzt. Weiterhin fungiert die Polizei häufig als erste Anlaufstelle hinsichtlich der Beschwerden und der Unzufriedenheit der Bürger in politischen sowie gesellschaftlichen Fragen. Diese Bereitschaft zu Risiken sowie das breite Wissen über Politik und gesellschaftliche Themen sollte entsprechend alimentiert werden.“

„Wenn man die Vergütung eines Polizeibeamten mit der eines (Supermarkt-)Kassierers vergleicht, so (ist) der finanzielle Unterschied wenig bis gar nicht gegeben. Dafür leben wir Tag für Tag deutlich gefährlicher; greifen in die Rechte anderer Menschen ein und sehen uns aktuellen sowie künftigen Gefahren ausgesetzt.“

„Eine angemessene Alimentation sollte so aussehen, dass ein Beamter der Freien und Hansestadt Hamburg sich ausreichend Wohnraum für sich und seine Familie leisten kann, ohne sich zu fragen, ob das Geld für den Wochenendausflug in den Zoo mit seiner Frau und seinem Kind noch reicht.“

„[Es könnte] neben der A-, B-, C- und D-Schicht auch eine E- und F-Schicht geben. So erhält jeder Polizeibeamte genau die Work-Life-Balance, wie sie normale Arbeitnehmer bei selber Bezahlung in der freien Wirtschaft schon in Anspruch nehmen.“

„Die Behörde versteht [...] nicht, wie man attraktive Angebote macht (Nutzung von beruflichen Vorkenntnissen auf entsprechenden Dienstposten, auch dienstgradunabhängig als Einzelfallentscheidung [...] Anerkennung von mitgebrachten Studienabschlüssen [...]), so dass es für erwachsene Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, finanziell leichter gemacht wird, nochmal den Job zu wechseln (mit A9 studiert es sich besser als wieder mit Azubi-/Studentengehalt, wenn man über 30 ist).“

„Wenn eine Bachelorabsolventin in der freien Wirtschaft [...] bereits nach weniger als fünf Berufsjahren ein Gehalt in Höhe A11 erreicht (Bekanntenkreis), bei einer 35-Stunden-Woche und frei wählbarem Arbeitsort (Homeoffice), dann wird das Pendel der Abwägung bei Polizei-Interessierten in Zukunft häufiger in Richtung Wirtschaft schlagen – jedenfalls bei den Qualifizierten [...]“

„Die Polizei ist für ihre derzeitigen Aufgaben weder personell noch materiell gut ausgestattet [...] Das Gleichgewicht zwischen Lebenseinschränkungen und Besoldung ist ungleich.“

„Es darf auch nicht sein, dass die Beamten immer eingesetzt werden, wenn woanders Personal fehlt, z. B. bei der Objektbewachung.“

Die Referenzpunkte für die Bezahlung sind „die hohe Belastung“, der Vergleich zur freien Wirtschaft, die eine „attraktivere Work-Life-Balance“ böte und damit konkurrenzfähiger sei, hohe Lebenshaltungskosten und die zu erbringende Arbeitsleistung. Dass Polizeibeamte einer signifikant höheren Gefahr ausgesetzt sind als andere Berufs-

¹³ Der Ausspruch „Der Rock des Beamten ist eng, aber warm“ wird Friedrich II. zugesprochen.

gruppen, gilt empirisch als widerlegt.¹⁴ Nicht in Zweifel zu ziehen ist hingegen, dass der Polizeivollzug körperlich fordernd und oftmals psychisch stark belastend ist. Die Umfrageteilnehmenden berücksichtigten beim Vergleich mit der freien Wirtschaft vorteilhafte Spezifika des Beamtentums nicht (Zulagen, früheres Pensionsalter, Krisenfestigkeit des Berufs, Treuepflicht des Arbeitgebers auch bei längeren Ausfällen, fortlaufende Vergütung bei Studium u. Ä.). Die hohen Lebenshaltungskosten im Ballungsraum Hamburg zwingen viele Beschäftigte der Polizei Hamburg dazu, im Umland zu wohnen, was lange Arbeitswege und damit einhergehend auch sehr lange Arbeitstage mit sich bringt.

Als Folgen (zu) schlechter Bezahlung werden ungenügend qualifizierte und/oder ungeeignete Bewerber, Motivationsmangel, Korruption und schlechte Arbeitsleistung befürchtet. Einerseits wird mehr Mitsprache bezüglich der Arbeitszeiten als Verbesserungswunsch formuliert, andere kritisieren das Arbeitsethos der jüngeren Generation Beamter:

„Personell muss sich jedoch die Polizei Hamburg erheblich besser aufstellen. [...] Dazu gehört, dass der Beruf des Polizeibeamten attraktiver werden muss und das Image verbessert wird. Dies sollte in 25 Jahren zu schaffen sein.“

„Hierdurch (Tagesgeschäft und bes. Einsatzlagen durch ges. Konflikte) wird eine Akquise von wirklich geeignetem und zahlenmäßig erforderlichem Personal weiter erschwert. Die Arbeitsbelastung für das jetzige Personal, insbesondere vom sogenannten gesunden Mittelbau, wird sich noch extrem erhöhen, was zu erheblichen Krankenständen / Personalausfällen führen kann. Was wird viel besser sein als heute? Die ‚Work-Life-Balance‘.“

„[...] die Work-Life-Balance der nachkommenden Generationen wird sich auf die 2,5-Tage-Woche eingependelt haben.“

¹⁴Pütter und Neubert (2010) haben auf Grundlage von Zahlen der Berufsgenossenschaften das Tötungsrisiko im Polizeiberuf mit anderen Berufen verglichen. Für den Zeitraum 1999 bis 2008 errechnen sie ein Tötungsrisiko von 0,043 % (105 Todesfälle auf ca. 240.000 Beamte innerhalb des Zeitraums von 10 Jahren). Die Gefahr, als Polizist oder Polizistin bei der Arbeit zu sterben, ist damit deutlich geringer als für Beschäftigte im Verkehrswesen (0,095 %) oder in der Bauwirtschaft (0,064 %) und geringfügig größer als in holz- und metallverarbeitenden Berufen (0,029 %). Diese Befunde bestätigen die Einschätzung einer früheren Untersuchung, bei der das Tötungsrisiko verschiedener Berufe in sieben Jahren zwischen 1965 und 1982 miteinander verglichen wurde. In sechs der sieben untersuchten Jahre lag das Tötungsrisiko im Polizeiberuf unter dem durchschnittlichen Wert aller bei den Berufsgenossenschaften versicherten Personen. Das Tötungsrisiko beispielsweise in der Binnenschiffahrt und im Tiefbau war etwa dreimal so hoch wie im Polizeiberuf, das auf einer Stufe mit Kellnern, Köchen und Lagerarbeitern angesiedelt war (vgl. Herrnkind 2014: 160f.). Für die USA im Jahr 1996 kommt Steven M. Cox (1996: 166) in seiner Auswertung von Todesfällen bei der Arbeit ebenfalls zu dem Ergebnis, dass der Polizeiberuf deutlich hinter Berufen im Baugewerbe, Transportwesen, in der Land- und Forstwirtschaft und auch hinter Verkäufern zurückliegt (cf. Weißmann 2023: 334f.).

„Die Schutzpolizei wird aufgrund des Personalmangels große Probleme bekommen, da der Beruf nicht attraktiv genug für den heutigen Arbeitsgeist ist. Neue Schichtmodelle, bessere monetäre Entschädigung und andere Boni sind dort gefragt.“

„Die Anzahl an Kollegen, die nicht zu gebrauchen sind, wird ebenfalls steigen, sodass die meiste Last an den guten Kollegen hängen bleiben wird. Dadurch werden Überarbeitungen, Burnouts etc. immer alltäglicher. Selbst langjährige Beamte werden sich vielleicht umschauen und kündigen, weil die Politik weiterhin sehr wenig für die Zufriedenheit von Polizeibeamten tun wird. Meiner Meinung nach wird alles innerhalb der Polizei eher schlechter als besser.“

„Die lokale Präsenz ist keine attraktive Option.“

„[Man muss] sein Privatleben ständig zurückstellen. An wichtigen Tagen in seinem Leben muss man immer damit rechnen, dass das Dienstfrei gestrichen wird. Daran sollte sich etwas ändern. Andere Bundesländer machen es vor. Es gibt flexible Dienstpläne, in denen man sich eintragen kann. Und es funktioniert tatsächlich. Damit könnte man den einzelnen Vorlieben, ob jemand gerne Frühdienst macht oder lieber Nachtdienst, Rechnung tragen. Auch kann es nicht sein, dass der Wach- und Wechseldienst in Hamburg 2x in der Woche 12 Stunden Dienste absolvieren muss. Jeder Diensthund und Dienstpferd ist bei der Dienstzeit besser geschützt als die Beamten.“

Neben dem Wunsch nach einer Flexibilisierung des Schichtdienstes ist ein häufig genanntes Thema, wenig überraschend, die Belastung des Schichtdienstes, der insbesondere für ältere Beschäftigte bzw. nach vielen Dienstjahren nur schwer zu bewältigen ist. Neben konkreten Vorschlägen, um die Arbeitsüberlastung zu mindern (4-Tage-Woche), wird mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, vor allem mit einer Anhebung der Altersgrenze zum Pensionseintritt, gerechnet:

„Beruf und Bedingungen attraktiver machen – Schichtdienst muss noch besser werden, dass die Gesundheit weniger leidet.“

„Wir müssen weg vom Schichtsystem, hin zum individuellen Arbeiten.“

„Die Arbeitszeiten des Schichtdienstes sollten verändert werden. Die körperlichen Belastungen im Wechseldienst, mit täglichen unterschiedlichen Arbeitszeiten, kann man vielleicht in jungen Jahren aushalten, aber nicht mehr, wenn man älter wird.“

„Altersgrenze 60 Jahre wird vermutlich nicht gehalten werden“

„Aufgrund des dem. Wandels wird eine Pension, wie wir sie kennen, nicht mehr fortbestehen können. D. h. Lebensarbeitszeit wird deutlich angehoben u. die Pension wird stufenweise auf das Renten-Niveau angepasst.“

„Der Schichtdienst sollte auf jeden Fall weiterhin mit 60 Jahren in Pension gehen. Beamte, die aber eine Tätigkeit überwiegend im Büro absolvieren, könnten auch länger arbeiten. Vielleicht könnte man ein Konto einführen, welches das Pensionseintrittsalter regelt, in dem man die Jahre im Schichtdienst anrechnet. Verlässt man den Schichtdienst und arbeitet danach z. B. 20 Jahre im Tagesdienst, sollte sich das Pensionseintrittsalter dem anpassen.“

Konkret als Wünsche formuliert werden mehr Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, eine stärkere Berücksichtigung von Teilzeitkräften für Karrierewege, eine Individualisierung der Arbeitszeit, zum Beispiel auch am Wochenende, sowie die Möglichkeit des Homeoffice. Neben dem mehrfach genannten Wunsch nach einer höheren Individualisierung hinsichtlich der Arbeitsorganisation wird vereinzelt die Flexibilisierung der Aufgaben vorgeschlagen:

„Leider wird immer noch übersehen, dass Teilzeitkräfte in der Zeit, in der sie arbeiten, immer mehr leisten müssen, um gesehen zu werden, als Vollzeitkräfte. Gute Arbeit richtet sich nicht danach, wie oft man im Monat arbeitet, sondern was man in der Arbeitszeit leistet.“

„Familienfreundlichkeit gibt es nur auf Papier. Da wird es aber großgeschrieben.“

„flexibler Einsatz von Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten (soweit möglich)“

„Verwaltungsangestellte sollten (freiwillig) im Vollzug mit eingesetzt werden können, um z. B. Präsenz zu zeigen.“

„[...] mehr geeignetes Personal, sodass das Arbeitspensum gut bewältigt werden kann und Mitarbeitende die Möglichkeit haben auch Erholungsphasen zu schaffen etc., um lange einen guten Job zu machen, und dabei gesund zu bleiben / zu sein – Teilung von Führungspositionen [...] analog der Freien Wirtschaft.“

3.1.4 Aus- und Fortbildung

Beim Thema Aus- und Fortbildung sind die (16) Nennungen entweder struktureller oder inhaltlicher Natur. Strukturell wird sowohl auf Generalisierung als auch auf Ausdifferenzierung (Spezialisierung) gesetzt:

„LKA und Schutzpolizei haben die gleiche Ausbildung, wachsen mehr zusammen und alle Polizisten können beides machen.“

„[Z]ur Nutzung der ‚neuen‘ Tools und Techniken [...] gibt es eine neue Laufbahn [...]“

„Die Ausbildung des LA II [...] ist jetzt ähnlich praxisnah wie die des LA I.“

Dabei reichen die Ideen von einer stark verkürzten Ausbildung bei gleichzeitigem „training-on-the-job“ bis zur Schaffung neuer Laufbahnen. Viele äußern den Wunsch, dass deutlich mehr in Fort- und Weiterbildungen, auch für Angestellte, investiert wird.

„Lehrgänge, Fortbildungen usw. neu strukturieren. In einer mobilen, digitalen Anwendung (via mobipol) sollten bereits absolvierte, gebuchte und gewünschte Lehrgänge verwaltet werden können und einem Fortschrittssystem sollte einsehbar sein, wie viel Prozent man bereits belegt hat [...]. Nach dem Grundlehrgang für Angestellte [...] werden diese im Grunde mit einer Nullkenntnis über den Vollzug auf die Straße geschickt. [I]nsbesondere bei mobilen Schutzmaßnahmen, kann es jederzeit zu konfrontativen Situationen kommen, auf die jedoch 95 Prozent der Angestellten weder ausgebildet noch vorbereitet [wurden]. „Light Polizisten“ [werden] mit sehr rudimentären Kenntnissen auf die Straße geschickt werden, frei nach dem Prinzip „wird schon nix passieren“.“

Inhaltlich steht die (praxisnahe) Vermittlung von IT-Kenntnissen ganz vorn, dicht gefolgt von politischer Bildung:

„Ist ein Vertreter der Berufs-Zielgruppe bereit, bewaffnet mit Klemmbrett und Kugelschreiber gegen multinational und untereinander kooperativ agierende Täterstrukturen vorzugehen? Die einzige Chance ist, den „leidenschaftlichen Ermittler“ durch adäquate Ausbildung zu fördern, ihn zum Informatiker, zum Big-Data-Analysten, zum Finanzanalysten usw. zu machen, ausgestattet mit übergreifenden IT-Systemen [...]“

„Die charakterliche Eignung der Nachwuchskräfte muss sichergestellt sein. Nachwuchskräfte sollten die geltende Rechtsordnung respektieren sowie gewollt für diese eintreten. Zudem sollte eine gesunde Einstellung sowie Offenheit für die Diversität der Gesellschaft vorhanden sein.“

„Ohne politische Aufklärung zu tagesaktuellen Themen (Gefahren für die Demokratie, Migration, Rechte von Minderheiten, Rechtspopulismus, Extremismus jeglicher politischer und religiöser Couleur) sollte niemand die Akademie der Polizei verlassen. In diesem Bereich sehe ich starken Nachholbedarf. Um innerhalb der Polizei eine mögliche Radikalisierung zu verhindern, sollte die Kompetenz im Umgang mit sozialen Medien stärker geschult werden (insb. das sog. Fact Checking).“

Inhaltlich gehen die Auffassungen von relevantem Wissen und Bildung zwischen den Generationen stark auseinander, wie die folgenden drei Aussagen zeigen:

„Man sollte auf die alten Bildungsstandards zurückgehen, um ein Minimum an ‚brauchbarer‘ Arbeit zu bekommen.“

„Die Bildung lässt nach, das ist auch bei der Polizei zu merken. Die Anzeigentexte einiger junger Kollegen lassen stark zu wünschen übrig.“

„Wissen ist nicht mehr wie heute nötig, da man alles abfragen kann. Quizshows gibt's nicht mehr!“

Lehrgänge sollen zugänglicher sein für alle Beschäftigten der Polizei Hamburg und (optional) auch digital in der Freizeit absolviert werden können. Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten sollen zum einen Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten verbessern und zum anderen bestehende Kompetenzmängel (verursacht durch unzureichende Vorbereitung und Schulung) beheben.

3.1.5 Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten

Ein sehr oft genannter Punkt sind die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Schichtdienst und damit einhergehend die Karrierechancen für Menschen, die zusätzlich Erziehungsarbeit leisten.

„Wir sollten viel mehr Wert auf Fortbildung und [technische Kompetenzen] legen.“

„Der Objektschutz sollte nicht „Dead End“ sein, sondern eine Dienststelle, die [...] auch die Option erhält, in den regulären Vollzugsdienst zu wechseln. [...] Inspiration könnte das Lehrgangssystem von Freiwilligen Feuerwehren sein.“

„Ein ständiges Absenken des Niveaus wird in Betracht gezogen, jedoch nicht auf die Potenziale der eigenen Beschäftigten zurückgegriffen. [...] Erste Modelle von Laufbahnverkürzern sind beim BKA einzusehen, jedoch auch das hamburginterne System von Laufbahnverkürzern vom mD in den gD können als Inspirationsquelle dienen.“

„Betriebskindergärten und Kinderkrippen / Kinderbetreuung (für besondere Anlässe, an die Schichtzeiten angepasst).“

Ein weiterer sehr oft genannter Punkt war Beförderung. Die Praxis der Beurteilung und das (auch) darauf basierende Beförderungssystem sind in der Polizei ein ewiges Streitthema und der Ruf nach Reformen ist nicht neu. Insofern geben die folgenden exemplarischen Aussagen einen Einblick in die unterschiedlichen Haltungen zu Beförderungen:

„Leistungsgerechte Beförderung und Bezahlung“

„Solange alte Männer an der Macht sind, die nur ihresgleichen befördern, hat die Polizei keine Zukunft.“

„Die Abhängigkeit bei Beurteilungen von Vorgesetzten sollte abgeschafft werden. Man [wird] schlechter beurteilt, nur damit ein anderer die Punkte bekommt, damit er befördert werden kann. Wir leisten alle viel und das täglich. Es ist egal, ob ein Beamter des mittleren Dienstes oder ein Beamter des gehobenen Dienstes auf einem Streifenwagen zusammenfahren. Sie leisten beide die gleiche Arbeit und sollten auch gleich bezahlt werden. Die Beförderungen sollten nach Dienstjahren und Dienstalter erfolgen. Diejenigen, die besonders gut sind, sollten dabei die Chance haben, z. B. durch Lehrgänge, schneller befördert zu werden. Aber nicht, weil sie sich mit dem Vorgesetzten gut verstehen oder männlich sind.“

Wenn es der Fall ist, wie die obigen Aussagen nahelegen, dass Klientelismus und Maskulinismus Karrieren befördern oder behindern, ist davon auszugehen, dass die Organisation Polizei (auch) Potenziale brachliegen lässt. Während die erste Aussage ‚Performance‘ als Parameter für Beförderung nennt, wird in der dritten ‚Seniorität‘ betont.

Der britisch-amerikanische Unternehmensberater und Ethnologe Simon Sinek arbeitete am Beispiel der US-Navy Seals heraus, dass Vertrauen (*Trust*) für die Führung von (Hochleistungs-)Teams wichtiger ist als Leistung (*Performance*) (Sinek 2020). Im Rahmen der Beurteilungspraxis der Polizei sind ‚Performance‘ und ‚Trust‘ vermutlich am ehesten zu versöhnen, wenn die Definition von Leistung stärker als bislang das Etablieren von Kooperationsverhältnissen beinhaltet, in denen Autoritäten bzw. Führungskräfte dann – und nur dann! – mit Anerkennung rechnen dürfen, wenn sie problemlösende Kooperation fördern und zugleich eine Praxis kompatibel machen, die Spielräume höherer Autonomie für ihre Mitarbeitenden gewährt.

3.1.6 Führung

Neben allgemein gehaltenen Nennungen – wie etwa „besseres Verständnis von Führung“ – gehen einige Nennungen konkret auf Führungsstrukturen und -verhalten in der Polizei ein und benennen unterschiedliche Problemfelder.

„Die Mitarbeiter in den vollkommen aufgeblähten Stäben überlegen sich immer wieder neue Ansätze, wie man mit 3 Beamten eine Schichtstärke von 15 simulieren kann, bemerken aber nicht, dass ihr Stab selbst schon über 20 Beamte aufweist.“

„Müssen die Stäbe und Projekte so groß sein?“

„Nutzung aller Persönlichkeitstypen – oftmals werden „unangepasste“ Mitarbeiter innen als Belastung gesehen – diese haben aber oftmals ganz neue Lösungsansätze.“

„Wir haben eine selbstgefällige Führung, interne Probleme werden ignoriert.“

„Etwas mehr Transparenz bei Führungsentscheidungen wäre schön.“

„besseres Verständnis / mehr Sachverstand in den höheren Führungsebenen für notwendige Anschaffungen in den Bereichen Ermittlungsunterstützung und Kosten-Nutzen-Rechnungen. Beispiel: Abschöpfung von Kryptowährungen – Software kosten vllt. 50.000 Euro, bringt aber in anderen Ländern Millionen von Euro zurück.“

Kritisiert werden generell „zu große Stäbe“ bei gleichzeitig geringer Schichtstärke. Spezifische Vorschläge beinhalten eine höhere Wertschätzung für die Varianz von Persönlichkeitstypen, woraus bessere Lösungen für Aufgaben resultieren könnten, Transparenz bei Führungsentscheidungen und ein Bottom-up-Wissenstransfer. Ein guter Umgang und Kommunikation werden als wichtig erachtet.

3.2 Ausstattung und Technik

Dieses Unterkapitel unterteilt Aussagen zur Ausstattung des Arbeitsplatzes, zur Mobilität und zu Einsatzmitteln der Zukunft. Mit Bezug auf den Arbeitsplatz wurden der Neubau von Wachen, Videovernehmungsräume, Wasserspender, höhenverstellbare Schreibtische und bessere Stühle, Sporträume, ergonomische und übersichtliche Funkstreifenwagen, dienstliche Smartphones (MobiPol) für alle PVB und Tablets auf den Funkstreifenwagen genannt.¹⁵ Beschwert wurde sich oft über alte IT und unzureichenden IT-Support; hier die „Zukunftsprognosen“:

„[Die] PC sind dermaßen veraltet, dass sie nicht mehr funktionieren, es werden wieder Schreibmaschinen hervorgeholt, die niemand mehr bedienen kann, „Kohlepapier? Was ist das denn!““

„Die uralten und leistungsschwachen Rechner sollten durch leistungsstarke ersetzt werden. Hierbei bietet es sich an, dem Weg des MobiPols zu folgen und weitere Knotenpunkte zu schaffen.“

¹⁵ Die Ausstattung wurde oft gemeinsam genannt mit dem Wunsch nach umfanglicherer Heilfürsorge und psychologischer Betreuung sowie gesünderer Verpflegung in größeren Einsätzen.

„Wenn [...] die Polizei mit den jetzigen Gegebenheiten [Dataport] weiterarbeiten soll, dann: „Gute Nacht“. Da gibt es nichts zu beschönigen.“

„Man muss den Datendienstleister unbedingt wechseln; zurück zur IT der Polizei. Das, was Dataport abliefern ist, gelinde gesagt, schlimm!“

Die Nennungen, die Softwarelösungen betreffen, sind ausnahmslos heute im privaten Gebrauch gängig: Text- und Spracherkennung zur automatisierten Verschriftlichung von Vernehmungen vor Ort, Übersetzungs-Apps, Vernehmungen per Video und Internettelefonie sowie die Einführung einer elektronischen Akte.

Insgesamt utopischer und optimistischer als die IT wurde mehrfach das Thema Mobilität thematisiert: Gewünscht werden genügend Parkplätze an den Standorten für die Mitarbeitenden, kostenfreies Bahnfahren für den Arbeitsweg und die Bereitstellung von E-Bikes für kurze Dienstwege. Als tatsächliche Zukunftsvision wurde vor allem autonomes Fahren genannt:

„Die Fahrzeugantriebe werden sich verändert haben. Große Teile des Fuhrparks der Polizei werden mit Strom oder Wasserstoff betrieben. Klagen über mangelnde Reichweite gehören schon lange der Vergangenheit an.“

„VU-Aufnahmen werden aufgrund der eigenen Dokumentation autonom fahrender Fahrzeuge digitaler.“

„Eine der größten Veränderungen wird sich auf unseren Straßen vollziehen. Selbstfahrende Fahrzeuge bestimmen das Stadtbild. Staus gibt es – dank ständiger digitaler Kommunikation aller Verkehrsteilnehmer und der Verkehrsinfrastruktur – fast nicht mehr. Die Verkehrsunfallbearbeitung [...] wird fast ausschließlich digital erfolgen. Die „polizeiliche“ Arbeit wird direkt durch den Bordcomputer der Fahrzeuge übernommen. Kommt es zu einem Unfall, lässt sich der Hergang fast lückenlos rekonstruieren. Auch Fahrerflucht ist so nicht mehr möglich, da die verunfallten Fahrzeuge die Daten des jeweils anderen Beteiligten speichern.“

Bemerkenswert sind die in diesem Bereich positiven Zukunftsaussichten; ungelöste gegenwärtige Probleme wie Klima, Ressourcenknappheit und die Verdichtung in Ballungsräumen spielten in Bezug auf Mobilität keine Rolle. Gegenwärtig Lästiges wie Staus, leere Autobatterien und Straftaten (Fahrerflucht) wird nicht nur weniger werden, sondern, folgt man den Aussagen, schlicht nicht mehr vorhanden sein. Dafür Sorge tragen werden technische Weiterentwicklung, digitale Kommunikation und Computer, die die Arbeit übernehmen.

Die polizeilichen Einsatzmittel der Zukunft dienen wie heute der Kommunikation und der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr.

„Kameras, Smartwatches und Waffen mit Fingerabdruck, so wie es schon in anderen Ländern ist. Auch andere FEM müssen bereitgestellt werden. Z. B. bessere Streifenwagen mit Abfragesystemen und Umfeldscannern.“

„vernünftige lückenlose störungsfreie Funksysteme und Kommunikationssysteme“

In der Vorstellung der PVB werden Führungs- und Einsatzmittel (FEM) smarter, funktionstüchtiger und zeitgemäßer. Mehrfach vorgeschlagen wurde die Einrichtung einer OSINT-Dienststelle. Im Unterschied zu heute nimmt Visualisierung eine zentrale Rolle ein: Gefolgt von Bodycam und DEIG (Distanzelektroimpulsgerät, ugs.: Taser) wurden Drohnen mit Abstand am häufigsten genannt:

„Es wird kleine Ein-Mann-Fluggeräte geben, Drohne mit Mann/Frau.“

„Drohnen beobachten das Einsatzgeschehen und zeichnen selbstverständlich auf.“

„Bei Kleinigkeiten wie Verkehrsbehinderungen. Jede Wache sollte eine zur Verfügung haben.“

„[Drohnen] zu Fahndungszwecken“

„Auf dem Dach des PP sind ca. 25 Drohnen geparkt, die von dort aus zu Fahndungszwecken eingesetzt werden können. Zugang zu Waffenkammer etc. bekommt man [mittels] eines Chips im Handgelenk. Streifenwagen [...] fahren selbstständig zum Einsatzort.“

„Technisch werden Drohnen in der Zukunft eine erhebliche Rolle spielen. ... Auch wir müssen Drohnen einsetzen können und dies nicht nur zum Auffinden vermisster Personen, sondern auch zur Überwachung, nicht nur im Straßenverkehr.“

„Auf Demos können Drohnen automatisch Auskunftssysteme mit Störern abgleichen, Gefahren erkennen und die Informationen an die eingesetzten Kräfte senden.“

Die vielseitigen Anwendungsfelder von UAV, die die Polizeibeamten vorschlugen, machen stockenden Verkehr und Stau im Luftraum wahrscheinlich: zur Fahndung, Vermisstensuche, Überwachung von Personen, Überwachung, Prädiktion / Gefahrenerkennung sowie im Straßenverkehr. Ein weiteres FEM, mittels dessen soziale Aktivitäten in Daten übersetzt werden und durch das „behaviorale Sichtbarkeit“ erzeugt wird (Leonardi, Treem 2020), ist die Bodycam, die nicht nur

zur Speicherung und Rekonstruktion polizeilicher Interaktionen genutzt wird, sondern auch der Informationsabfrage dient und Daten über Störer, Bewegungsprofile und sogar den Gesundheitszustand des polizeilichen Gegenübers „auf Knopfdruck“ liefert:

„Alle Daten eines Einsatzes [werden] via Bodycam oder vielleicht sogar via Kontaktlinse aufgezeichnet und auf Servern gespeichert. Dabei identifiziert eine Gesichtserkennungssoftware fast jede Person innerhalb von Sekunden und kann einen automatischen Abgleich mit allen zur Verfügung stehenden Datenbanken durchführen. Sämtliche Personendaten, vom Strafregister bis zu Bewegungsprofilen, werden der Polizei sofort zur Verfügung stehen. [...] Monitorprogramme im Körper einer Person können den Einsatzkräften vor Ort direkt Krankheiten oder Verletzungen übermitteln, sodass eine schnelle Erstversorgung am Einsatzort möglich ist.“

„Für jeden PB eine Bodycam, die ggf. Informationen an den PB steuert bzgl. des gegenüberstehenden Klientels.“

„Die Polizei wird [...] sich mit neuesten Technologien ausrüsten müssen, um die erfolgreiche Strafverfolgung zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass die Bodycams im Gespräch sind und pilotiert werden und erst Jahre später in deutlich zu geringer Zahl an Polizeibeamte verteilt werden. [...] Bodycams gehören längst zur Mannausstattung [und könnten] Gerichte stark entlasten, weil Richter den ganzen Einsatzverlauf einsehen können und schnell entscheiden können.“

„Jeder PB sollte mit einem Taser ausgestattet sein.“

„DEIG (Taser) und Netbooks auf dem Streifenwagen, Videokameras, die der Einsatzzentrale die Möglichkeit geben, live am Einsatzort dabei zu sein, oder auch Navigationsgeräte, die andere Einsatzfahrzeuge und deren Fahndungsräume anzeigen, [sind heutige] positive Beispiele.“

Insgesamt stellen sich die Polizist:innen unter den FEM der Zukunft vor allem solche vor, die der Überwachung des Raums und des „gläsernen Menschen“ dienen.

3.2.1 Digitalisierung: Vernetzung und Automatisierung

Der Begriff der Digitalisierung wird in der deutschsprachigen Öffentlichkeit fast ausschließlich im Sinne des umfassenden Megatrends der digitalen Transformation und Durchdringung aller Bereiche von Wirtschaft, Staat, Gesellschaft und Alltag verwendet. Es geht um „die zielgerichtete Identifikation und das konsequente Ausschöpfen von Potenzialen, die sich aus Digitaltechnik ergeben“ (Bundesministerium

der Verteidigung 2019: 1).¹⁶ Mehrere unzufriedene Schilderungen über den Status quo der Digitalisierung muten wie Karikaturen von Amtsstuben mit umständlichen und sinnlosen Abläufen an:

„Leider bedeutet Digitalisierung bislang größtenteils, einen Leitz-Ordner in den Scanner zu legen, die PDF dann auszudrucken und an die zuständige Stelle per Postbrief zu senden.“

„Drucker, Faxgerät und Kugelschreiber [sind] weiterhin die wichtigsten Arbeitsmittel und Anträge [verschwinden] in Schubladen oder hängen in der hausinternen Post fest, weil der zuständige Entscheider in Urlaub, Freischicht oder Fortbildung ist.“

„Statt einem Chaos aus Zetteln, Ordnern, Stick-its und laminierten Blättern [sollte] eine Digitalanzeige in Flur, Besprechungsraum und in jedem Posten [...] hängen. Änderungen [...] könnten in Echtzeit eingefügt werden. [...] Zettelchaos, doppelte oder zu wenige Pläne, Handschriftliches und kaum Lesbares wäre Geschichte.“

„[Echtzeit-Aktualisierung für] aktuelle Fahndungsaufrufe, bekannte Störer, Hausverbote, verdächtige Personen etc. Dass diese potenziell gefährlichen Personen nicht auf Polizeigelände und Schutzobjekte gehen dürfen, ist enorm wichtig und sicherheitsrelevant. Wenn jedoch Portraits dieser Leute auf vergilbten Zetteln, fotografiert mit 2-MP-Kameras unter einem Berg aus alten Unterlagen vergraben liegen, wird dies dieser Wichtigkeit nicht gerecht.“

Digitalisierung beschäftigt viele Mitarbeitende der Polizei Hamburg (21 Nennungen), wobei unter dem Stichwort, neben einigen unspezifischen Nennungen (wie: „Digitalisierung enorm vorantreiben“), unterschiedlichste Dimensionen vernetzter Kommunikation subsumiert wurden.

„Alle Daten sind direkt mit der digitalen Akte im bundeseinheitlichen Fallbearbeitungssystem vernetzt, jede Erkenntnis und jede Akte kann in wenigen Sekunden angefordert werden.“

„[Um] immer mehr Daten und mehr Auswertemöglichkeiten [zu] schaffen, die zusätzlich Ermittlungsansätze bieten. [...] Der größte Nutzen, der sich aus Datenkenntnis generieren lässt, ist die effiziente Zusammenführung zusammengehöriger Verfahren.“

Unter Digitalisierung wird die Vernetzung aller Ämter und (Sicherheits-) Behörden mit (bundes-)einheitlichen Auskunftssystemen (z. B. den Zulassungsstellen, der Feuerwehr und der Staatsanwaltschaft) ebenso verstanden wie die Vereinheitlichung der polizeilichen bzw. polizeii-

¹⁶Die inflationäre Verwendung des Begriffs markiert nicht nur einen wichtigen Trend, sondern weist auch Merkmale eines Hypes auf, der mit allzu optimistischen Erwartungen und Machbarkeitsillusionen verbunden ist (Mertens, Barbian, Baier 2017; Mertens, Barbian 2018).

ternen Kommunikationssysteme und aller Schnittstellen: zwischen den Funkstreifenwagen und der Leitstelle etc., was sowohl die Einsatzführung vereinfacht als auch die Vorgangsfertigung beschleunigt. Durch Digitalisierung würde auch, neben der vernetzten (länderübergreifenden und vereinheitlichten) Kommunikation, die Automatisierung vorangetrieben. Automatisiert werden könnten in der Vorstellung der PB unter anderem die Erfassung der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) sowie Anfragen zu Telefonnummern, Kontodaten oder ähnliches:

„Die Michel-KI wird autonom fahrende Streifenwagen automatisch einteilen. Durch Vernetzung mit anderen Fahrzeugen machen diese automatisch Platz und die FuStW erreichen schneller ihr Ziel.“

„Bessere Onlinewache, die automatisiert die Daten in das Vorgangsbearbeitungssystem übernimmt.“

„Onlinewache, die [den] Erfordernissen von ComVor entspricht“

„Tools zur Nachvollziehbarmachung von Datentransfers werden immer wichtiger werden.“

Der Nutzen, der in „smarten“ Anwendungen, die Datenabfragen und Berichterstellung vereinfachen, gesehen wird, ist hauptsächlich Entlastung, auch die Entlastung der Gerichte. Es wird angenommen, dass Arbeiterleichterung sowie Effizienzsteigerung den Dienstalltag verbessern und die Arbeitszufriedenheit steigern würde:

„Alle bisher eingeführten Systeme verlangen eine zu große Selbstständigkeit und Selbstdisziplin vom Sachbearbeiter. Dies könnte durch einfache KI-Programme übernommen werden. Ebenso die automatische Pflege der PKS.“

„Um die [eigene] Verwaltung zu vereinfachen und ihre Transparenz zu erhöhen.“

„Urlaubsanträge, Freischichten, Tausch von Arbeitstagen sollten komplett in einer digitalen App abgewickelt werden können. Natürlich ist der jeweilige Dienstvorgesetzte weiterhin als Entscheider dazwischengeschaltet.“

„Kosten- und zeiteffizienter, umweltschonender und führt auch für die Beamt:innen und Angestellte der Polizei zu erheblichen Verbesserungen des Dienstalltags.“

„Prozesse [werden] beschleunigt und die Sachbearbeitung effizienter gestaltet. Das [könnte] erheblich zur Arbeitszufriedenheit beitragen.“

„Viele automatisierte Verfahren erleichtern die Arbeit, sind aber auch nötig, sonst wären Polizei und Justiz heillos überfordert!“

„Leistungen der Polizei [können] überwiegend oder sogar ausschließlich digital angeboten werden.“

In Digitalisierung wird ein hohes Transformationspotenzial gesehen. Durch die datenbasierte Konditionierung der Organisation soll effizientere Polizeiarbeit ermöglicht werden. Die weniger strahlende Realität bestehender KI-Systeme und Schwierigkeiten bei der Implementierung digitalisierter Lösungen (zum Beispiel, dass sie oft mehr Arbeitsbelastung bedeuten und nicht weniger) sowie die mit ihrer Nutzung verbundenen Risiken erhielten ungleich weniger Aufmerksamkeit als die oft wiedergegebenen Versprechen und Zukunftsinzenierungen der IT-Branche.¹⁷ So wurde nicht thematisiert, dass Vernetzung und Automatisierung nicht zwangsläufig bürokratie-entschlackende Effekte zeitigen und Abläufe vereinfachen. Digitalisierung muss im Verhältnis zu ihren Anwendern betrachtet werden. Die Implementierung digitaler Technologien ist in der Polizei durch ein Spannungsfeld geprägt, in dem sich zugleich die Dokumentationspflichten von Schutzpolizist:innen erhöhen und eine hohe Dokumentationsdisziplin gefordert wird, ohne sie von anderen Aufgaben zu entlasten (Büchner, Dosdall 2021: 229; Dosdall 2023; vgl. Huey, Ferguson, Koziarski 2021). Dem Versprechen der effizienteren Ressourcensteuerung steht aufgrund der verlangten Dokumentation bei gleichbleibender Arbeitsbelastung eine erhebliche zusätzliche Belastung entgegen. Die Aussagen deuten darauf hin, dass technische beziehungsweise technologische Lösungen mit Modernisierungsprozessen gleichgesetzt werden. Tatsächlich erhöhen sich mit Digitalisierung, vernetzter Technologie und KI die Flexibilität und Komplexität in Organisationen ganz erheblich. Allerdings nehmen antiproportional, gerade durch wachsende Komplexität, die Berechenbarkeit, die Stabilität und Langfristigkeit digitaler Strukturen ab.

¹⁷ Im Gewand wissenschaftlich fundierter Policy-Papers wirbt der Lobbyverein Bitkom e.V. auch bei Polizeibehörden für Investitionen in Digitalisierung (Bitkom 2023; Ursuleac 2023). Der Bitkom e. V. vertritt die Interessen der IT-Branche in Deutschland mit mehr als 2200 Unternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sein Ziel ist es, optimale politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die ITK-Branche erreichen. Er setzt sich zudem für eine strategische ITK-Politik ein, die die Politikebenen von der EU über Bund und Länder bis zu Kommunen umfasst. Für „unkritisches Promoten von Big Data“, „penetrante Lobbyarbeit gegen Datenschutz“, und weil er „de facto eine Tarnorganisation großer US-Konzerne ist, die bei Bitkom das Sagen haben“, wurde dem Bitkom e.V. 2017 der Negativ-Preis Big Brother Award verliehen.

3.2.2 Künstliche Intelligenz

Sehr häufig (41 Nennungen) wurde Künstliche Intelligenz (KI) als allgemeines Stichwort genannt, ohne dass ausgeführt wurde, was unter KI verstanden wird, in welchen Anwendungsfeldern KI eingesetzt werden könne und welche Folgen durch den Einsatz ‚Künstlicher Intelligenz‘ (auch lernende Algorithmen sind weder künstlich noch intelligent) antizipiert werden.

„Moderne Ermittlungsmethoden, KI als Ermittlungsunterstützung“

„KI, Mixed-, Virtual Reality und autonom laufende Verwaltung werden zu unserem Alltag gehören.“

„Verstärkter Einsatz von KI zur Erkennung/Bewertung/Bekämpfung von Straftaten.“

„Technische Aufrüstung der Polizei durch leistungsstarke Tools zur Massendatenanalyse, KI-gestützter Applikationen, stärkere Nutzung von Geodaten und eine bedeutend stärkere Vernetzung auf Bundes- und EU-Ebene.“

„[Die] Nutzung von KI [könnte] zu einer Steigerung der leistbaren Arbeit führen.“

„Einen Großteil der Gefahrenerkennung, Einsatzkoordination und der Ermittlungen wird die KI übernehmen: [...] Die VF-KI unterstützt während des Einsatzes mit wichtigen Informationen und danach bei der Erstellung von Berichten. Die Kripo-KI sammelt automatisch sämtliche verfügbaren Daten zum Vorgang, bewertet und verknüpft diese. [...] Die StA-KI ist rund um die Uhr für verlässliche rechtliche Einschätzungen nutzbar.“

„Die Kriminalpolizei wird aus allen elektronischen Geräten Informationen auslesen können, die zur Aufklärung von Straftaten nötig sind. Hierbei werden sie von Künstlicher Intelligenz (KI) unterstützt. KI selektiert und visualisiert die gigantischen Datenmengen vorab und gibt dem Ermittler eine, auf seine spezifische Abfrage ausgelegte, Zusammenfassung.“

„KI-Anwendungen werden den Personalkörper verschlanken. Insbesondere in der Verwaltung und im Controlling-Bereich. Auch für den täglichen Dienst wird KI [...] die polizeiliche Arbeit maßgeblich verändern.“

„Die anderen Polizisten (nicht Roboter) verrichten ihren Dienst von zu Hause aus und können dort rund um die Uhr im Schichtdienst die Fragen und Belange der Bürger, die echter Betreuung bedürfen, beantworten.“

So wie für digitale Technologien wird auch das Transformationspotenzial von KI-Anwendungen für die Organisation Polizei durchweg als hoch eingeschätzt. Ausgegangen wird dabei aber weit überwiegend von den

Potenzialen digitaler Technologien und KI, wobei das Verhältnis von Organisation und Technologie nicht ausgeleuchtet wurde.¹⁸ Die erwarteten Effekte sind allgemeiner Natur: Effizienzsteigerung und die Einsparung von Personal. So wurden die Arbeitsfelder Vorgangsfertigung, Datenbewertung und -verknüpfung und Kommunikation genannt, aber keine spezifischen Handlungsfelder oder Verwaltungsbereiche angeführt, in denen KI einen Wandel herbeiführt, und keine Prognosen darüber an gestellt, ob KI-Anwendungen Experten- oder Routinesysteme werden. Definiert man als Minimalbedingung für Wandel, dass er sich auf die Hauptfelder der organisationalen Aktivität erstreckt, ergeben sich mehrere Vorbehalte dagegen, dass „Digitalisierung“ und „KI“ Wandel einläuten und die Organisation Polizei insgesamt transformiert: Die Technologien entfalten nur für Teilbereiche der organisationalen Aktivitäten Relevanz. Polizeiliche Reformen folgen dem Muster, dass zwar wichtige, aber doch lediglich kleine Teile des organisationalen Aufgabenbereiches *anlassbezogen* reformiert werden (Goldstein 1979). Die Adaption neuer Technologie ist i. d. R. Ergebnis einer anlass- und problembezogenen Lösungssuche – deshalb führt auch nicht jede Länderpolizei dieselben Reformen mit derselben Eingriffstiefe durch. Zudem steht die Implementierung neuer Technologien oft in Zielkonflikten mit anderen Tätigkeiten, wie die schon angesprochene Dokumentationspflicht oder auch die Priorisierung von Notfällen. Die Einführung neuer Technologien ist mithin als Teil kontinuierlicher organisationaler Adaptionen- und Wandlungsprozesse, als routinierte Reform, zu begreifen (March 1981; Brunsson 2009), in deren Zuge sich aber nicht die Mehrheit oder alle organisationalen Tätigkeitsfelder verändern (Romanelli, Tushman 1994). Die Einführung neuer Technologien ist mithin nicht das zwangsläufige Ergebnis diffundierender Digitalisierungsprozesse.

Spannend ist, dass, obgleich Prävention für die künftige Polizei als sehr wichtig erachtet wird (siehe 3.4), sich die Polizist:innen visuelle Technologien wie Virtual Reality, Bodycam oder Drohne kaum als In-

¹⁸ Oft werden neue Technologien als Treiber tiefgreifenden Organisationswandels identifiziert und dabei vernachlässigt, dass diese in *bestehende* soziale Systeme respektive Organisationen eingebettet sind (Romanelli, Tushman 1994; Büchner 2018; Büchner, Dosdall 2021: 218; Kirchner 2019; Husted, Plesner 2020): „the police’s turn to the future in a systematic and data-driven fashion has significant repercussions for how police work is conducted, how the police shape their relations with the public, how crime is conceptualized as a social phenomenon, what should be done about it, and how it should be done“ (Egbert, Leese 2021: 10f.).

strumente zur Prävention und Prädiktion von Kriminalität vorstellen. Hauptsächlich wird der Nutzen dieser Technologien gesehen in der Kontrolle von Personen und der Rekonstruktion von Einsätzen:

„Auch die Arbeit der Justiz [wird] erleichtert. Mittels der aufgezeichneten Daten besteht die Möglichkeit, Tathandlungen besser nachvollziehen zu können. Es wird möglich sein, alle Daten zu einem Profil zusammen zu führen. So kann man die gesamte Situation vor Ort nachstellen. Eine digitale Tatortbegehung wird Alltag sein.“

„Verkehrsunfallorte, Brandorte, Tatorte etc. können in einem Sekundenbruchteil eingescannt und später in VR wieder aufgesucht werden.“

„Durch die „Digitale Persönlichkeit“ lassen sich sämtliche Biosignaturen an einem Tatort erkennen sowie schnell und präzise auswerten. Wem gehört die DNA? Wie hoch war der Puls bei einem Tatverdächtigen zur Tatzeit? Hatte er Alkohol im Blut und kann er sich wirklich an nichts mehr erinnern? Das vereinfacht die Überprüfung von Aussagen und Alibis erheblich.“

„[Es wird] möglich sein, verschiedene polizeiliche Lagen in einem digitalen Planspiel vorab zu simulieren. Dadurch können Eskalationen frühzeitig verhindert werden. Dabei kommen der Polizei auch die Bewegungsprofile von potenziellen Störern zugute.“

Prädiktiven Technologien wie algorithmischen Entscheidungssystemen, Big Data und dergleichen wird nur sehr wenig Bedeutung zugemessen. Nur 1 von 41 Nennungen erwähnte Technologie als Instrument zur Vorhersage von Kriminalität; alle anderen Eingaben beschäftigten sich mit Möglichkeiten, Einsätze und Tatverläufe zu rekonstruieren. Mit Bezug auf *prädiktive* KI werden sogar vermehrt Bedenken und Probleme geäußert:

„Rechtlich wird vor allem ein Problem sein, rechtswidrige Entscheidungen und Verwendungen von KI-Systemen zu bewerten.“

„[KI wird] immer wichtiger, um Prognosen zu entwickeln und kriminalistisches Handeln zu unterstützen. Ich habe große Bedenken, das man sich zu sehr auf dieses Werkzeug verlassen wird.“

„Potenzielle Gefahren/ Herausforderungen – mögliche missbräuchliche Verwendung von KI sowie in manchen Bereichen KI im Allgemeinen.“

**„Technologien [bringen] auch neue Herausforderungen mit sich, wie zum Beispiel den Schutz der Privatsphäre, die ethische Nutzung von Daten und die Abwehr von Cyberangriffen.“¹⁹*

„Beamte sind dabei einerseits das wachende menschliche Auge über Entscheidungen der KI und andererseits der final ausführende Part der zu treffenden Maßnahmen. Menschliche Intuition, polizeiliche Erfahrung oder ein kriminalistisches Auge werden auch weiterhin den echten Beamten vorbehalten bleiben.“

In den Aussagen spiegeln sich einige wiederkehrende Narrative über die Möglichkeiten und Grenzen wider, die die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit KI aktuell prägen: „Entscheidungs-, Wissens- und Wahrheitsfähigkeit, apolitische Neutralität, Demokratisierungspotenzial sowie Arbeitsplatzvernichtung und gesellschaftliche Utopien/Dystopien durch KI“ (Rehak 2023). Optimismus und Hoffnungen, die in KI gesetzt werden, beziehen sich ausschließlich auf Effizienzsteigerung; an den technischen Möglichkeiten wird jedoch auch vernehmbar Kritik geübt: Einige wenden ein, dass Technologie nicht nur Probleme löse, sondern auch neue schaffe beziehungsweise bestehende verschärfe. Jenseits vom enormen Ressourcenverbrauch, der Reproduktion gesellschaftlicher Vorurteile im Zuge der Programmierung (ChatGTP zeugt davon), der Ausbeutung und Taktung menschlicher Arbeit und der unautorisierten Verwendung fremden geistigen Eigentums sind die geäußerten Bedenken und antizipierten Probleme mit KI, anders als in den Nennungen zu ihren Anwendungsfeldern, sehr polizeispezifisch: Vor allem das menschliche Ermessen ist den Beamten wichtig; dass Ermessensspielräume reduziert werden könnten, wird in den Nennungen ambivalent bis sorgenvoll befürchtet.²⁰ Die Aussagen geben Auskunft darüber, was für die Polizisten wichtig ist und Vorrang hat: rechtlich einwandfreie Arbeit, die Verhinderung von Datenmissbrauch und menschliches Ermessen.

¹⁹ Zwei Umfrageteilnehmer nutzten Microsoft Bing, in das ChatGPT integriert ist. Diese Nennungen wurden mit einem „*“ gekennzeichnet. Insgesamt ist eine deutliche Antworttendenz im Unterschied zu den „menschlichen“ Eingaben auszumachen: Die generative KI antwortet stark nach sozialer Erwünschtheit und nicht nach persönlichen Einstellungen oder individuell wichtigen Themen. Neben der Tendenz, nach sozialen Normen zu antworten, sind die durch KI generierten Texte redundanter und marktliberaler als die anderen Eingaben.

²⁰ Eine Untersuchung in der britischen Polizei wies große Akzeptanzprobleme von *Predictive Policing* unter Polizist:innen nach und schlussfolgert, dass prädiktive KI polizeiliches Ermessen kaum reduzieren wird. Die Autoren führen dies auf eine Organisationskultur zurück, die Polizeiarbeit als Handwerk versteht (Sandhu, Fussey 2021: 78f.; vgl. Ratcliffe, Taylor, Fisher 2020).

3.3 Kultur der Organisation Polizei

Anders als der dieser Studie zugrunde liegende wissensorientierte Kulturbegriff beziehen sich die folgenden Aussagen zunächst auf die interne *Organisationskultur*. Geäußert wird der Wunsch nach mehr Offenheit für Ideen der Mitarbeiter, flacheren Hierarchien („Mitarbeitende, die sich einbringen, sollten mehr Gehör finden“) und entschlosseneren Reformen und Veränderungen. Positiv hervorgehoben wird der (hierarchieübergreifende) gute Umgang miteinander, die in der Polizei wichtige Norm der Kollegialität wird geschätzt. Das „Erlauben von Tattoos“ (s. a. 4.4) zeigt beispielhaft, dass dem Ausdruck von Individualität bei Polizeibeamten (etwas engere) Grenzen gesetzt sind, was nicht allen gefällt.

„Offen mit Ideen oder Verbesserungsvorschlägen der Mitarbeiter umgehen und Veränderungen zulassen --> nicht jede Veränderung muss vorher zu 100% abgewogen und alle Eventualitäten bedacht werden --> lieber mal etwas in kleinem Rahmen testen und dabei ggf. Anpassungen vornehmen – den Satz „Das haben wir schon immer so gemacht“ aus dem Vokabular streichen.“

„Professionelleres arbeiten, mehr Problembewusstsein und Mut und Wille, Dinge zum Besseren zu verändern.“

„Ein weiterhin kollegialer und freundlicher Umgang zwischen allen Ebenen.“

„Erlauben von (sichtbaren) Tattoos“

Organisationskultur nur unter den Bezugspunkten des kollegialen Umgangs und der Bereitschaft zu Wandel zu beachten, wäre zu verkürzt, weil Strukturen ebenso wie Entscheidungsförmigkeit invisibilisiert werden. Die folgende Aussage beschreibt Paraphernalien der Bürokratie als strukturgebend. In dieser vorgefundenen Struktur seien Handlungsmotivationen von Mitarbeitern in der (Kriminal-)Polizei unterscheidbar:

„Rotakten, Duplikatakten, Tackernadeln und Abverfügungen gehören [...] nach wie vor zu den Lieblingswerkzeugen eines Kriminalisten. Dazu kommen Halden, PKS-Aufhübschung für die nächste Innenministerkonferenz sowie Textbausteine, die das Fehlen von Ermittlungsansätzen begründen sollen. Die einen, sagen wir 30 % der Belegschaft, haben es sich in diesem Nest gemütlich gemacht und sich angepasst. Die nächste Beförderung kommt mit Sicherheit, der Anhörbogen hoffentlich nicht, damit die Akte endlich raus kann. Weitere 30 % sind [...] maximal unterfordert, haben jedoch nach den ersten Versuchen, kriminalistischen Eifer an den Tag zu legen und mehr zu machen als vorgesehen, lediglich Desinteresse oder Belustigung von Kollegen und Vorgesetzten erfahren. In der Folge beginnen sie ein berufsbegleitendes Studium, um sich anschließend neu zu orientieren. [...] 20 % nutzen die vorgefundenen Umstände, um durch geschicktes Networking und Selbstpräsentation aus der Fachlichkeit herauszukommen, um Führungs-

funktionen einzunehmen. Die verbliebenen 20 % geben sich nicht mit der ihnen zugewiesenen Funktionsbeschreibung als im wahrsten Sinne „Sachbearbeiter“ zufrieden, sondern wollen aufgrund ihrer intrinsischen Motivation und der Tätigkeit eines „Ermittlers“ folgend eine perfekte Beweiskette aufbauen, um die Täterschaft nachzuweisen und vor Gericht selbstbewusst zu präsentieren. Sie füllen das Idealbild eines „Kriminalisten“ aufgrund selbstständig entwickelter Werte aus, obwohl ihnen dies [...] nicht nahegelegt worden ist.“

Während andere (Konformisten) es sich „gemütlich machen“, sich „anpassen“, sich „orientieren“, „networken“, um „herauszukommen“, gibt sich der Self-Made-Cop damit nicht zufrieden: Er baut auf, weist nach, präsentiert (sich).²¹ Die Einteilung des Personals in Faulenzer, Aussteiger, Opportunisten und Perfektionisten mündet in der Beschreibung eines Idealtypus des selbstbewussten, gewieften Nonkonformisten, der Werte *autonom* und *aus sich selbst heraus* entwickelt, und zwar *gegenläufig* zu der ihn umgebenden „Kultur“.

Andere Nennungen fassen die Polizei als ein Teilsystem der sozial ausdifferenzierten Gesellschaft auf, die bestimmte funktionale Leistungen erbringt. Sie betonen vor allem die Notwendigkeit eines Wandels von Einstellungen (in) der Polizei.²²

„Die Polizei muss attraktiver werden für potenzielle Arbeitnehmende. Dazu gehört auch, dass die Einstellung innerhalb der Polizei mehr in den Fokus genommen werden sollte. Eine Polizei der Zukunft [...] akzeptiert andere Menschen, andere Rollenbilder; andere Lebensvorstellung und Werte. Dazu gehört ebenfalls, die Reflexion innerhalb der Behörde zu fördern [...]. Ich bin immer wieder überrascht, was für sehr alte Wertevorstellung innerhalb der Polizei noch gelebt werden und tatsächlich auch hingenommen oder adaptiert werden von Kolleginnen und Kollegen. Rassistische und diskriminierende Haltungen sollten keinen Platz finden und aufgearbeitet werden. Wie möchte sich die Polizei sehen? Wo sind Grenzen? Wo gehen wir über das „Das haben wir schon immer so gemacht“ hinaus? Zudem braucht es sinnvolle Arbeitsstrukturen und Regelungen, die von einzelnen Führungskräften nicht umgangen werden dürfen. Diese sollten klar definiert und festgehalten werden. Wenn die Polizei keinen Wandel durchführt, wird sie abgehängt und ein gesellschaftliches Bild entsteht, wie es nicht die Polizei abbildet – da wir wirklich reflektierte und motivierte Kolleginnen und Kollegen haben, die mehr gehört und gefördert werden sollten.“

²¹ Siehe dazu: Klockars, Carl B. (1980): The Dirty Harry Problem. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 452, S. 33–47.

²² Dem sei vorangestellt, dass die Polizei – aus guten Gründen – hohe Ansprüche an die Gesetzes-treue und das Wohlverhalten ihrer Mitglieder stellt. Während es viele Arbeitgeber wenig interessieren muss, ob Mitarbeiter in ihrer Freizeit Cannabis konsumieren, sich in sozialen Netzwerken lächerlich machen oder demokratie-inkompatible Einstellungen zum Besten geben, gilt in der Polizei, dass sich jede:r Einzelne auch außerhalb der Dienstzeit so zu verhalten hat, als stehe er für den Ruf der gesamten Polizei ein. Ein weiterer Referenzpunkt für Wohlverhalten, neben der Repräsentation, ist das im Idealfall *vorbildliche* Betragen von Polizeibeamten.

„Ich gehe davon aus, dass die Polizei in Gänze konservativer werden wird als sie jetzt bereits ist. Dem muss seitens der Behördenleitung aktiv entgegen-gewirkt werden, um eine Radikalisierung einzelner Dienststellen oder auch geschlossener Einsatzgruppen zu vermeiden. Der Schwur auf das Grundgesetz reicht nicht, um eine Grundrechtstreue herzustellen.“

„Diese Problematik [delinquentes Verhalten junger Polizeibeamter; erkennbar an Fallzahlen aus dem Studium entlassener Anwärter] kann sich zu einem ernsten Problem entwickeln. Der Umgang mit diesem Problem wird gravierenden Einfluss darauf haben, über wie viel und über wie verlässliches Personal die Polizei 2048 verfügt.“

„Ich wünsche mir, dass die Polizei in 25 Jahren (gerne auch früher) – toleranter – weltoffener – weitsichtiger – moderner – politisch korrekter auftritt.“

„Es werden mehr Menschen über der regulären Altersgrenze eingestellt werden müssen, es wird Kopfbedeckungen [und keine] kein[e] Uniform [mehr] geben müssen (Kopftuch, Kippa, Turban). Anders wird es nicht gelingen, die Einstellungs-zahlen zu erfüllen.“

Leitend für die Aussagen sind normative Werte: Toleranz, Progressivität, Korrektheit und der Schutz demokratischer Grundrechte. Bemängelt werden überkommene Wertvorstellungen, rassistische und diskriminierende Einstellungen, Konservatismus und Radikalisierungsgefährdung. Die Verantwortlichkeit, diese Probleme abzustellen, wird (in zwei Beiträgen) explizit der Behördenleitung respektive Führungskräften zugewiesen. Hier wird wirksames Handeln erwartet: „Rassistische und diskriminierende Haltungen sollten keinen Platz finden und aufgearbeitet werden.“

Interessant sind die Begründungen für Wandel jenseits von Normen und Werten: Zum einen spielt die Außenwirkung der Polizei eine zentrale Rolle: „ein gesellschaftliches Bild entsteht“; „die Polizei muss attraktiver werden“. Die Kritik an den eigenen Reihen wird oft im Zusammenhang mit Personalgewinnung und der Attraktivität (der Polizei als Arbeitgeber) und Repräsentation nach außen genannt. Zum anderen seien Veränderungen ein organisationales Erfordernis. Ein Beitrag prophezeit etwa mehr religiöse und altersgruppenbezogene Vielfalt, allerdings „notgedrungen“ aus Sachzwängen.

Die Aussagen machen deutlich, dass die Binnenkohäsion der Polizei, die wie in vielen/allen Gruppen nach innen integrativ wirkt, Grenzen hat und für viele Polizist:innen kein Refugium sein darf, in dem man sich gegenseitig in Ruhe lässt, sondern schlicht inakzeptabel ist.

Kritikfähigkeit, Selbstreflexion, Inklusivität und die Aufarbeitung von Fehlern seien notwendig und „reflektierte und motivierte Leute sollten mehr gesehen werden.“

3.4 Aufgaben der Polizei in Zukunft

Welche Aufgaben künftig wichtiger werden, sich verändern oder in den Hintergrund treten, wurde sehr unterschiedlich eingeschätzt und vielfältig betrachtet. Unterteilen lassen sich die Nennungen in hinzukommende respektive wegfallende Aufgaben. Auch wurde für Aufgaben oft angegeben, ob sie einfacher oder komplexer werden. Ein Großteil der (30) Nennungen sieht die Aufgaben der Polizei reduziert auf Kernaufgaben, namentlich „die Prävention und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten“, aber auch die Befassung mit „schwerwiegenden Deliktfeldern“ oder „Schwerkriminalität“. Dabei berge die Konzentration auf Kernaufgaben durchaus Risiken:

„Bereits heute sind viele junge Kollegen desillusioniert; wollten eigentlich ermitteln, Verbrecher fangen usw. Die Realität sieht jedoch häufig so aus, dass es nur darum geht, viel zu viele Akten bearbeiten zu müssen und keine Zeit mehr für den Einzelfall zu haben. Die Vision, das ja nicht ewig machen zu müssen, sondern sich innerhalb der Polizei zu verändern, wird bei einem Rückzug der Polizei auf Kernaufgaben für viele nicht in Erfüllung gehen können. Die Folgen: Burnout-Phänomene steigen, ebenso die Zahl der Aussteiger.“

Der angeführte Grund für die notwendige Verkleinerung des Aufgabenfeldes ist immer Ressourcen- und Personalmangel und/oder eine zu geringe Anzahl qualifizierten Personals:

„Überlastete Justiz“

„Höheren Fallzahlen an Straftaten kann nicht 1:1 mit mehr Personal begegnet werden. Neue Lösungsansätze werden politisch gefordert werden.“

Tatsächlich wird ein Großteil der von der Polizei erfassten Straftaten nicht vor Gericht verhandelt, was die in der Polizei oft debattierte „Aufgabenkritik“ plausibilisiert.

Sehr häufig wurde die primäre Zuständigkeit anderer Behörden angemerkt, die aufgrund ihrer eigentlichen Zuständigkeit in die Pflicht genommen werden sollten bzw. stärker eingebunden sein sollten. Die in

Zukunft (präferiert) wegfallenden Aufgaben sollen entweder von anderen Behörden bearbeitet werden, von Unternehmen der Privatwirtschaft erledigt werden oder sich durch technologischen Wandel erübrigen. Die Aufgaben, derer sich andere Behörden annehmen sollten, seien:

„ASD in Jugendsachen, bei Senioren oder verhaltensauffälligen Personen“

„Graffiti, Ladendiebstahl, Dauer-Vermisste des KJND oder Schubereien auf Schulhöfen“

„Begleitung von Abschiebungen. Dafür gibt es eine Bundespolizei“

„Abschleppaufträge, Halteverbotszonen und Parkraumüberwachung sollten ausschließlich durch den Landesbetrieb Verkehr [...] durchgeführt werden“

„Verkehrserziehung“

„Corona-Streifen, Transport und Bewachungsdienst für die Sozialbehörde“

„Wer Lust auf den Polizeivollzug hat, lässt sich ungerne damit abspeisen, als Polizist verkleideter Ordnungsamtsangestellter Obdachlose zu wecken“

„Jugendbeauftragte“

„Folgende Bereiche könnten in eine zivile (soziale) Komponente der Verwaltung abgegeben werden: Drogen, Verkehr, Jugendstrafaten, Familienstreitigkeiten und so weiter.“

Als nicht genuin (landes-)polizeiliche Aufgaben wurden sozial- und gesundheitspolitische Themen, darunter Jugendsachen, psychisch Erkrankte, Senioren, Bagatelldelikte, Verkehr sowie Abschiebungen genannt.

Durch technologischen Wandel bedingt fielen in der Zukunft folgende Aufgaben weg:

„Verkehrsunfallaufnahme nur noch bei verletzten Personen/Straftaten“

„Ordnungswidrigkeiten wie Geschwindigkeitsüberschreitungen, da die Datenströme des Verkehrsnetzes jederzeit auslesbar sind“

„Observationen benötigen nur noch einen sehr geringen beziehungsweise keinen Personalansatz mehr.“

Als Aufgaben, die durch nicht-staatliche Unternehmen erledigt werden können, wurden Fußballspiele und Objektschutz genannt, wobei die Ansichten beim Objektschutz stark auseinandergehen. Einerseits wird er als wichtige polizeiliche Aufgabe gesehen – konkret genannt wurde der Schutz jüdischer Einrichtungen – während andere den Objektschutz als eine demotivierende Aufgabe betrachten:

„Die wenigen verbliebenen – eigentlich mal hochmotivierten – Polizisten sitzen abwechselnd vor Konsulaten, Botschaften, Schulen, pp. und bewachen diese.“

In einigen Nennungen werden Aktivitäten der Polizei als verschwenderisch, als sinnlos oder als schlicht falsch empfunden:

„Die Polizeishow, Teilnahme an Sportwettkämpfen der Polizeien, Kinder-Hit-Tag, Reiterstaffel [...] Es bedarf Mut, Sachen zu verändern, und „wer alles macht – macht gar nichts“.“

„Massendelikte wie Fahrraddiebstahl, Internetbetrug und Graffiti (werden heute schon bloß noch durch Angestellte totgeschrieben).“

„die Aufgaben des LKA I werden mit Pech zu reiner Fließbandarbeit verkommen.“

„Die Polizei der Zukunft gibt Bereiche an die Gesellschaft zurück, die von [der Polizei] sowieso nicht gelöst werden können. Begriffe wie „Bekämpfung der Randständigenszene“ deuten bereits darauf hin, dass man dabei ist, immer wieder den falschen Weg zu gehen. Polizeistaat auf der einen und Überforderung der Kollegen auf der anderen Seite gilt es zu vermeiden.“

Die Begrenzung auf Kernaufgaben wird zwar mehrheitlich für notwendig erachtet, aber zugleich als unwahrscheinlich eingeschätzt. Erwartet wird, dass noch Aufgaben hinzukommen und/oder dass Aufgaben der Polizei an Komplexität oder Belastung zunehmen:

„Es wird immer mehr Aufgaben für immer weniger Polizisten geben.“

„ständig größer werdende Aufgabenfelder bei gleichbleibendem oder weniger Personal.“

„Es werden zunehmend externe Spezialisten – insbesondere in der IT – benötigt.“

„Es muss eigene IT-Abteilungen geben, die sowohl die Netzsicherheit der Polizei intern regeln als auch die Sicherheit im Datenverkehr muss überwachbar sein.“

„Forensische IT-Angestellte brauchen wir dringend.“

„Durch den Klimawandel bedingte Herausforderungen werden auf Polizistinnen und Polizisten zukommen wie z. B. Naturkatastrophen, Proteste, daraus folgende Straftaten. Weiterhin muss die Polizei selbst „grüner“ denken (CO₂-Abdruck etc.).“

„Aufgrund der Klimakrise werden Polizisten auch immer häufiger als Rettungshelfer und in Notfallsituationen gebraucht werden, ob der Zivilschutz darauf vorbereitet ist, wage ich zu bezweifeln.“

„[Extremismus] sollte durch eine verstärkte Anwerbung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern oder eine Kooperation mit den Universitäten vor Ort gelöst werden.“

„Aufgrund der weiteren Spaltung der Gesellschaft in immer kleinere Gruppen wird die polizeiliche Überwachung einzelner extremistischer Gruppen immer schwieriger werden.“

„Die Anforderungen im Tagesgeschäft, aber auch bei besonderen Einsatzlagen werden [durch ges. Spaltung] mitunter unerträglich werden.“

„Kriminalität nicht mehr überwiegend repressiv, sondern zunehmend präventiv und therapeutisch zu begegnen. Zielgruppen präventiv begegnen, um Täterwerden zu verhindern und Tätern effizienter therapeutisch zu begegnen als bislang. Dafür wäre mehr kriminologische Forschung erforderlich sowie erheblich mehr Therapeuten.“

„Die Polizei muss sich öffnen, um präventiv besser und kompetenter zu arbeiten. Hier gibt es viel Know-how von Externen [Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern], die Menschen im Bereich Sucht, Kriminalität und Verkehr präventiv helfen können, Straftaten zu verhindern.“

„Menschenzentriertes Arbeiten.“

In Zukunft vereinfacht sein werden nach der Einschätzung einiger hingegen Auswertungstätigkeiten, Vorgangsfertigungen (die in Zukunft vom Funkstreifenwagen aus erledigt werden könnten) und Kfz-Abfragen.

Neue und komplexe Aufgabenfelder liegen nach der Einschätzung der Polizist:innen vor allem im Bereich der Informationstechnologie und Datensicherheit; sie werden durch Klima- und Naturkatastrophen bedingt. Eine der großen Herausforderungen sei es, eine sich polarisierende (und in Teilen extremisierende) Gesellschaft zu polizieren. Dabei wird, dies ist aber nur teilweise aus den Nennungen herauszulesen, tendenziell präventive Arbeit gegenüber repressiver Polizeiarbeit bevorzugt. Die in der Polizeiforschung oft konstatierte nachrangige Stellung von Präventionsarbeit gegenüber den organisationalen Primäraufgaben Strafverfolgung und Gefahrenabwehr bestätigt sich hier

nicht; im Gegenteil: Die PVB weisen Prävention eine hohe Relevanz zu (vgl. Sherman, Weisburd 1995: 646: „Prevention lacks glamour“). Die Vielzahl der Eingaben, die polizeiliche Aufgaben in Zukunft verändert sehen, legt nahe, dass ein politisch-gesellschaftlicher Diskurs über die Aufgaben der Polizei vonseiten vieler Polizeibeamter als notwendig erachtet und begrüßt wird.

4 TEIL 1: AUSSEN

Im nun folgenden Kapitel „Außen“ (>65 Nennungen) werden Beschreibungen des Verhältnisses der Polizei zu ihrer (künftigen) Umwelt versammelt – die Welt, wie sie sich Polizistinnen und Polizisten in Zukunft vorstellen. Hier entstanden die Themencluster ‚Neue Kriminalitätsphänomene‘, ‚Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit‘, ‚Wertschätzung‘, ‚Bürgernähe‘ sowie ‚Gesellschaftliche Entwicklung‘ mit den Unterthemen ‚Spaltung und Konflikt‘ und ‚Zunahme von Gewalt‘.

4.1 Neue Kriminalitätsphänomene

In absteigender Häufigkeit wurden als Ursachen für Kriminalität in der Zukunft das Internet, Migration, Organisierte Kriminalität sowie die Auswirkungen von Kriegen auf Kriminalität genannt. Ausnahmslos wird von einem Anstieg oder von einer Verlagerung von Straftaten ausgegangen.

„Eine steigende Kriminalitätsrate und eine zunehmende Komplexität von Straftaten“

„Die Kriminalität von Mensch zu Mensch nimmt ab, da weniger Menschen persönlich aufeinandertreffen, dafür wird im Internet die Straftatenstatistik steigen.“

„Bei den Straftaten geht [...] der Trend von der Straße zum Internet. Vor allem Betrugsmaschen werden so vielfältig wie nie sein.“

„Die Verschleierung von Straftaten durch den bloßen modus operandi „online“ wird sicherlich leichter werden.“

„Quantencomputer in Verbindung mit künstlicher Intelligenz werden die Möglichkeiten deliktischen Handelns [...] auf nicht vorstellbare Ebenen heben. Soziale und deliktische Interaktion wird zunehmend in Metaversen stattfinden.“

„Nach wie vor stellen Gewalt- und Eigentumsdelikte eine Bedrohung des Sicherheitsgefühls dar [...]. Allerdings ist im Bewusstsein der Bevölkerung auch sehr viel stärker die Erkenntnis gereift, dass Cyberkriminalität eine wesentliche Bedrohung für das Gemeinwohl und die eigene Person darstellt. Insofern besteht eine hohe Erwartungshaltung an die Polizei, diesen Kriminalitätsphänomenen adäquat entgegenzutreten.“

„Daten werden immer einfacher geteilt [werden] können. Bei den Bürgern [bedarf es] mehr Willen zur Sicherung eigener Daten, nicht nur der Passwörter, sondern persönlicher Daten überhaupt. [...] Warenkreditbetrug ist der neue Ladendiebstahl. Fahrzeughersteller[verleiher] müssen ihre Fahrzeuge grundsätzlich besser [schützen] gegen unbefugten Gebrauch, denn gerade in Städten werden individuelle Fahrzeuge immer unwichtiger werden.“

„Die Cyberkriminalität wird einen rasanten Anstieg erleben und nahezu die Hälfte aller begangenen Straftaten ausmachen. Allerdings ist [...] eine Einschränkung der Nutzung des Cyberspace [...] durch staatliche Stellen möglich.“

„[Bedenkt man, wie in der Ukraine] zivile Drohnen militärisch eingesetzt werden, muss aus polizeilicher Sicht erheblicher Aufwand zur Abwehr solcher Gefahren betrieben werden.“

„Mehr Kriminalität, gesteigertes Anzeigeverhalten.“

„Durch die Digitalisierung [werden] auch Möglichkeiten geschaffen, Finanztransaktionen anonym abzuwickeln. Die Chance für die Rückgewinnung kriminell zustande gekommener Vermögen, wird gigantisch sein, aber auch die Möglichkeit, solche Vermögen zu verstecken.“

„Die Digitalisierung hat bislang noch nicht viele Arbeitsplätze gekostet und sogar neue geschaffen. Bis 2048 wird sich dies sehr wahrscheinlich ändern. [...] Viele Menschen werden daher 2048 entweder keine Arbeit haben oder kürzere Arbeitszeiten. Dies trifft vermutlich insb. die technisch wenig qualifizierten Menschen. [...] Das Zusammentreffen von viel Freizeit und wenig finanziellem Spielraum begünstigt steigende Fallzahlen an Straftaten.“

Der höheren Valenz von Cyberkriminalität, Datenmissbrauch und Terrorismus könne die Polizei nur mit einer Aufstockung technischer und personeller Ressourcen zur Gefahrenabwehr wirksam begegnen. Bemerkenswert an den Aussagen ist dreierlei: Zum einen wird das Ausmaß künftiger Delikte als „gigantisch“ beschrieben (dazu weiter unten); zweitens fühlen sich die Polizistinnen und Polizisten selbstverständlich und verbindlich dafür verantwortlich und zuständig, den an die Polizei herangetragenen Erwartungen gerecht zu werden; drittens ist das Bild, das Polizeibeamte vom Bürger haben, eines, das sich durch Unbedarftheit und Naivität hinsichtlich der vorhanden seienden Gefahrenlage (z. B. Opfer von Betrugsmaschinen zu werden) auszeichnet. Bemerkenswert ist, dass das Begehen von Straftaten nicht der gesellschaftlichen „Mitte“ zugerechnet wird, sondern Vermögenseliten oder von Armut Betroffenen.

Die zweithäufigste Nennung im Zusammenhang mit Kriminalität ist Migration:

„Die organisierte Kriminalität wird in den nächsten Jahren stark ansteigen. Dies wird im Bereich der Drogenherstellung und -einfuhr wie auch im Bereich der sog. „Clankriminalität“ geschehen.“

„Die Kriminalität wird massiv steigen, auch aufgrund der unkontrollierten Migration.“

„Die heutige Migrationspolitik wird auch weiterhin viele Migrantinnen und Migranten ins soziale Abseits stellen und so für einen Anstieg der Fallzahlen in diesen Bereichen sorgen.“

„Man erkennt bereits jetzt die Zahlen von verübten Straftaten, die von diesen Menschen [Migranten] verübt wurden. Frauen werden in Hamburg tagtäglich sexuell belästigt und sprechen mich auf diese Situationen an. Es passiert jedoch nichts. Hierbei handelt es sich um ein Problem, das nicht mehr aufgehalten werden kann und statistisch spätestens im Jahr 2050 dazu führt, dass Deutschland ein muslimisches Land ist.“

Anders als bei dem prophezeiten Anstieg von Straftaten „online“, der als quasi-natürliche Begleiterscheinung eines technischen Fortschritts nicht auf Ursachen oder Folgen befragt oder bewertet wird, verweisen die Nennungen von Migration im Zusammenhang mit der antizipierten Zunahme von Kriminalität darauf, dass Moralökonomien als nicht mehr normativ gesichert gelten: Zum einen wird das „soziale Abseits“, in das Menschen durch Migrationspolitik gestellt würden, in einen Kausalzusammenhang mit einer steigenden Kriminalitätsrate gesetzt, zum anderen treten neben enttäuschten moralischen – nicht politischen! – Grunderwartungen (zum Beispiel, dass niemand interveniere, um die Gleichbehandlung respektive Sicherheit von Frauen (wieder) herzustellen), Wahrnehmungen von Kontrollverlust und Normübertretungen zutage.

4.2 Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit

Der Datenschutz (11 Nennungen) wird nicht assoziiert mit dem Grundrecht auf Privatsphäre, sondern wird vorwiegend als einschränkend und hinderlich für die polizeiliche Ermittlungsarbeit empfunden. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit würde darüber hinaus durch Bundes- und Landesgesetze erschwert. Diese Einschätzung ist im Kontext des (häufig wiederkehrenden) Narrativs zu sehen, dass Kriminelle einen

uneinholbaren „Vorsprung“ gegenüber der Polizei hätten. Abgewogen wird Datenschutz als wichtiges Rechtsgut nur in einer Nennung, „*dass Deutschland nicht zum Überwachungsstaat verkommt*“. Dagegen stünde jedoch oftmals die „*Schwere von Straftaten [...] nicht im Verhältnis zum Datenschutz*“. Hier einige weitere Nennungen:

„Der Datenschutz muss sich an die Polizei anpassen und nicht die Polizei zu sehr behindern, wenn es sich um die Verhinderung schwerwiegender Straftaten handelt.“

„Es sollte mehr Kameraüberwachung geben und der Datenschutz vernachlässigt werden.“

„Politische Maßnahmen zur Erschwerung von Geldwäsche wären u. U. hilfreicher als tausende weitere Polizeibeamte. Vorstellbar wären z. B. eine EU-weite Reglementierung von Kryptowährungen, bessere Überwachung von Bargeldabhebungen.“

„[Es] muss transparent gemacht werden, warum er [Datenschutz, Anm. NM] in dieser Form existiert und warum Polizistinnen und Polizisten Daten in manchen Fällen weder erheben noch nutzen dürfen.“

„[Wenn erst] das Recht und damit die Handlungsgrundlagen (DSGVO, Befugnisse aus SOG, StPO, Straftatbestandsweiterungen im StGB) erweitert und somit angepasst werden, wird die interbehördliche Kommunikation [...] schließlich ausgebaut sein.“

„Alle Bürger werden über eine „Digitale Persönlichkeit“ verfügen. Hier werden alle Daten zusammengefasst, inklusive aller möglichen Rechte und Pflichten des Einzelnen. Da es hierbei nicht nur um das technisch Machbare geht, sondern um Grundrechtseingriffe, bedarf es zuvor selbstverständlich einer breiten gesellschaftlichen Debatte. Diese Diskussion wird kommen und die DPolG als Interessenvertreter der Polizeibeschäftigten wird sich diesem Diskurs nicht verschließen.“

„Staatsanwaltschaft und Richter vor Ort für schnelle Entscheidungen.“

„Eine Art „Richter-KI“ wird kleine Delikte selbstständig bearbeiten. Hierzu nutzt sie die Erfahrung aus bereits verhandelten, ähnlichen Fällen. Ein Ladendiebstahl wird also höchstwahrscheinlich nur noch in Ausnahmefällen vor einem menschlichen Richter landen.“

In den aus demokratisch-rechtsstaatlicher Perspektive sehr bedenklichen Aussagen wird unter anderem die Aberkennung von Grundrechten gefordert bei Menschen, die Straftaten begehen; ein:e andere:r geht davon aus, dass Überwachung Straftaten verhindere. In den Aussagen wird, implizit und explizit, deutlich, dass politische Maßnahmen infolge gesellschaftlicher Diskurse einzig auf die Verschärfung von Gesetzen bzw.

die Ausweitung polizeilicher Handlungsspielräume hinauslaufen könnten. Bemerkenswert an den Aussagen ist, dass das Primat nicht Rechtsstaatlichkeit ist (Bürger haben garantierte Rechte gegenüber dem Staat), sondern die Verhinderung von Straftaten (nicht deren Verfolgung!). Hier handelt es sich vermutlich um eine *Déformation professionnelle*,²³ im Zuge derer aus dem Blick verloren wurde, dass das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit in einer demokratischen Gesellschaft ein komplexeres ist. Bedenklich ist auch die folgende Äußerung, die Bürgerrechte und Justiz als übergreifend gegenüber der Polizei beschreibt:

„In 25 Jahren gibt es keine funktionierende Polizei mehr. Die Justiz hat es endlich geschafft, die Beweisumkehr zu verankern. Für jede kleine Beschwerde müssen die Polizisten beweisen, dass sie nicht falsch gehandelt haben und dass es nicht zu einer Körperverletzung oder Freiheitsberaubung gekommen ist. Können sie das nicht, werden sie bestraft. Dafür ist BMDA zu einer Behörde mit 200 Mitarbeitern angewachsen. DIE hat ein Hochhaus angemietet, um der Aktenflut gegen die Kollegen einigermaßen Herr zu werden. Außerdem hat die Justiz die Rechte der Polizei so stark eingeschränkt, dass für alle Maßnahmen jetzt schriftliche Beschlüsse von der Justiz eingeholt werden müssen (z. B. auch für das Aufstoppen eines Pkw). Da auch die Justiz überlastet ist, führt das zu einem permanenten Nichts-mehr-tun-Können.“

Die vorliegende Studie erhebt kollektive Wissensbestände und legt diese dar. Obgleich es nicht Aufgabe und Ziel ist, diese zu bewerten, scheint eine Ausnahme hier angebracht: Zwar ist anzunehmen, dass diese Aussagen nicht die Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten in der Hamburger Polizei repräsentieren. Zugleich ist es irrelevant, ob einige Beamte Aussagen wie die obigen aus Mangel an politischer Bildung, aus Betriebsblindheit oder aus einem falsch verstandenen Selbstverständnis heraus, aufgrund ihres Status als Beamte „im Recht“ zu sein, treffen. Defizite im Verständnis von Grundrechten und von Gewaltenteilung delegitimieren die Polizei als Ganzes. Deshalb an dieser Stelle ein Plädoyer für Verfassungspatriotismus (Crouch 2008) als zentraler und in der Polizei sicherzustellender Wert und eine Erinnerung, die anschaulich den besonderen Wert der Grundrechte als Freiheitsgarantien des Einzelnen und Schutzrechte gegen einen übergreifenden Staat beschreibt: „Die Grundrechte sind in erster Linie Abwehrrechte

²³ Berufliche Entstellung bezeichnet die Neigung, eine berufsbedingte Perspektive unbewusst über ihren Geltungsbereich hinaus anzuwenden: Wo die meisten Menschen einen Pickel erkennen, sehen – zumindest einige – Chirurgen Abszess, Nekrose und Amputation. Ebenso verhält es sich mit Lehrern, die jenseits des Klassenraums dozieren und korrigieren oder mit Soziologen, die in jeder banalen Begebenheit gesellschaftliche Umwälzungen wittern, usw.

des Bürgers gegen den Staat; in den Grundrechtsbestimmungen des Grundgesetzes verkörpert sich aber auch eine objektive Wertordnung [...]“ (Urteil vom 15. Januar 1958 – 1 BvR 400/51. BVerfGE 7, 198ff.).

4.3 Wertschätzung

Häufig geäußert (16 Nennungen) wurde der Wunsch nach und die Hoffnung auf „gestiegenes“ Vertrauen in die Arbeit der Polizei und ein „positives Bild beim Bürger“, was sich an gezolltem Respekt und entgegengebrachter Wertschätzung zeigen würde. Die Nennungen unterscheiden zwischen Aussagen, die sich auf individuelle Erlebnisse und Erfahrungen der Polizistinnen und Polizisten beziehen (Zitate 1–5) und Aussagen, dass das *Berufsbild* Polizist:in nicht viel Wertschätzung erfahre (Zitate 6–14):

„respektvoller Umgang beiderseits“

„Ich hoffe, dass man uns allgemein mit mehr Wertschätzung begegnet“

„Erhoffte Verbesserungen: flächendeckendere Wertschätzung und Anerkennung des Themas Innere Sicherheit und [der] Mitarbeitenden [...]“

„Die Bürger werden respektloser“

„[Polizei wird] in der Öffentlichkeit regelmäßig diffamiert und von immer weniger [...] Menschen ernst genommen.“

„In 25 Jahren wird der Polizeiberuf nach wie vor ein respektabler Beruf sein, jedoch auch mit negativen Meinungen.“

„Nur wenige Menschen möchten zur Polizei, schlechte Bezahlung, geringe Wertschätzung und Respekt sind die wesentlichen Gründe.“

„Der Beruf des Polizisten ist bereits jetzt mit Vorbehalten, Clichés und negativen Stereotypen behaftet, und besser wird es absehbar nicht werden.“

„Die Polizei hat ein Nachwuchsproblem. Die möglichen Bewerber sehen den stetig abnehmenden Respekt gegenüber der Polizei.“

„[Das schlechte Ansehen, Anm. NM] könnte die Attraktivität des Berufes verringern [...] Besser wird es m. E. in Anbetracht der finanziellen Lage nicht.“

„Das Ansehen der Polizei wird sich gesellschaftlich eher weiter verschlechtern als verbessern.“

„der Respekt vor diesem Beruf [scheint] in der Gesellschaft abzunehmen. Das sind keine rosigen Aussichten.“

„Der Beruf des Polizisten ist [...] negativ behaftet. Vorweg: Dem Betrachter ist die Rechtslage egal, es geht um den Eindruck, der gewonnen wird. Dies ist auch den Sozialen Medien geschuldet, in denen Polizisten entweder als hilflose Hampelmänner oder gar ideologische Erfüllungsgehilfen der Klimakleber gezeigt werden, als Prügeltruppe gegen Spaziergänger 2020 – 2022, als Prügeltruppe im Einsatz gegen Klima- und Umweltschützer (Hambacher Forst, Kastor ...), Zaungäste, während auf offener Straße kleinen Kindern willentlich Genitalien entgegengestreckt werden (LGBTQ+ Demos, Christopher Street Day ...). Nochmal: Die Rechtslage ist egal, es geht um die Außenwahrnehmung.“

„Die Polizei erhält von der in Hamburg weitestgehend linken Politik deutlich zu wenig Rückhalt. Die Rechnung dafür bekommen wir in den kommenden Jahren.“

Die Erfahrung von Nichtachtung, Missachtung und Respektlosigkeit während der Arbeit führt zu Frustration, Resignation und schließlich zu Schließungstendenzen gegenüber „dem Bürger“. Die Einschätzungen, dass das *Berufsbild* aufgrund von wenig Wertschätzung an Attraktivität einbüße, sind dabei nicht nur als allgemeine Prognosen zu werten; es sind freilich auch Selbstaussagen, dass für den/die Betreffende:n der eigene Beruf signifikant weniger attraktiv ist, weil es an Ansehen und Respekt mangle. Die Polizist:innen fühlen sich teilweise von der Politik ‚hingehängt‘. Bemerkenswert ist, dass häufig angegeben wird, dass das *Berufsbild* nicht genug Anerkennung erfahre, während keine der Nennungen polizeiliches *Handeln* thematisierte (oder einen Mangel an Respekt davor). Daraus könnte man folgern, dass Polizisten durchaus auch Respekt oder sogar Anerkennung vom Bürger in Einsätzen erfahren; dass aber in der Wahrnehmung der PVB der Beruf ein schlechtes Image hat. Wahrscheinlich ist, dass die Erfahrungen in Einsätzen ambivalent sind, dass also sowohl positive wie auch negative Reaktionen von Bürger:innen kommen. Nun befördert der Polizeiberuf an sich wenig Ambiguitätstoleranz; vor allem in Einsatzsituationen wird die Binarität „Wer mich nicht mag / achtet / kooperiert / dankbar ist, ist gegen mich“ befördert. Mit Blick auf die wahrgenommene Nichtachtung seitens der Politik verweisen Stichworte wie ‚Überarbeitung‘ und ‚Arbeit für das Gemeinwesen‘ eher darauf, dass Anerkennung und Respekt auch vonseiten des Dienstherrn vermisst wird. Ob damit der Wunsch nach mehr Wertschätzung seitens des Bürgers kompensiert wird oder ob es sich um zwei voneinander unabhängige Phänomene handelt, kann aus den Aussagen nicht interpretiert werden.

Das folgende Zitat, eine Schilderung des ‚Polizisten der Zukunft‘, gibt Aufschluss über eine Wahrnehmung, welche Erwartungen an Polizisten herangetragen werden, und zeigt die Diskrepanz zwischen Erwartung und dem eigenen Anspruch:

„Schutzpolizisten werden durch Roboter ersetzt, die auf einem Lastenrad [...], allein ihren Dienst verrichtend, fahren. Sie sind mit Kamera ausgestattet und können enorm schnell laufen, sprechen viele Sprachen und sind freundlich distanziert. Die Berichte sprechen sie sich auf, so dass diese direkt verschriftet werden und am Ende des Tages oder auch direkt ausgedruckt werden können. Dieser Polizist spart Ressourcen. Bei Sonderfällen und Fragen wird ein Bildschirm generiert, auf dem ein echter Polizist ist, der antwortet, tröstet, weiterhilft.“

Beschrieben wird eine hochkompetente, hocheffiziente und dabei billige und weitgehend standardisierte und automatisierbare Fachkraft, deren Anspruch es ist, als „echter“ Polizist einer Profession nachgehend dem Bürger Antworten, Trost und Hilfe geben zu können.

4.4 Bürgernähe

Die Nennungen, die Bürgernähe thematisieren, gewichten zwei unterschiedliche Aspekte: Für einige ist „Gleichheit“ mit dem Bürger von Bedeutung. Unter dem Diktum „Polizisten sind Bürger in Uniform“ verstehen einige die Nivellierung von Unterschieden, die auch eine Abschleifung des Neutralitätsgebots im äußeren Erscheinungsbild beinhaltet:

„Die Polizei wird immer als Bürger in Uniform dargestellt, aber nach außen dürfen Polizisten nicht wie der Durchschnitt der Gesellschaft sein (bestes Beispiel sind Tätowierungen).“

Mehrheitlich wird hingegen betont, der zentrale Anspruch sei, als Polizistin oder Polizist die Rolle gegenüber dem Bürger professionell auszuüben. Allerdings gehen die Vorstellungen, was Bürgernähe beinhaltet, stark auseinander:

„Die Polizei wird beobachtet bei den Einsätzen, sei es per Videos im öffentlichen Raum oder Smartphonekameras. Polizisten der Zukunft werden mit nicht ausschaltbaren Kameras auf Streife gehen und sich damit anfreunden, jederzeit gehört und gesehen zu werden.“

„Die Gesellschaft wird zunehmend autonomer [...]. Staatliche Autorität in Form von z. T. auch repressiven, einschneidenden Maßnahmen wird nicht mehr in dem Maße anerkannt, wie es noch vor einigen Jahren war: [...] Die größte Aufgabe und

Gefahr wird darin bestehen, dem polizeilichen Gegenüber mit einer dann vermutlich noch stärkeren Ablehnung der Polizei trotzdem adäquat und dabei rechtskonform gegenüberzutreten und polizeiliche Maßnahmen treffen zu können.“

„Die Polizei muss ein Knotenpunkt in unserer Gesellschaft sein. Vernetzt und kommunikativ.“

„Die Polizei ist das Bindeglied zwischen dem Bürger und der Politik geworden. Wenn der Bürger mit den politischen Entscheidungen nicht einverstanden ist, bekommen die Staatsdiener dies als Erstes zu spüren, sei es durch körperliche oder verbale Gewalt. Wenn die politischen Akteure der Polizei nicht zuhören, dann ignorieren sie auch die Bürger.“

„Ansonsten bleibt der Polizeiberuf auch in 25 Jahren der Beruf, wo der Kontakt zu Bürgern wichtig ist und auch dann bestehen wird.“

„Social Media mehr und moderner“

„Bürgernähe stärken durch technische Entlastung von Mitarbeitenden und dadurch Zeitgewinn [...].“

„Die Polizei wird heute schon immer weniger als „Freund und Helfer“ bezeichnet, das wird sich in Zukunft mehr verschlechtern als verbessern.“

„Bürgernähe beibehalten (bürgernahe Beamte, Cop4U) – mehr Präventionsarbeit, auch an Schulen.“

**„Die Polizei könnte ihre eigene Diversität fördern und ihre Kommunikation verbessern. Die Polizei könnte auch mehr in die Prävention investieren, indem sie mehr Dialoge mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen führt und mehr Aufklärungskampagnen durchführt. Die Polizei könnte zudem mehr Feedback von der Öffentlichkeit einholen, um ihr Vertrauen zu stärken [...].“*

„Der Polizeiberuf wird anspruchsvoller, da die Gesellschaft dank „Google weiß alles“ besser über das „Leben“ Bescheid weiß. Der Polizist muss hierbei ja ein „Alleswisser“ sein, um im Einsatz auch glaubwürdig zu sein.“

*„Der Kontakt zwischen Polizei und Bürger*innen wird häufiger als heute im virtuellen Raum stattfinden. [...] Auch die Bürger*innen haben eine andere Erwartungshaltung an das polizeiliche Leistungsspektrum. Man möchte unnütze Wege- und Wartezeiten sparen und zu jeder Zeit an jedem Ort sein Anliegen adressieren bzw. erledigen können. Dort wo jedoch das persönliche Erscheinen der Polizei unbedingt erforderlich ist (körperliche Gewalt, Bedrohungslagen, sensible Themen etc.), besteht auch weiterhin die Erwartungshaltung, dass Polizei schnell, hilfsbereit, kompetent und tatkräftig zur Verfügung steht. Auch 2048 wird polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum noch dieselbe Bedeutung für die Menschen haben [...] Der Kontakt mit der Polizei findet vor allem mobil statt. Die Services sind einfach und intuitiv bedienbar. Viele Anliegen, wie z. B. kleinere Verkehrsunfälle, Auskünfte und kleinere Delikte werden bearbeitet, ohne dass eine Beamtin überhaupt direkt involviert ist.“*

Das Spektrum der Nennungen, die unter dem Stichwort Bürgernähe geclustert wurden, ist beachtlich: Es scheint keine kohärente Auffassung darüber zu geben, was unter Bürgernähe zu verstehen sei. Ein Extrem ist ein durchweg passiver „Bürgerkontakt“, nach dem polizeiliches Handeln jedoch durch umfassende Kontrolle qua Videoaufzeichnung transparent ist und Beamte entsprechend immer damit rechnen müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ein ebenfalls bescheidener Anspruch ist, „adäquat und rechtskonform Maßnahmen (zu) treffen“ gegen Menschen, die polizeiliches Handeln nicht (mehr) akzeptieren. Andere Nennungen sehen die Polizei als Knotenpunkt in der Gesellschaft, „vernetzt und kommunikativ“²⁴; als Puffer respektive Übersetzer und Mittler zwischen Bürger und Politik – aber dabei auf der Seite der Bürgerinnen und Bürger stehend. Weitere Eingaben konstatieren einen positiven gesellschaftlichen Auftrag, der Präventionsarbeit und den Einsatz bürgernaher Beamte beinhaltet. Thematisiert wird auch, dass Bürger Erwartungshaltungen an die Polizei hätten, denen die Polizei dienstleistungs- und serviceorientiert begegnen sollte, beispielsweise durch eine schnelle Bearbeitung von Anliegen durch Chatbots und Onlineformulare. Das andere Extrem ist der Entwurf eines polizeilichen „Leistungsspektrums“, wodurch der Bürger zum Kunden und die Polizei zum Dienstleister würde. Denjenigen, die eine „engagierte“ Haltung zum Thema Bürgernähe haben, ist es wichtig, im Leben der Menschen positiv stattzufinden, indem die Polizei proaktiv auf Bürger zugeht. Wichtige positive Eigenschaften der Polizei, von denen angenommen wird, dass Bürgerinnen und Bürger sie erwarten und schätzen, sind Glaubwürdigkeit, Kompetenz („Alleswisser“) und Verbindlichkeit, Hilfsbereitschaft und Tatkraft. Auch in der Zukunft wird die Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum als wichtig erachtet.

²⁴ Zu einem Konzept von Polizei als Knotenpunkt in der Sicherheitslandschaft, *Plural Policing*, *Multi-Agency Policing* oder *Nodal Policing*, siehe Shearing, Wood (2003) sowie Shearing (2005). Ausgehend von einem veränderten Sicherheitsverständnis müsste der Sicherheitsbegriff konzeptuell sowie auf den Ebenen der Umsetzung und der Steuerung erweitert werden.

4.5 Gesellschaftliche Entwicklung

Gemeinsam ist einigen unspezifischen, teils pessimistischen Einschätzungen, dass sich die Zukunft durch Beschleunigung auszeichne. Dagegen thematisieren zahlreiche Äußerungen zur „Gesellschaft der Zukunft“ konkret die Gegenstandsbereiche Klimawandel und dessen Folgen, Verkehr und Mobilität sowie Migration.

„Eine schnellere Veränderung von Technologien, Trends und Erwartungen.“

„Es wird nichts besser, im Gegenteil. wir befinden uns auf der Schussfahrt ins Tal, welches jedoch noch gar nicht in Sicht ist [...]“

„Der Klimawandel wird Auswirkungen auf Deutschland haben. Zu den mittelbaren Folgen wird von vielen Experten eine massive Migration (erheblich mehr als 2015) erwartet.“

„Alle Büros werden klimatisiert sein, anders hält man es auch nicht mehr aus vor Hitze.“

„CO2-neutrale Gebäude, Dienstfahrzeuge sowie Energieversorgung [...] die Polizei und andere staatliche Institutionen sollten hier als Vorbild dienen und die Transformation vorantreiben.“

Häufiger wurde genannt, dass auch die Polizei umwelt- und ressourcenschonender werden müsste. Mehrfach wurde angemahnt, dass der Plastik- und Papierverbrauch in der Verwaltung sinken müsse; zum Beispiel durch die „papierlose“ Verwaltung. Vereinzelt wurde vorgeschlagen, dass Polizei und Staat in Sachen Klima- und Umweltschutz als Vorbilder fungieren sollten.

Mobilität im Stadtraum war ein weiteres häufig erwähntes Thema, das die Gesellschaft der Zukunft von der heutigen unterscheidet: Die Maßnahmen, dass es weniger Individualverkehr und insgesamt weniger Mobilität geben würde, würden Veränderungen des sozialen Lebens mit sich bringen, nämlich dass Menschen ihr Zusammenleben entweder kollektiver oder vereinzelter organisieren müssten:

„Unsere Städte müssen enger zusammenrücken und es wird der Individualverkehr [...] immer weniger eine Rolle spielen.“

„Die Luft wird besser, da weniger Menschen mit Fahrzeugen unterwegs sind, und die Menschheit wird einsamer; dafür kann sie gute Luft atmen.“

Im Zusammenhang mit politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen wurde oftmals das Thema Migration genannt. Deutschland würde stärker als bislang zum Einwanderungsland werden, worauf sich auch die Polizei einstellen müsse:

„Der Anteil von Menschen mit Migrationsbackground wird sehr hoch sein.“

„Die gegenwärtigen Probleme der Gesellschaft sind die Flüchtlingskrise (damit einhergehendes Unverständnis vieler Bürger) [...]“

„Zuwanderung und Migration wird die Gesellschaft verändern und die Polizeiarbeit gleich mit.“

„Es wird zukünftig mehr Flüchtlingsströme in Ballungsgebiete geben und hierfür muss es Konzepte auch auf Polizeiebene geben.“

**„Eine größere Vielfalt und Heterogenität der Bevölkerung – Eine stärkere Konkurrenz um knappe Ressourcen“*

„Das Geschlecht ist abgeschafft!“

„[Die] Europäische Union ist geteilt in eine rechts-autoritäre [und] eine liberale demokratische Gemeinschaft. Das Asylrecht gilt nur im demokratischen Teil! Deutschland ist ein Einwanderungsland mit einer Art System wie in Kanada.“

Die angesprochenen Themen – Gender, Klima, Verkehr, Migration – sind ausnahmslos Sollbruchstellen der gegenwärtigen öffentlichen Debatte, die permanent medial reproduziert werden. Dadurch wird der politische Raum in einer Weise restrukturiert, dass sich Rezipienten des öffentlichen Diskurses dazu aufgefordert sehen, ‚dafür‘ oder ‚dagegen‘ zu sein. Es überrascht mithin nicht, dass sich auch viele der Polizist:innen dazu positioniert haben.

Vielfach wurde näher ausgeführt, wie sich gesellschaftliche und politische Entwicklungen auf die künftige Polizei auswirken werden. Dabei unterschieden sich die Ansichten: Während eine:r die Ausweitung polizeilicher Handlungsspielräume für möglich hält (durch eine rechte Regierung), sieht ein:e andere:r das Handlungsvermögen der Polizei (durch „Unterbietungswettbewerb“ und „Vorschriften“) gefährdet. Ebenfalls divergieren die Aussagen in der gesellschaftlichen Positionierung der Polizei: Entweder sind Polizisten Teil des Staats, der der Bevölkerung gegenüberstehe, oder die Polizei befände sich als Exeku-

tivorgan in einem Gegensatz zur Politik. Eine weitere Eingabe formuliert Unsicherheit darüber, dass die zukünftige Funktion der Polizei vor den Alternativen „Freiheit, Chaos oder Obrigkeit“ stehe.

„Mit jedem Regierungswechsel, mit Blickrichtung Rechts, könnten sich die Gesetze und der Handlungsspielraum der Polizei stark verändern.“

„[D]urch den aggressiven Sparkurs (nicht der Beste stellt die Ausrüstung, sondern der Günstigste) und immer mehr Vorschriften [wird] die Wehrhaftigkeit der Polizei beschnitten.“

„Erhöhung des Spannungsfeldes zwischen Bevölkerung und Staat“

„Die Polizei befindet sich bereits im Spannungsfeld von Politik und Aufgabenerfüllung.“

„Wird die Polizei zukünftig als Wächter der Freiheit auftreten oder lediglich die schmale Linie am Rande des Chaos sein oder sich zum Erfüllungsgehilfen der Obrigkeit machen?“

Mit Blick auf Staatlichkeit wird mehrheitlich von stabilen Herrschaftsverhältnissen ausgegangen (bis hin zur Entscheidungskette in der Polizei!). Nur sehr wenige Ausreißer schätzen politische Entwicklungen als volatil ein.

In den folgenden Äußerungen werden weniger politische Haltungen als vielmehr eine moralische Ökonomie sichtbar. Die gegenwärtig weithin wahrgenommenen Polarisierungen treffen in der Polizei auf eine Berufsgruppe mit hohen moralischen Grunderwartungen.²⁵ Vielleicht deshalb wird in Teilen auf wahrgenommene (Grenz-)Übertretungen (ergo: enttäuschte moralische Grunderwartungen) empfindlich reagiert. Beachtlich ist die alarmistische Wortwahl: *sofort, vehemente* Gefahren, *Massen* von Junkies, *Überschall* unterstreicht die Dringlichkeit, mit der gehandelt werden müsse:

„Staatliche Organe [werden] weiterhin bestehen.“

„[Wenn] das Aufgabenfeld (Staatsgewalt) mit „nicht-staatlichen Agenturen“ geteilt werden soll, bewegen wir uns mit Überschall auf eine Gesellschaft zu, in der nur noch die Wohlhabenden und ideologisch Richtigenkenden auf Po-

²⁵ In vorangegangenen Nennungen schienen in Formulierungen wie „vertrauenswürdig, adäquat“ etc. immer wieder Werte durch wie Verlässlichkeit, Verbindlichkeit, Korrektheit und Integrität, wodurch auch ein moralischer Anspruch (an sich selbst) formuliert wird.

lizenschutz vertrauen dürfen. [...] Was das Wegbrechen einer vertrauenswürdigen Polizei für eine Gesellschaft insgesamt bedeutet, erspare ich mir hier auszuführen.“

„[...] die paar Menschen, die dann noch in Deutschland Deutsch sprechen, finden ihr Heil in der Freien Wirtschaft, da niemand mehr Lust hat, schlecht ausgebildet und alleingelassen Massen von Migranten entgegenzutreten, die das StGB durch die Scharia ersetzen wollen. ... Und wenn wir nicht sofort versuchen, in Schulen vor den vehementen Gefahren von Cannabis zu warnen [...], werden auch Massen von Junkies der Gesellschaft massiv zusetzen. Schon jetzt haben wir Silvester in HH und Köln sowie zum Wochenende auf dem Kiez beinahe US-amerikanische Verhältnisse. Wer will das? Keiner. Wer macht was dagegen? Keiner.“

„Drogen werden immer billiger und der Konsum wird zunehmen. Es steigt dadurch die Beschaffungskriminalität. Die Menschen verlieren ihren Wohnraum, weil sie ihre Mieten nicht mehr zahlen können. Die Obdachlosigkeit nimmt zu. In den Straßen mehren sich die Bedürftigen, die dort betteln. Die prekäre Lebenslage wird bedrohlich.“

„Funkstreifenwagen sind alles E-Autos, da aber die Behörde ihre Stromrechnung nicht bezahlt hat, können die nicht geladen werden. Also greifen die verbliebenen Polizisten auf den ÖPNV zu [...]. Der ist aber auch im Jahr 2023 stehengeblieben und funktioniert mal schlecht und mal gar nicht.“

„[...] Kolonien existieren auf dem Mars, wir können ohne CO₂-Ausstoß reisen und dann würde KoPers funktionieren und in EPOS könnte man den gesamten BU-Text lesen. Oder aber: die anderen Behörden würden ihre Arbeit selbst erledigen und die Polizei müsste keine Pandemiebekämpfung betreiben oder Wohnsitzlosen und Suchtkranken am Bahnhof das ohnehin verkorkste Leben weiter erschweren!“

Was als soziale Konflikte ausgeflaggt wird und wie diese diskutiert werden, sind im Kern Aushandlungen darüber, was als normativ und als sozial gesichert gilt. Es geht um das Verteidigen moralischer Alltagsvorstellungen.²⁶ In den Aussagen zeigen sich vier Arten moralischer Übertretungen. Die erste berührt die Verletzung des Gleichheitssatzes: Der Grundsatz ‚Alle sind gleich und es darf keine Sonderbehandlung geben‘ wird verteidigt: „eine Gesellschaft, in der nur noch die Wohlhabenden und ideologisch Richtigen auf Polizeischutz vertrauen

²⁶ Mau et al. (2023) bezeichnen die „roten Linien“, an denen Konsens in Dissens umschlägt, als Triggerpunkte. Die Gemeinsamkeiten dieser „Triggerthemen“ seien, dass sie erstens immer negativ sind und zweitens immer derselben Logik folgen: „Das geht zu weit! Bis hierhin ok, aber ...“. Getriggert seien sozialstrukturell eher ökonomisch schwächere Gruppen und im konservativen Spektrum angesiedelte Menschen, die tradierte Alltagsvorstellungen haben von dem, was moralisch gut und richtig ist, was man schon immer so gemacht hat, und die jetzt feststellen, dass sich die gesellschaftliche Entwicklung von ihnen wegbewegt.

dürfen“.²⁷ Zweitens geht es um das Verfechten von Normvorstellungen, also den Überzeugungen, was normal, angemessen und konventionell sei und wie man sich halt verhalte. Und wenn das in der Wahrnehmung von Leuten auf eklatante Weise übertreten wird, dann ruft das Empörung hervor: „Massen von Migranten, die das StGB durch die Scharia ersetzen wollen“. Eine dritte Variante moralischer Übertretungen sind Entgrenzungsbefürchtungen und angenommener Kontrollverlust: „Massen von Junkies ... beinahe US-amerikanische Verhältnisse“ oder die Beunruhigung über eine „Drogenschwemme“. Die vierte normative Grenzverletzung, die Leute in Rage bringt, sind Verhaltenszumutungen: Dass „nichts funktioniere“ oder „Pandemiebekämpfung betreiben oder die Schwächsten in der Gesellschaft drangsalieren zu müssen“ – sind Wahrnehmungen moralisch unzumutbarer Forderungen durch den Dienstherrn.²⁸ Wahrgenommene Grenzübertretungen moralischer Grundsätze haben stark mit persönlicher Autonomie, Handlungsmacht und Selbstbestimmung zu tun – Ressourcen, die sozial ungleich verteilt sind und entsprechend auch unterschiedliche Betroffenheiten auslösen. Dabei sind die Arenen, in denen Ungleichheiten verhandelt werden, in den Aussagen der Polizist:innen dem populären Diskurs entsprechend: oben–unten (Elite gegen Elend), heute–morgen (Klimafragen), innen–außen (Migration, Gender).

4.5.1 Spaltung und Konflikt

Gesellschaftliche Spaltungen werden entlang unterschiedlicher Konfliktlinien befürchtet. Am häufigsten genannt wurde die Radikalisierung der Bevölkerung in politische Extreme, gefolgt von wachsender sozialer Ungleichheit, bedingt durch die sich (zu sehr) vergrößernde sozioökonomische Schere und durch technischen Wandel. Diese Entwicklungen, so wird antizipiert, werden sich auf die Arbeit der Polizei auswirken:

„Soziale Spannungen nehmen zu, was maßgeblichen Einfluss auf die Polizeiarbeit haben wird.“

²⁷ Die heute im Verfassungsrecht verankerte Annahme, dass alle Menschen und Gruppen gleich (zu behandeln) sind, wäre vor 100 Jahren nicht selbstverständlich gewesen. Der Gleichheitssatz findet sich heute in den meisten demokratischen Rechtssystemen, wobei die deutsche Verfassung ‚weniger wohlhabend‘ als Benachteiligungskriterium auslässt.

²⁸ Im populären Diskurs fanden Verhaltenszumutungen im Untersuchungszeitraum ihre Entsprechung in Wahrnehmungen wie ‚Jetzt ist aber Schluss, die wollen mir noch in den Heizungskeller hineinregieren!‘.

„Auf Grund der weiteren Spaltung der Gesellschaft in immer kleinere Gruppen wird die polizeiliche Überwachung einzelner extremistischer Gruppen immer schwieriger werden.“

„Personen, die mit der Digitalisierung nicht zurechtkommen, werden zu einem sozialen Problem, die Stadt wird anonymer, brauchbare Zeugen entsprechend seltener.“

„Die Gesellschaft wird sich weiter in reich und arm sowie in politisch extrem(istisch)e Lager auseinanderspalten.“

„Die soziale Schere beim Einkommen wird weiter auseinandergehen zwischen gut qualifizierten Fachkräften und ungelerten Personen. Dies verschärft die Spaltung der Gesellschaft und begünstigt u. a. auch politisch motivierte Kriminalität.“

„Meinungen und Ansichten werden extremer sein, häufiger Konflikte zwischen Personen entstehen.“

„Die Aufspaltung der Bürger in sich gegenseitig anfeindende Kleingruppen wird gleichzeitig mit der allgemeinen Verrohung durch die Medien bis an die Grenzen des Machbaren forciert.“

„Private, politische oder religiöse Gruppen [binden] mit dem Werben um scheinbar alternativlose Maßnahmen oder allumfassenden Heilsversprechen weitreichende Teile der Bevölkerung mit extremen Haltungen an sich.“

„Seit einigen Jahren ist eine zunehmende Popularität der rechten Parteien in ganz Europa zu erkennen. Während sich ein Teil der Gesellschaft hiervon bewusst distanziert, entsteht auch dadurch eine weitere Spaltung der Gesellschaft, die zu mehr Kriminalität führen kann. Vermutlich wird unsere Gesellschaft bis 2048 daher gespaltener, jünger, kulturell gemischter und politisch radikaler sein.“

„Das Kapital der immer reicher werdenden 1 % der Gesellschaft wandert zunehmend von klassischen Girokonten in Private-Equity-Fonds, die unreguliert sind und massiv Einfluss auf Geschäftsmodelle nehmen, [...] die mit Besteuerung von Amtsträgern, Funktionsträgern der Wirtschaft sowie Vertretern des Gesundheitswesens agieren.“

In ihren Spaltungsdiagnosen stellen die Polizist:innen fast ausnahmslos einen Bezug zu polizeilichen Handlungsfeldern her. Die Folgen gesellschaftlicher Spaltung seien die erschwerte Überwachung extremistischer Gruppen, das Ausbleiben „brauchbarer Zeugen“, von der Polizei zu schlichtende Konflikte zwischen Personen, mehr Kriminalität, Korruption und Wirtschaftskriminalität, Rechtspopulismus und Extremismus sowie politisch motivierte Kriminalität.

Die Nennungen erklären sich nicht schlüssig aus realen Entwicklungen der thematisierten Gegenstandsbereiche, denn insgesamt ist der Grad der Polarisierung von Einstellungen in der heutigen bundesdeutschen Gesellschaft eher gering.²⁹ Die häufige Rede von gesellschaftlicher Spaltung muss im Kontext der allgegenwärtigen Spaltungsdiagnosen betrachtet werden, die – spätestens seit es moderne Nationalstaaten gibt – Teil der gesellschaftlichen Selbstverständigung sind. Eine Definition des Begriffs der gesellschaftlichen Spaltung unterstreicht, dass selbige für die BRD auch in Zukunft höchst unwahrscheinlich ist: Erst wenn sich „ganze Populationen [...] vor die Frage gestellt sehen, auf welche Seite eines Konflikts um nationalstaatliche Einheit sie sich schlagen sollen oder geschlagen werden und welche Rollen neben ihren politischen sie an einem solchen Konflikt auszurichten bereit sind, kann von einer Spaltung gesprochen werden“ (Kaube, Kieserling 2022: 42).³⁰ Auch wenn die kursierenden Spaltungserzählungen sachlich kaum zu begründen sind, sind sie doch als „Redensarten Tatsachen, nur sind es Tatsachen eigener Art“ (ebd. 203).³¹ Spaltungsbehauptungen seien eine Form der „händeringenden Kommunikation“ (ebd. 215), die es erlaubten, maximale Dringlichkeit mit maximaler Diffusität in Bezug darauf zu verbinden, wer eigentlich wozu aufgefordert werde – mit der ungenauen Adresse „die Gesellschaft“ vermeidet man die Angabe, wer oder was für die Spaltung verantwortlich ist.

Mit den Eingaben der Polizisten verhält es sich nicht anders: Zwar erleben sie täglich die Folgen (globaler) sozialer Ungleichheit und auch originelle Wirklichkeitskonstruktionen (darunter ist politische Radikalität nur eine Variante unter vielen). Gleichwohl sind Spaltungsdiagnosen als Mobilisierung politischer Differenz zu verstehen, als eine Art „Wahlkampf“, der möglicherweise ein Effekt medialer Innovation ist

²⁹ Mau, Lux und Gülzau (2020) weisen empirisch fundiert anhand der Einstellungsverteilungen in der Bevölkerung einen eher geringen Polarisierungsgrad nach.

³⁰ Diese Definition findet ihre reale Entsprechung in Nordirland. In diesem Fall kann von einer tatsächlichen gesellschaftlichen Spaltung gesprochen werden. Gesellschaftliche Trennungen, wie beispielsweise Konkordanz oder die Versäulung der niederländischen Gesellschaft, stellen bereits eine Form der Konfliktbearbeitung und Stabilisierung dar. Selbst die politische Polarisierung der US-amerikanischen Gesellschaft übersetzt sich nicht direkt in andere gesellschaftliche Teilsysteme (ebd. 86). Moderne Gesellschaften bringen eine Vielzahl an Konflikten hervor, sorgen aber durch eine starke Differenzierung von Rollen und Funktionsbereichen zugleich dafür, dass die Schwellen für ein Überschwappen noch der heftigsten Konflikte in andere Bereiche [...] sehr hoch sind. [...] Das bedeutet zwar nicht, dass eine Spaltung der Gesellschaft unmöglich ist [...]. Aber es heißt, [...] dass wir nicht unmittelbar vor einer solchen Spaltung stehen“ (ebd. 266).

³¹ Zweifelsohne kann es zu Gewalt führen, wenn sich kleine extremistische Untergruppen in der Rolle des radikalen Dagegenses gefallen, nur macht das aus einem Konflikt keine gesellschaftliche Spaltung.

und Gesellschaften in eine andauernde und verschärfte Selbstbeobachtung zwingt. Kehrt man die genannten gesellschaftlichen Spaltungen ins Positive um, dann treten die identifizierten Konfliktlinien stärker konturiert zutage: Es sind gesellschaftliche Ideale, deren Verlust befürchtet wird: Friedfertigkeit und Geduld, soziale Nähe, Aufmerksamkeit, Gleichheit, Chancen, Gemäßigkeit, Ehrlichkeit und Integrität.

4.5.2 Zunahme von Gewalt

In allen Nennungen, die Gewalt thematisieren, wird eine Zunahme von Gewalt angenommen. Als Ursachen werden Migration, Hass auf „andere“, Intoleranz und der Zerfall von Staatlichkeit, an deren Stelle Selbstjustiz und Faustrecht träte, ausgemacht:

„Die Gesellschaft wird unnachgiebiger, gespaltener und aggressiver sein, was sich in Gewalt auch auf der Straße zeigen wird.“

„[Ich rechne] mit deutlich höherer Gewalt jedes einzelnen Bürgers und insbesondere der Polizei gegenüber. Grund hierfür sind [...] deutlich zu hohe und unkontrollierbare Zahlen von Migranten in Deutschland.“

„Die Polizei wird in gesicherten Bunkern und Gebäuden stationiert sein. Viel zu wenig Gesetzeshüter werden einer Übermacht an Menschen gegenüberstehen, die um ihr Überleben kämpfen. Es wird Ghettos geben, die die Polizei meidet.“

„Die Gesellschaft wird sich in diametrale Richtungen entwickeln. Auf der einen Seite die woke, postmoderne, bunte und inklusive Blase, auf der anderen die religiös-fanatische islamistische Blase. Das Einzige, was diese beiden Lager verbinden wird, ist der Hass auf Andersdenkende. Somit wird es zwangsläufig zu mehr Gewalttaten kommen, die mehr in Richtung Bataclan [...] gehen werden als in Richtung G20.“

„Die Sicherheit der Bürger ist nicht mehr zu gewährleisten, weshalb es sich selbst organisierende Vigilanz-Truppen gibt, denen es aber an Rechtsstaatlichkeit mangelt. Kriminelle Banden haben das Land unter sich aufgeteilt und drangsaliieren das Volk. Auf der Straße regiert die Gewalt. So gut es geht, hat sich jeder selbst bewaffnet. Ein Bürgerkrieg steht bevor. So könnte es werden, wenn man nicht langsam gegen ansteuert.“

Bevor sich nun ein Teil der Leserschaft mit einem empörten „Ha! Ich sag’s doch, die Polizei ist xenophob/islamophob/rassistisch“ bestätigt sieht und ein anderer mit „Ha! Leute, die solche Erhebungen machen, wollen doch nur behaupten, die Polizei sei „xenophob/islamophob/rassistisch“ reagiert, bedürfen die obigen Aussagen der abklärenden Einordnung: Zunächst einmal ist festzuhalten, dass die Äußerungen Ausdruck

von Ängsten, Befürchtungen und Wahrnehmungen von Angehörigen einer Berufsgruppe sind, die Gefahr und Gewalt im Berufsalltag erlebt und für die Gewalt gegen den eigenen Körper als Möglichkeit immer präsent ist und die sich, buchstäblich, mit Gewalt „herumzuschlagen“ haben. Also sollte der Versuch unternommen werden, die Aussagen ernst zu nehmen und sie gleichermaßen nicht zu relativieren. Ein Aspekt ist, dass es sich um eine *Déformation professionnelle* handeln könnte, wie sie in allen Professionen anzutreffen ist. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Abkehr von Gewalt als zentrales gesamtgesellschaftliches Projekt der BRD dazu führt, dass Gewalt (jedenfalls in weiten Teilen) gesellschaftlich normativ geächtet ist. Der Verweis auf physische Gewalt markiert deshalb auch einen Tabubruch. Die von den Polizist:innen identifizierten Ursachen für Gewalt werden zwar nicht durch Empirie gestützt – vielmehr werden starke Affekte aufgerufen und es geht hochemotional zu: „Höhere Gewalt jedes einzelnen Bürgers und insbesondere der Polizei gegenüber“. Das Ideal der Bürgernähe rückt in weite Ferne, wenn die Polizei „in gesicherten Bunkern stationiert“ und Überlebenskampf das Zusammenleben prägt. In der nächsten Aussage, „das einzig Verbindende [...] ist Hass“, stehen kleinste Elemente pars pro toto für eine gesamtgesellschaftliche Lagerkonfrontation. Islamisten und ‚Woke‘ kann man je nach eigener Provenienz anstrengend finden, wiewohl sind beides aber sehr kleine Minderheiten. Selbiges gilt für die beschriebenen künftigen No-go-Areas und die vorhergesagte Kapitulation des Staates. Ein letzter Erklärungsversuch: Beschrieben wird eine Apokalypse à la Polizei, eine düstere Zukunftsimagination bedingt durch Spaltung und den Zerfall von Staat und Gesellschaft.

5 TEIL 2: METATEXT

In der zweiten Phase der Interpretation wurde nach höher aggregierten Sinneinheiten und Begrifflichkeiten gesucht. Das Ziel ist es, ein hochaggregiertes Konzept bzw. eine Sinnfigur zu extrahieren, in das alle untersuchten Elemente zu einem sinnvollen Ganzen integriert werden können und dieses Ganze im Rahmen einer Interaktionsgemeinschaft verständlich wird. Ziel ist die Entdeckung und Beschreibung einer aktuellen generativen Regel für das Handlungssystem Polizei. Als Metathema trat prominent der Begriff der ‚Anpassung‘ zutage, um den sich die im ersten Schritt identifizierten Themen herum ordnen. Die sichtbar werdende Selbsterzählung ist eine von einer resilienten Organisation am Limit.

5.1 Anpassung

Eine Semantik, die in der empirischen Polizeiforschung bislang überhaupt keine Rolle spielte, spannt sich wie ein Faden durch das „Wissensgewebe“ der ansonsten heterogenen Themen und Ansichten: Anpassung. Themenübergreifend wurden die Anpassungsbereitschaft, -leistung und -notwendigkeit der Polizei beschrieben; gleich ob es die Adaption an gesellschaftliche Entwicklungen, an Technologien oder an neue Aufgaben betrifft. Einige schlugen, vielleicht ‚im Gegenzug‘ dazu, die graduelle Anpassung der Gesetze an die Polizei vor (siehe 4.2). Die Nennungen verdeutlichen die (Omni-)Präsenz des Begriffs:

„Ich hoffe, dass es der Polizei Hamburg gelingt, Aus- und Fortbildung stets anzupassen.“

„Die Funkstreifenwagen müssen mehr optische und verschiedene akustische Signale bekommen. [...] Hintergrund ist der, dass die neuen Fahrzeuge heutzutage viel besser schallisoliert sind und über ziemlich gute (laute) Musikanlagen verfügen.“

„Die Polizei wird sich immer mehr den gegenwärtigen Problemen der Gesellschaft anpassen müssen.“

„Auf gesellschaftliche Themen angepasst reagieren (LGBTQ, Klimawandel). Zudem sollte die Polizei einen realistisch umsetzbaren Beitrag zum Erhalt des Klimas beitragen.“

„Auch in Anbetracht des Klimawandels ist es vielleicht notwendig, viel mehr Personal bei der Wasserschutz[polizei] einzustellen, wer weiß, wie groß die Flüsse mal werden.“

Die Zukunftsentwürfe der Polizistinnen und Polizisten sind ausnahmslos gegenwartsbezogen und strukturkonservativ. So wurde in keiner Nennung eine neue Gesellschaftsordnung oder eine Veränderung bestehender Herrschaftsverhältnisse entworfen. Die folgenden Einschätzungen passen nicht in die herkömmlichen Schubladen (problematischer) politischer Einstellungen und Haltungen; nichtsdestoweniger sind sie mit Blick auf demokratische Einstellungen diskussionswürdig:

„Klimakrise, Energiekrise, Finanzkrise, Pandemiekrise, Migrationskrise, Bildungs- oder die Überbevölkerung der Welt. Hinzu kommen politische Konflikte und Kriege [...]. Der vorangetriebene Entzug der traditionellen Werte, der Familie, der nationalen und kulturellen Identität werden gegen den hemmungslosen Individualismus als vermeintlichen Fortschritts [sic!] ausgetauscht. Der zutiefst verunsicherte und entwurzelte Mensch verweilt nun dauerhaft in einem Gefühl der Hilflosigkeit, der Ohnmacht oder auch des Ärgers angesichts der Realität, in der wir leben. [Allgegenwärtige Krisen werden] den zukünftigen Bundesbürger schicksalhaft für ordnende Maßnahmen empfänglich machen. Der Bürger wird sich nach Reglementierungen sehnen und bereit sein, enorme rechtliche Beschränkungen zu akzeptieren und finanzielle Lasten zu tragen, um erneut ein wenig Ordnung in seinem Leben zu haben.“

„Wir haben in Deutschland allen Wohlstand, den wir uns wünschen könnten, eine hohe medizinische Versorgung, Zugang zu hochwertiger Bildung, eine perfekte Wasser- und Stromversorgung. Trotzdem scheinen uns die materiellen Dinge nicht glücklich zu machen. Ein neues iPhone, ein neues Auto oder neue Kleidung macht auf Dauer nicht glücklich. Wir belasten uns sogar mit zu viel Materiellem und viele Dinge liegen unbenutzt herum.“

„Für die Zukunft wird die Polizei weiter ihren Weg „lageangepasst“ gehen und sich immer wieder den neuen Herausforderungen (ein)stellen. [...] Führungsstrukturen [müssen] immer wieder neu bewertet und verändert werden und [es muss] ein klares Wording herrschen.“

Die Aussagen geben erste Hinweise auf die kommenden Herausforderungen der Demokratie und ihrer Exekutive: die Sehnsucht der Bürger:innen nach Entmündigung, Kritik an vermeintlichem Überfluss und „Lageangepasstheit“ bei „klarem Wording“.

Sich gegenwärtig zuspitzende Herausforderungen – die zahlreichen Krisen werden im obigen Zitat bündig aufgezählt –, und dazu die Spaltungsdiagnosen (siehe 4.5.1) für die Gesellschaft und die apokalyptischen Narrative (siehe 4.5.2) stehen in einem Spannungsverhältnis mit den zahlreichen Nennungen, die Anpassung in unterschiedlichen Kon-

texten thematisieren: Wie und woran kann, soll oder muss sich die Polizei adaptieren? Wie, wenn überhaupt, sind der Topos der Anpassung und demokratische Einstellungen aufeinander bezogen? Demokratische Resilienz wird in der politischen Bildung bislang gedacht als ein Wappnen liberaler Demokratien gegen das Abdriften ihrer Mitglieder in die politischen Extreme links, rechts oder islamistisch.³² Fatalismus ebenso wie Aktivismus, die den Ausgangspunkt für Autoritarismus bilden können, stehen dagegen weniger im Verdacht, undemokratische Einstellungen zu begünstigen.

Anpassung kann – das Folgende skizziert dies grob – herrschaftstheoretisch, konflikttheoretisch und modernisierungstheoretisch analysiert werden. Im Folgenden wird deshalb tentativ auf die systemische Bedeutsamkeit, adaptive Praktiken und Anpassung als Indikator, Voraussetzung oder regressiver Hemmschuh für Fortschritt eingegangen.

Anpassung gehört zur anthropologischen Grundausstattung und ist keineswegs neu.³³

Unter dem Leitmotiv Anpassung analysierte der Soziologe Philipp Staab einen bedeutsamen Strukturwandel der Gesellschaft und einen nicht minder relevanten Paradigmenwechsel demokratischer Politik: „Statt darum, die Zukunft zu erobern, geht es im Zeichen des Motivs der Selbsterhaltung seither immer stärker darum, die Gegenwart überhaupt zukunftsfähig zu machen“ (2022: 77).

³² Durch die Vermittlung und Festigung demokratischer Werte und Überzeugungen mittels politischer Bildungs- und Partizipationsangebote soll Ungleichheitsideologien wie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rassismus der Boden entzogen werden (siehe u. a. Weiberg, Kleist 2022).

³³ Folgend eine kursorische Einführung: Theorien zu Anpassung finden sich in der Anthropologie und der Soziologie nurmehr verstreut: Bereits in der kulturökologischen Debatte in der Folge des *Man the Hunter-Symposiums* 1966 über voragrarische genügsame und besitzlose Jäger- und Sammler-Gesellschaften wurde in deren hochgradig adaptive Wirtschaftsweise ein hoher Freiheitsgrad und die Abwesenheit eines Fortschrittsdenkens projiziert (Lee, DeVore et al. 1968). Dagegen formuliert Mertons Anomietheorie soziale Anpassung durch Rebellion, Rückzug, Ritualismus, Innovation und/oder Konformität. Jede dieser Anpassungen ist das Ergebnis des individuellen Abgleichs zwischen kulturell akzeptierten Zielen und den Mitteln zur Erreichung dieser Ziele (Merton 1995). Die von Karl Mannheim [1928] angelegte Kategorie der Generation beschreibt die gesellschaftliche Erfahrung von Werte- und Kulturwandel. Generationelle Verhältnisse erscheinen als eine Modalität der Verarbeitung der Erfahrung von Ungleichzeitigkeit in Erfahrungs- und Erinnerungsbeständen, die durch Anpassung und Rückbindung an die Generationenzugehörigkeit besser erklärt werden könne (Matthes 1985).

5.2 Systemische Funktion

Das ‚Hobbessche Ordnungsproblem‘ wird durch die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, für das die Polizei zuständig ist, überhaupt erst gelöst.³⁴ Durch Anpassung an einen Gesellschaftsvertrag, in dem alle Mitglieder einer Gesellschaft auf Freiheiten verzichten und das Recht auf Gewaltausübung dem Staat übertragen, sollen anomische Zustände vermieden werden. Doch auch die Polizei passt sich an Gesellschaft an: Zum einen ist die Polizei als Teil der staatlichen Infrastruktur für diejenigen Deliktbereiche und Phänomene besonders sensibel, denen die politische und gesellschaftliche Kommunikation aktuell Relevanz zuweist.³⁵ Zum anderen ist die Exekutive Teil gesellschaftlicher Diskurse.³⁶ Für moderne Staatlichkeit hat Anpassung der oder an die Exekutive folglich eine systemisch bedeutsame Funktion.

Während der Coronapandemie 2020–2022 galten Beschäftigte in den kritischen Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Lebensmitteleinzelhandel und Erziehung – mithin auch Polizeibedienstete – über Nacht als systemrelevant. Sie bildeten das Epizentrum derjenigen, die das Pandemiegesehen zu managen hatten.³⁷ Die Reaktion der Beschäftigten war trotz der bald einsetzenden Überforderung Anpassung an die gegebene Situation. Ein ernst zu nehmendes Interesse der Politik für die enormen Stabilisierungsleistungen und Vulnerabilitäten der systemrelevanten Arbeitenden blieb aus, und doch zeitigten Frustration und Erschöpfung längerfristige Effekte.³⁸ Aus den Aussagen der

³⁴ In der politischen Theorie Thomas Hobbes' beschrieb dieser den Naturzustand der Menschheit 1651 als Krieg aller gegen alle, der nur beendet werden könne durch einen absoluten Souverän, den Leviathan. Die Grundlage für diese vertragsrechtliche Konzeption des Staates bildet ein Gesellschaftsvertrag, in dem alle Mitglieder einer Gesellschaft auf ihre Freiheiten und Rechte verzichten und dem Staat/Souverän übertragen.

³⁵ Diese Sensibilität verstärkt sich, wenn die polizeiliche Leistung in eben jenen Bereichen als unzureichend bewertet und von externen Ansprüchen beeinflusst wird. Kommt beides, aktuelle Relevanz und Kritik, zusammen, steigt die organisationale Reformbereitschaft, die allerdings mit der abnehmenden Salienz eines Problems in der Regel auch wieder sinkt.

³⁶ Die Verschiebungen im polizeilichen Selbstverständnis in den letzten Jahrzehnten waren etwa vom ‚Freund und Helfer‘ – dies seit der Weimarer Republik und die meiste Zeit noch ohne Genderstern – über den ‚Spiegel der Gesellschaft‘ – wovon, so scheint es, gerade Abstand genommen wird, seit jede:r fünfte Wähler:in eine Partei wählt, deren Verfassungstreue fragwürdig ist – hin zur Polizei als ‚Hüterin der Grundrechte‘.

³⁷ Polizist:innen hatten die für erforderlich erachteten Eindämmungsmaßnahmen durchzusetzen.

³⁸ Siehe dazu auch die Kapitel 3.1.3 und 4.3.

[überwiegend schlecht bezahlten, überforderten und sich oft machtlos fühlenden] Polizeibediensteten lassen sich Schlüsse auf eine Kultur-, Gesellschafts-, Organisations- und Staatskritik ziehen.

„Im schlimmsten Fall wird sich die Überarbeitung der Beamtinnen und Beamten auch in Zukunft nicht verringern und so die Arbeit für die Polizei – für das Gemeinwesen – unattraktiv machen.“

„Meiner Meinung nach ist unsere Gesellschaft in Deutschland noch zu sehr leistungsorientiert. [...] Teilzeit ermöglicht einem mehr Zeit für andere Interessen außerhalb des Berufs (Bildung, Sprachen lernen, Hobbies, Sport). Allgemein mehr Zeit zu haben, erhöht die Lebenszufriedenheit. Menschen sind weniger krank. Und man hat mehr Zeit, um sich um eine gesunde Ernährung zu kümmern.“

„[...] das Standing des Berufsbildes Polizist muss von der Politik in Zukunft mehr Unterstützung finden.“

„Die Distanz und der Egoismus der Menschen wird größer, da sie weniger persönlich interagieren und weniger unterwegs sind.“

„Die Politik [macht] keine Anstalten, sich vom neoliberalen System der Verschlingung von Verwaltungsstrukturen und Einsparung von Personal zu lösen.“

„Die KI hält uns in 25 Jahren in Form von Dokumentation und Koordination den Rücken frei. Sie erledigt alles, was unnötig wertvolle Zeit kostet und dabei aufhält, unsere eigentliche Arbeit zu machen.“

„Offen mit Ideen oder Verbesserungsvorschlägen der Mitarbeiter umgehen und Veränderungen zulassen --> nicht jede Veränderung muss vorher zu 100% abgewogen und alle Eventualitäten bedacht werden --> lieber mal etwas in kleinem Rahmen testen und dabei ggf. Anpassungen vornehmen – den Satz „Das haben wir schon immer so gemacht“ aus dem Vokabular streichen.“

„Macht was aus KI und quatscht nicht über die aktuellen Probleme“

„Ich wünsche und erhoffe mir, dass Politik und Polizeiführung zukunftsorientiert und visionär zusammenarbeiten und [...] Probleme [abgestellt werden]. Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und mit den Schultern zu zucken. MACHEN lautet die Devise.“

Kritisiert werden eine den Egoismus prämierende Kultur, eine ausschließlich profitorientierte Wirtschaftsweise und eine handlungsunfähige, schwache Staatlichkeit. Die Probleme, die KI und Digitalisierung lösen sollen, sind gegenwärtig lästige und überfordernde Aufgaben.

Beschäftigte in systemrelevanten Berufen erwarteten und erhofften in der Pandemie kompetente und zügige Entscheidungen bezüglich organisationaler Programme und des Personals sowie funktionierende Kommunikationswege.³⁹ Die jeweiligen wahrgenommenen Defizite sind in den Kapiteln 3.1.1, 3.1.2, 3.1.3, 3.3 und 4.5 geschildert worden. Neben verlässlichen und konsistenten Entscheidungen bei der Arbeit fehlte in der Wahrnehmung der systemrelevant Beschäftigten, so auch der Polizeibeamten, eine forderungs- und erschöpfungsfreie Zeit. Sie möchten „in der Regel weder in den Bundestag einziehen noch demonstrieren oder in Bürgerräten deliberieren, sondern eine entfremdete, der Korruption verdächtige Politikelite durch sachliche Expertise zur Vernunft gebracht und angeleitet wissen“ (Leggewie 2022; s. a. Bratton 2021). Verbunden ist diese Delegation bei einigen mit dem Wunsch nach sinnvoller Kooperation in der Lebenswelt.

Imaginiert und beansprucht wird von den PVB nicht die Ausweitung eigener Handlungsspielräume, sondern vielmehr, dass ihre Expertise in Sachen Praktikabilität gesehen wird und auf Entscheidungsprozesse Einfluss nimmt und dass Entscheidungen effizient umgesetzt werden. Auch wissenschaftliche Expertise erfährt eine hohe Wertschätzung. Diese öffentlich weniger vernehmbaren Stimmen über die kritische Infrastruktur fordern die Umstellung von ineffizientem „Gequatsche“ auf das „Abstellen von Problemen“. Hierarchische Führungsstrukturen werden in den Zukunftsentwürfen nicht „geändert“. Sie werden lediglich mit Bezug auf ihre Entscheidungsarmut bemängelt. Die Wahrnehmung ist, dass Anforderungen an die Polizei seitens der Politik und der Gesellschaft und seitens des Arbeitgebers an die Mitarbeitenden entgrenzt sind, zugleich aber nicht die rechtlichen und technischen Mittel bereitgestellt werden.

³⁹ Mittels organisationaler Programme werden Kriterien dafür festgelegt, wie Aufgaben formal korrekt zu erledigen sind. Weiterhin entscheiden Organisationen über das Personal, das für die Aufgaben infrage kommt, sowie drittens über organisationale Kommunikationswege (Luhmann 2000).

5.3 Adaptive Handlungspraktiken

In den letzten Jahren wurde Anpassungsfähigkeit vielfach unter dem Stichwort Resilienz diskutiert.⁴⁰ Eine „Deep Adaptation“ ginge mit Blick auf den drohenden (Klima-)Kollaps viel weiter und geböte vier Leitlinien für adaptive Praktiken: Resilience (Widerständigkeit), Relinquishment (Verzicht), Restoration (Wiederherstellung) und Reconciliation (Aussöhnung) (Bendell, Read 2021). Darüber hinaus sind Unsicherheit und Zwangsläufigkeit die Herausforderungen, auf die sich eine künftige Gesellschaft langfristig einstellen muss.

Für Beschäftigte im Polizeiberuf, der wenig Spielraum für individuelle Selbstentfaltung bietet, sind dies vergleichsweise geläufige Lebensbedingungen: Unvorhersehbare Einsatzverläufe oder das Durchführen von Maßnahmen sind alltägliche Beispiele.

Angehörige der Berufsgruppe müssen sich in Ausbildung und beruflicher Sozialisierung in hohem Maße adaptieren: durch Eid, Uniform, Unterordnung, aber auch durch das Neutralitätsgebot, das sich wandelnden Normen unterliegt. In der polizeilichen Alltagssprache spiegelt sich eine hohe Flexibilität, „lageangepasst“ und „adressatengerecht“ auf Situationen zu reagieren:

„Anpassung an das gängige Gesellschaftsbild schaffen. [...] Die Mehrheit der heutigen Bevölkerung trägt Tätowierungen. Lediglich Polizeibeamten ist es verboten. Eine Abschaffung dessen würde das Gleichheitsgefühl des polizeilichen Gegenübers mit den Polizeibeamten stärken, da ein „Polizisten sind auch nur normale Menschen“-Bild geschaffen werden könnte.“

„Polizeiliches Handeln passt sich immer an die fortschreitenden gesellschaftlichen, technischen und politischen Entwicklungsprozesse an.“

Adaptive Praktiken wurden in den vorherigen Kapiteln verschiedentlich erwähnt, beispielsweise wenn konstatiert wird, junge Kollegen würden in alte Strukturen „hineinerzogen“ (3.1.1), dass sich die Organisationskultur verändern müsse, um in der Repräsentation nach außen nicht negativ dazustehen (3.3), dass sich das Aufgabenfeld der Polizei

⁴⁰ Einige Kritiker deuten Resilienz als Regression, als „ein Programm des reinen Copings [...], das sich mit einer noch veränderbaren Tragödie bereits arrangiert habe [...]“ (Staab 2022: 87). Der Appell an die unbegrenzte Adaptionsfähigkeit des Menschen sei ideologisch und das Konzept sei daher zur Bewältigung und Gestaltung der Zukunft nicht geeignet; es bedürfe grundsätzlicher Reformen. Andere, so auch Staab, sehen in Resilienz ein überfälliges Einstellen auf kontingentere Lebensbedingungen. In beiden Sichtweisen bleiben Selbstentfaltungsansprüche der Maßstab.

hinsichtlich der Komplexität und der zu bearbeitenden Masse vergrößere (3.4) oder dass sich die Polizei auf künftige gesellschaftliche Entwicklungen einstellen müsse (4.5).

5.4 Fortschrittsglauben

Die Polizeibeamten nannten häufig Anpassung und Fortschritt zusammen. Während viele die Zukunft kulturpessimistisch bis apokalyptisch sehen (siehe Kapitel 4.1 bis 4.5.2 passim), werden technische Innovationen relativ unkritisch gutgeheißen (siehe Kapitel 3.2 bis 3.2.2 passim). Gegenwärtig scheint ein Kipppunkt erreicht nach Finanz-, Pandemie-, Verteidigungs- und Klimakrise, die die Zukunft geschluckt und den „Zeithorizont sozialen und politischen Handelns massiv eingeschränkt hat“ (Leggewie 2022): Es geht, auch in den Nennungen der Polizeibeamten, um die Handhabbarkeit und Stabilisierung der Gegenwart.⁴¹ Obgleich systemisch hochbedeutsam und handlungspraktisch en vogue, wird Anpassung im Alltagsbewusstsein moderner liberaler Gesellschaften andererseits zum Gegenpol oder Hinderungsgrund für individuelle Selbstentfaltung und Emanzipation erklärt und gemeinhin mit Konformismus und Fügsamkeit assoziiert, also eher mit Regression denn mit Fortschritt und Zukunftsgestaltung in Verbindung gebracht.⁴²

Sehr häufig äußerten die Polizisten und Polizistinnen die Befürchtung, dass die Polizei in einem angenommenen Fortschrittswettkampf ins Hintertreffen gerate. Während die Bezugspunkte für die Rückstandsdi-

⁴¹ Ein vielleicht nicht ganz nebensächlicher Aspekt ist, dass sich gesellschaftliche Protestbewegungen in den letzten Jahren veränderten: Waren politische Bewegungen der jüngeren Geschichte gekennzeichnet durch ein utopisches Fortschritts- und Selbstverwirklichungspathos, formierte sich mit der Klimabewegung 2018 eine junge Protestgeneration, die die Notwendigkeit drastischer Anpassungen an die Krise artikuliert und die planetarische Zukunft (wenn es überhaupt noch eine gäbe) dystopisch entwirft. Galt es zuvor als emanzipatorischer Fortschritt, sich eben nicht länger an Unfreiheit anzupassen und Reformen (und zuweilen die Revolution) zu fordern, schließen sich gegenwärtig Menschen zusammen, um kollektiv Verzicht, Freiheitsbeschränkungen und sofortiges Handeln zu fordern. Mit der demonstrativen Ablehnung verantwortungsloser Lebensstile und Konsumpraktiken der Älteren entstand eine „rebellische Praxis der Anpassung“. Noch weiter gehen Aktivisten der Letzten Generation, die neben der Inszenierung zivilen Ungehorsams offensiv hierarchische Leadership als Merkmale der Bewegung propagieren. In der Geschichte der modernen Polizei ist es ein Novum, dass ihr – progressives – Gegenüber demokratischen Prozessen eine Absage erteilt, weil dafür keine Zeit mehr sei, und zugleich ein konservatives Spektrum der Ansicht ist, die beste Zukunft sei der weitmögliche Erhalt der Gegenwart.

⁴² Mit seiner Diagnose der Risikogesellschaft relativierte Ulrich Beck (1986) die explizite Fortschrittsorientierung der vorangegangenen Jahrzehnte (die seit den 1950er Jahren auch in soziologischen Modernisierungstheorien Widerhall fand) und sogar neuzeitlicher Wissenskulturen allgemein, die implizit stets auf eine (noch) bessere Zukunft ausgerichtet waren.

gnose unspezifisch blieben („andere Länder“, „die freie Wirtschaft“, „Täter“, „Bürger“, „andere Behörden“ oder „die Justiz“), wurde als Vergleichsgröße ausschließlich (Informations-)Technologie genannt:

„[Es] muss immer weiter [...] geschult werden, um die Wissenslücke zwischen Täter und Polizei zu verringern.“

„Wir müssen technisch und digital besser aufgestellt sein als der Bürger da draußen. Ansonsten werden wir uneinholbar abgehängt.“

„Mehr in Technik und Software investieren, damit wir ansatzweise eine Chance haben.“

„Wir werden von der Wirtschaft, den Straftätern, als auch von der Staatsanwaltschaft abgehängt.“

„Im digitalen Zeitalter wäre es gut, weiter entwickelt zu sein, nicht nur als der Bürger / computererfahrene Jugendliche, sondern annähernd auch so gut wie der Kriminelle.“

„Die Distanz zwischen der Polizei und den Kriminellen [wird] aus technologischer Sicht sehr schnell sehr groß. Eine Tendenzänderung sehe ich da nicht.“

„Technologisch gesehen wird die Polizei selbst in 25 Jahren noch *sehr* zurück hängen im Vergleich zur freien Marktwirtschaft.“

„Wenn wir jetzt den digitalen Wandel verschlafen, dann wird es sehr schwierig bis unmöglich sein, noch aufzuholen.“

„Ein Vergleich mit anderen Ländern [...] zeigt deutschlandweit einen gravierenden Digitalisierungsrückstand der öffentlichen Verwaltung.“

„Jeder Arbeitsschritt, Entscheidungsprozess und Information [muss] vollständig digital vollziehbar sein, [damit] Behörden, Deutschland und insbesondere die Polizei Hamburg den Entwicklungsschritt vollziehen [können], nicht weiterhin abgehängt zu werden.“

„Digitale Prozesse [sind] kein nettes Gimmick nebenbei [...]. Private Unternehmen sind dort stellenweise deutlich weiter.“

„Die Behörde hinkt technisch noch immer der Wirtschaft hinterher.“

„Erhoffte Verbesserungen: weiterer Fortschritt i. S. Technologie auf Augenhöhe mit der Freien Wirtschaft, was möglich ist an technischen Einsatz- bzw. Hilfsmitteln, dadurch moderne und effiziente Abarbeitung von Arbeitsschritten.“

„Die gesamte Vorgangsfertigung erfolgt digital, davon können andere Behörden nur träumen.“

„Die moderner werdenden Technologien werden die Arbeit der Polizei herausfordern. Da hier jetzt bereits Nachholbedarf besteht, muss die Polizei hier anknüpfen.“

Die zahlreichen Nennungen lassen mehrere Schlüsse zu: Erstens scheint die Wahrnehmung zu sein, die Polizei arbeite (zu) ineffektiv und ineffizient (siehe auch: 3.1.1 und 3.2). Die Aussagen könnte man damit abtun, dass es diese Wahrnehmung schon immer gegeben habe und es überdies systemimmanent sei, dass jemand anders schneller gewesen sein muss als die Polizei – dieser Umstand stecke schließlich schon im Wort *Strafverfolgung*. Zudem verfielen Menschen bei der Frage nach Zukunft generell in Fortschrittslogik und Modernisierungsideen. Zweitens wird aber die Erwartung eines tiefgreifenden technologiebasierten Wandels dadurch befördert, dass viele Polizist:innen polizeiliche Aktivitäten zunehmend in das Vorfeld von Straftaten verlagert sehen, namentlich Prävention und Überwachung (siehe 3.4). Sogar die eigenen vielfältigen Kompetenzen sowie rechtliches, taktisches und erfahrungsbasiertes Wissen verblassten vollständig neben der schillernden neuen Technik bzw. wurden als so defizitär dargestellt, dass auch sie an die Technologie ‚angepasst‘ werden müssten.

Viele der Polizeibeamten setzen in geradezu anti-politischem Gestus auf technischen Fortschritt durch KI und Digitalisierung, äußern aber zugleich Bedenken gegen prädiktive Technologie. Damit folgen sie einem technokratischen Lösungsdenken.⁴³ Dabei wird der Problem-Lösungs-Zusammenhang umgekehrt: Die genannten technologischen Neuerungen sind entkoppelt von den sozialen Herausforderungen der Zukunft, die die Polizeibeamten sehen (siehe 3.2.2); die Technologie und die Probleme, zu deren Lösung sie beitragen soll, existieren und entwickeln sich unabhängig voneinander. Als Probleme wurden die Folgen des Klimawandels, Armut und Verelendung sowie Kriminalitätsphänomene und Gewalt identifiziert (siehe 4.1–4.5). Zugleich wurden ausgehend von den zur Verfügung stehenden technischen Mitteln – genannt wurden u. a. Drohnen, KI und autonom fahrende Vehikel – Anwendungsfelder gesucht, die dann unter Verweis auf völlig beliebige Probleme legitimiert werden (siehe 3.2.2). Folglich stellt Technolo-

⁴³ Solutionismus ist eine Ideologie, nach der Technologie eine Lösung für alles bieten kann – ob für den Markt, die öffentliche Sicherheit oder für das Klima (Mozorov 2013). Die Welt mag kollabieren, aber das Silicon Valley wird es schon richten können, sei es durch Geoengineering und Terraforming oder durch KI und Metaversen. Indem jedes Problem so artikuliert wird, dass es potenziell durch Technologie bearbeitbar wird, wird jede Krise als technologische Krise intelligibel.

gie mitnichten nur ein Mittel dar, um „vor die Lage zu kommen“ – die Eingaben zeugen von tiefer technikbasierter Fortschrittsgläubigkeit.⁴⁴ Womöglich wird ein Ausweg darin gesehen, die Komplexität gegenwärtiger Realität zu aufzubrechen und quasi zu ‚hacken‘, indem an ihr vorbei Lösungen entwickelt werden.

5.5 Anpassung: Ein Schlüsselbegriff zum Verständnis demokratischer Resilienz?

Die in den Eingaben der Polizeibeamten themenübergreifend durchscheinende Semantik der Anpassung ist hochambivalent und lohnt, eingehender beforscht zu werden. Fassen wir das Vorangehende zusammen: Anpassung ist für eine funktionierende Staatlichkeit notwendig; insbesondere Polizeibeamten sind adaptive Handlungspraktiken geläufig und Anpassung wird oft nach Kriterien von Fortschrittlichkeit und Modernität beurteilt.

Zugleich sind unter den Maximen der liberalen Demokratie nicht wenige der geäußerten Wahrnehmungen und Einstellungen problematisch. Allerdings sind sie nicht *undemokratisch* im (modernen) politischen Sinne. Demokratie wird nicht *abgelehnt* aufgrund ideologischer (links-sozialistischer oder rechts-faschistischer) Überzeugungen, sondern demokratische Aushandlungsprozesse werden unter Machbarkeits-erwägungen *verworfen* als zu ineffiziente, nicht praktikable Option. Appelliert wird an eine kompaktere Sozialstruktur mit funktionalen Hierarchien und vertikaler Autorität: „Nicht quatschen“, sondern „Machen“, „Nicht alles abwägen“, „Klares Wording“ oder Forderungen wie die nach „klar verständlichen Programmen und leichteren Abläufen, ohne große Strapazen [und] gebündelter“ ergeben für die liberal-demokratische Gesellschaftsordnung keine günstige Prognose. Abwägen, Differenzieren und das Akzeptieren von Ambiguitäten und Unsicherheiten sind genuine Eigenschaften und Synonyme demokratischer Aushandlungsprozesse, in denen Interessenausgleiche angestrebt werden und um Kompromisslösungen gerungen wird.

⁴⁴ Auf das noch immer dominierende strukturelle Verhältnis zwischen Technologie und Männlichkeit wies die Soziologin Judy Wajcman (2011) hin.

Aus der Perspektive von Personen, die mit dem Management von Notsituationen und, wie in der Pandemie, von Krisen betraut werden und die darüber hinaus Anlaufstelle für vielfältige Probleme im sozialen Raum sind, sind demokratische Prozesse in der Tat (zu) langsam und, wenn Überforderung hinzukommt, sogar störend. Diese Einsicht scheint neben den von PVB geäußerten Befürchtungen, dass sich die Polizei „nach rechts“ entwickeln oder radikalieren könnte (siehe 3.3), für die Erforschung, Einschätzung und Sicherstellung der demokratischen Resilienz der Polizei zentral zu sein. Am Schluss steht also keine These, sondern eine Konturierung künftiger Forschung. Anpassung ist ein Schlüsselbegriff im Spannungsfeld zwischen enormen gesellschaftlichen und staatlichen Stabilisierungs- und Friedenssicherungsleistungen der Exekutive und gleichzeitiger Regression von Demokratieauffassungen und Freiheitsbegriffen. Diese Spannung könnte eine der künftigen Herausforderungen der Polizei darstellen.

6 Fazit

Die vorliegende Erhebung beschreibt die Ordnung der Gegenwart der Polizei und ihrer Umwelt aus Sicht von Polizeibeamtinnen und -beamten. Narrative Texte bilden die Datengrundlage. Die Teilnehmenden konnten „freie“ Eingaben machen. Mit der Zukunftsfrage schrieben sie die Themen auf, die aktuell für sie relevant sind und zwar genau so, wie sie sie mitteilen wollten. Das Ziel der sinndeutenden Methode, der objektiven Hermeneutik, ist die Entdeckung und Beschreibung eines Aggregats, einer generativen Regel für das Handlungssystem Polizei.

Bei der Auswertung ist viel Mühe darauf verwendet worden, die Eingaben angemessen zu gewichten. Bei der Interpretation der Aussagen ist Vorsicht geboten. Drei Einschränkungen zur Aussagekraft bzw. zum ‚Wahrheitsgrad‘ sind voranzustellen:

1. Die mitgeteilten Wahrnehmungen müssen nicht „wahr“ sein. Beispiel: Klagen über zu schlechte Bezahlung können lediglich wiedergegeben und grob eingeordnet werden. Ob sie berechtigt sind, kann im Rahmen dieser Umfrage nicht geklärt werden.
2. Zukunftsimaginationen gibt es in der Popkultur der Moderne zuhauf, weshalb ein *Priming* (unbewusste Bahnung) anzunehmen ist. Gängige Zukunftsentwürfe sind negativ, dystopisch oder apokalyptisch; sie überzeichnen die Zukunft im Superlativ und gehen meist von Beschleunigung in der Zukunft aus. So sind auch einige der Aussagen zu verstehen.
3. Die Nennungen sollten nicht hochskaliert werden. Beispiel: Wenn 11 von 116 Teilnehmenden das Konzept „Datenschutz“ entweder nicht verstanden haben oder den Datenschutz sogar lieber abgeschafft sähen, bedeutet das nicht, dass dies auf knapp zehn Prozent aller Polizeibeamten zutrifft. Eine solche Quantifizierung wäre (schon allein wegen des Samples) grob irreführend. Man kann jedoch zur Kenntnis nehmen, dass das Thema Datenschutz offensichtlich relevant ist, und auch, dass einige Beamte der Verhinderung von Straftaten Vorrang gegenüber einem Grundrecht einräumen. Weiterhin kann man sich darüber verständigen, ob für das Thema „Grund- und Bürgerrechte“ mehr sensibilisiert werden sollte.

Die Befunde sind vor allem relevant für Entscheiderinnen und Entscheider in der Polizei – neben Interessierten innerhalb und außerhalb von Polizei, Wissenschaft und Politik.

Die Eingaben zur Polizei selbst thematisieren mit absteigender Häufigkeit Personalmangel, Bezahlung, Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten sowie Strukturen und Verwaltungsabläufe. Positiv hervorgehoben werden eine gute Kommunikation und ein guter Umgang miteinander.

- Die Ursachen für **Personalmangel** in der Polizei werden in der Bezahlung, hierarchischen Strukturen, generationalen Differenzen, einem Mangel an Flexibilität und unzureichenden Entwicklungsmöglichkeiten vermutet.
- Die **Vergütung** wird als unverhältnismäßig (schlecht) eingeschätzt. Die Referenzpunkte sind die hohe Belastung, die „freie“ Wirtschaft, hohe Lebenshaltungskosten und die zu erbringende Arbeitsleistung. Die Folgen seien Motivationsmangel, schlechte Arbeitsleistung, Korruption und ungeeignete Bewerber. Insbesondere für Fachkräfte sei die Bezahlung zu unattraktiv.
- Beim Thema **Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten** wird oft die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Schichtdienst problematisiert. Davon unabhängig wird beanstandet, dass Klientelismus und Maskulinität Karrieren befördere respektive behindere. Kritisch, aber keineswegs einstimmig wird die Beförderungspraxis beurteilt: Die einen wünschen sich einen stärkeren Fokus auf Performance, während andere Seniorität als Beförderungskriterium befürworten. An der **Führungsstruktur** wird kritisiert, dass die Stäbe aufgebläht seien, was zulasten der Schichtstärken im Vollzug ginge. Die Definition von guter Leistung muss stärker als bislang das Etablieren von Kooperations-verhältnissen beinhalten, in denen Führungskräfte nur dann Anerkennung finden, wenn sie zugleich problemlösende Kooperation und höhere Autonomie für Mitarbeitende fördern.

- Die **Strukturen und Verwaltungsabläufe** werden als ineffizient, innovationshemmend, demotivierend und aus der Zeit gefallen beschrieben. Modernisierung sei erforderlich. Die Polizei sei sonst Herausforderungen nicht gewachsen und nicht konkurrenzfähig als (potenzieller) Arbeitgeber. An den Wunsch nach besserer Vernetzung und optimierten Prozessen knüpft sich die Hoffnung auf Effizienzsteigerung und vor allem Entlastung durch Zeitersparnis. So könne der durch höhere Fallaufkommen bedingten Arbeitsverdichtung entgegengewirkt und die anfallende Arbeit bewältigt werden.
- Ein politisch-gesellschaftlicher Diskurs über die zukünftigen **Aufgaben der Polizei** wird als notwendig erachtet und begrüßt.
- Viele PVB sehen polizeiliche Aktivitäten zunehmend in das Vorfeld von Straftaten verlagert, namentlich **Prävention** und Überwachung. Prävention wird als sehr wichtig erachtet.
- Die „Zukunftsvisionen“ für **Ausstattung** sind „moderne Gebäude“, „Wasserspender“, „höhenverstellbare Schreibtische für alle“ oder Softwareanwendungen auf dem Stand heutiger Privathaushalte. Ebenfalls häufig wird Mobilität genannt, und dabei vor allem autonomes Fahren und Post-Ottomotor-Fahrzeugantriebe.
- Mit **Digitalisierung** werden die vernetzte Kommunikation aller Ämter und Sicherheitsbehörden mit (bundes-)einheitlichen Auskunftssystemen, die Vereinheitlichung der internen Kommunikationssysteme sowie die Automatisierung von Prozessen (wie die Erstellung der PKS oder das Bearbeiten von Anfragen) assoziiert. Wie im Bereich der Digitalisierung wird das Transformationspotenzial von **Künstlicher Intelligenz** als hoch eingeschätzt. Dabei wird ausschließlich von den technologischen Potenzialen ausgegangen, jedoch ohne Bezugnahme auf organisationale Erfordernisse. Führungs- und Einsatzmittel (FEM) der Zukunft sind funktionstüchtiger und „smarter“. Modernisierung und technologische Lösungen werden gleichgesetzt. Visuelle Technologien wie UAV/Drohnen, Virtual Reality und Bodycam werden hauptsächlich zur Rekonstruktion von Einsätzen, aber auch zur Überwachung des (physischen, nicht virtuellen!) Raums und zur Informationsabfrage bei der Kontrolle von Personen (Identität, Gesundheitsdaten, Bankdaten etc.) imaginiert. Prädiktiver (algorithmusbasierter) Technologie wird insgesamt nur wenig Bedeutung beigemessen und, wenn thematisiert, wird sie eher skeptisch betrachtet: Sehr wichtig ist den Polizist:innen rechtlich einwandfreie Arbeit, die Verhinderung

von Datenmissbrauch und menschliches Ermessen. Vor allem die Einschränkung von Ermessensspielräumen, die mit prädiktiver Polizeiarbeit einhergeht, wird mit Sorge gesehen. Die positiven Effekte von Neuerungen in den Bereichen Digitalisierung und KI seien Effizienzsteigerung und die Einsparung von Personal, wodurch der Mangel an Nachwuchs abgefedert werde.

- **Kultur der Polizei:** Handlungsleitend sind der „Schutz demokratischer Grundrechte“ sowie die Werte „Korrektheit“, „Progressivität“ und „Toleranz“. Als Risiken für die Polizei werden „überkommene Wertvorstellungen“, „rassistische und diskriminierende Einstellungen“, „Konservatismus“ und „Radikalisierungsgefährdung“ identifiziert. Dabei wird die Verantwortung, diesen Problematiken effektiv entgegenzuwirken, explizit der Behördenleitung respektive Führungskräften zugewiesen. Notwendig sei es weiterhin, Kritikfähigkeit, Selbstreflexion, Inklusivität und die Aufarbeitung von Fehlern zu fördern.

Als Handlungsempfehlungen formuliert wünschen sich die Polizistinnen und Polizisten:

- ~ einen höheren Individualisierungsgrad der Arbeit (Arbeitsorganisation, Teilzeit, Flexibilisierung der Inhalte)
- ~ mehr Investitionen in Aus- und Fortbildung, insbesondere in den Themenfeldern IT und politische Bildung; verbesserte Zugänglichkeit für Lehrgänge für alle Beschäftigten, mit Angebot auch digitaler Formate. Begründet wird dies mit verbesserten Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten und mit der Behebung von Kompetenzmängeln.
- ~ mehr Wertschätzung für unterschiedliche Persönlichkeitstypen
- ~ Transparenz bei Führungsentscheidungen
- ~ Bottom-up-Wissenstransfer
- ~ Aufgabenkritik und einen stärkeren Fokus auf Präventionsarbeit.

Die Nennungen zur zukünftigen Gesellschaft („Außen“) ergaben folgende Themencluster: neue Kriminalitätsphänomene, Bürgerrechte und Rechtsstaatlichkeit, Wertschätzung, Bürgernähe, Spaltung und Konflikt sowie Gewalt.

- Ausnahmslos wird von einem Anstieg von Straftaten ausgegangen. Die Ursachen für **Kriminalität** in der Zukunft, für die die Polizei gute Konzepte benötige, seien – in dieser Reihenfolge absteigend – Internet, Migration, Organisierte Kriminalität sowie die Auswirkungen von Kriegen. Nicht nur vereinzelt wird eine Kausalität zwischen Migration und der Zunahme von Kriminalität angenommen. In den Nennungen wird deutlich, dass Moralökonomien für einige als nicht mehr normativ gesichert gelten. Dazu treten Wahrnehmungen von Kontrollverlust und Normübertretungen zutage.
- Die Verhinderung von Straftaten hat für viele Teilnehmende Vorrang vor **Bürgerrechten und Rechtsstaatlichkeit**. Häufig sind Aussagen, der Datenschutz sei hinderlich für die polizeiliche Ermittlungsarbeit. Vereinzelt wird die Einschränkung von Grundrechten bei Menschen, die Straftaten begehen, vorgeschlagen oder angenommen, dass durch Überwachung Straftaten verhindert werden könnten, oder die Justiz wird als übergriffig gegenüber der Polizei beschrieben. Gemeinsam ist allen Aussagen die Annahme, dass politische Maßnahmen einzig auf die Verschärfung von Gesetzen bzw. die Ausweitung polizeilicher Befugnisse hinauslaufen könnten.
- Häufig wird angegeben, dass das *Berufsbild* ein schlechtes Image habe und nicht genug **Wertschätzung** und Anerkennung (auch vonseiten des Dienstherrn) erfahre. Demgegenüber thematisierte keine Nennung einen Mangel an Respekt vor polizeilichem *Handeln*.
- Die sehr unterschiedlichen Auffassungen von **Bürgernähe** reichen von dem Einverständnis der Polizei, gefilmt zu werden, um Transparenz und „Beweissicherung“ zuzulassen, bis hin zu proaktivem Engagement, indem die Polizei auf Menschen zugeht und positiv in deren Leben stattfindet. Während einige „Gleichheit“ mit dem Bürger (Polizeibeamte sind Bürger in Uniform) betonen, ist für andere „Professionalität“ das zentrale Merkmal von Bürgernähe. Eigenschaften, von denen angenommen wird, dass sie vom Bürger erwartet und geschätzt werden, sind Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Verbindlichkeit, Hilfsbereitschaft und Tatkraft.

- Mit Blick auf **gesellschaftliche Entwicklungen** und Staatlichkeit wird mehrheitlich von stabilen Herrschaftsverhältnissen ausgegangen. Auch Entscheidungsprozesse und Hierarchien in der Polizei werden als stabil betrachtet. Nur wenige schätzen politische Entwicklungen als volatil ein.

Thematisch dominieren der Klimawandel und dessen Folgen, Mobilität sowie Migration. Wie sich gesellschaftspolitische Entwicklungen auf die Polizei auswirken werden, wird unterschiedlich beurteilt: Sowohl die Ausweitung von Befugnissen als auch ein vermindertes Handlungsvermögen der Polizei werden für möglich gehalten. Die Ansichten zur Positionierung des Exekutivorgans Polizei in der Gesellschaft sind nahezu unvereinbar: Einige betrachten Polizisten als Teil des Staatsapparats, der der Bevölkerung (im Zweifelsfall antagonistisch) gegenüberstehe; andere sehen die Polizei als Teil der Bevölkerung positioniert in einem Gegensatz zur Politik.

Die Feststellung gesellschaftlicher Polarisierungen trifft in der Polizei auf eine Berufsgruppe mit hohen normativen und moralischen Grundenerwartungen. Auf vier Arten wahrgenommener moralischer (Grenz-) Übertretungen wird empfindlich reagiert: die Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, das Verfechten von Normvorstellungen, Entgrenzungsbefürchtungen respektive befürchteter Kontrollverlust sowie Verhaltenszumutungen. „Inhaltlich“ decken sich die beobachteten Polarisierungen mit gesamtgesellschaftlichen Diskursen: Oben-Unten (Elite versus Elend), Heute-Morgen (Klimafragen), Innen-Außen (Migration, Gender).

- **Spaltung und Konflikt:** Die häufigsten Spaltungsdiagnosen sind die Radikalisierung der Bevölkerung in politische Extreme, gefolgt von wachsender sozialer Ungleichheit. Diese Entwicklungen würden sich auf die Polizei auswirken. Unabhängig von ihrem sachlichen Gehalt – die Aussagen sind teils drastisch – sind die Spaltungsdiagnosen als eine Form eindringlicher Kommunikation zu verstehen.

kehrt man die pessimistischen Nennungen zu gesellschaftlichen Spaltungen in ihr positives Gegenteil um, dann tritt stärker konturiert zutage, dass der Verlust dieser gesellschaftlichen Ideale befürchtet wird: Friedfertigkeit, Geduld, soziale Nähe, Aufmerksamkeit, Gleichheit, Chancen, Gemäßigkeit, Ehrlichkeit und Integrität.

- Als Ursachen für die Zunahme von **Gewalt** werden ‚Hass auf andere‘, Intoleranz, Migration und der Zerfall von Staatlichkeit, an deren Stelle Selbstjustiz und Faustrecht träten, vermutet.
- **Anpassung** ist die generative Handlungsregel, die sich aus den Aussagen ableitet. Anpassung hat, insbesondere wenn von Angehörigen der Exekutive die Rede ist, eine systemisch hochbedeutsame Funktion. Zugleich sind Polizistinnen und Polizisten adaptive Handlungspraktiken sehr geläufig.
- In den Zukunftsentwürfen werden heutige hierarchische Führungsstrukturen nicht geändert. Bemängelt werden in der Hierarchie hoch angesiedelte Führungskräfte lediglich mit Bezug auf ihre Entscheidungsarmut. Gefordert wird ein Umstellen von „ineffizientem Gequatsche“ auf das „Abstellen von Problemen.“ Appelliert wird an eine kompaktere Sozialstruktur mit funktionalen Hierarchien und vertikaler Autorität. Entsprechend wird nicht die Ausweitung eigener Handlungsspielräume beansprucht, sondern vielmehr, dass (ihre) Expertise in Sachen Praktikabilität gesehen und umgesetzt wird.
- Viele der PVB setzen in geradezu anti-politischem Gestus auf technischen Fortschritt. Gelingende Anpassung wird oft nach Kriterien von Fortschrittlichkeit und Modernität beurteilt.
- Nicht wenige der geäußerten Wahrnehmungen und Einstellungen sind unter den Maximen liberaler Demokratie in dreifacher Hinsicht diskussionswürdig:
 - ~ Sie sind nicht *undemokratisch* im (modernen) politischen Sinne. Demokratie wird nicht abgelehnt aufgrund ideologischer Überzeugungen, sondern demokratische Aushandlungsprozesse werden unter Machbarkeitserwägungen verworfen als zu ineffiziente Optionen.
 - ~ Fatalismus, ebenso wie Aktivismus, kann den Ausgangspunkt für Autoritarismus bilden, nur stehen sie weniger im Verdacht, undemokratische Einstellungen zu begünstigen.
 - ~ In den Nennungen werden sowohl minimalistische als auch partizipative Demokratieauffassungen sichtbar.

Im Spannungsfeld zwischen enormen gesellschaftlichen Stabilisierungsleistungen der Polizei und gleichzeitiger Regression von Demokratie- und Freiheitsbegriffen ist Anpassung ein Schlüsselbegriff, den eingehend zu erforschen sich lohnt.

7 Literatur

- Andersson, Jenny (2020): Ghost in a Shell. The Scenario Tool and the World Making of Royal Dutch Shell. In: *Business History Review* 94 (4), 729–751.
- Beck, Ulrich: (2012 [1986]): *Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne*. 21. Aufl., Berlin: Suhrkamp.
- Bendell, Jem; Read, Rupert (Hrsg.) (2021): *Deep Adaptation*. Cambridge: Medford.
- Berger, Peter; Luckmann, Thomas (2021 [1966]): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit: Eine Theorie der Wissenssoziologie*. 28. Aufl., Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bitkom (2023): Projektgruppe Zukunft der Polizei. Abrufbar unter: www.bitkom.org/sites/main/files/2023-02/230220-Herausforderung-der-Polizei-Positionspapier.pdf (Letzter Zugriff: 12.01.2024).
- Bratton, Benjamin (2021): *Revenge of the Real. Post-Pandemic Politics*. London: Verso.
- Brunsson, Nils (2009): *Reform as Routine. Organizational Change and Stability in the Modern World*. Oxford: Oxford University Press.
- Büchner, Stefanie (2018): Zum Verhältnis von Digitalisierung und Organisation. In: *Zeitschrift für Soziologie* 47, 332–348.
- Büchner, Stefanie; Dossall, Hendrik (2021): Organisation und digitale Technologien. Predictive Policing im organisationalen Kontext. In: *Soziale Systeme* 26 (1-2), 217–239.
- Bundesministerium der Verteidigung (2019): *Erster Bericht zur Digitalen Transformation des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung*. Abrufbar unter: www.bmvg.de/resource/blob/143248/7add8013a0617d0c6a8f4ff969dc0184/20190925-download-erster-bericht-digitale-transformation-data.pdf
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dimbath, Oliver (2016): *Einführung in die Soziologie*, Paderborn: Wilhelm Fink.
- Dossall, Hendrik (2023): *Die Organisation Polizei*. In: Apelt, Maja; Tacke, Veronika (Hrsg.): *Handbuch Organisationstypen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Düttmann, Alexander García; Quent, Marcus (Hrsg.) (2023): *Die Apokalypse enttäuscht. Atomtod, Klimakatastrophe, Kommunismus*. Zürich: Diaphanes.
- Egbert, Simon; Leese, Matthias (2021): *Criminal Futures. Predictive Policing and Everyday Police Work*. London, New York: Routledge.
- Eshun, Kodwo (2003): Further Considerations on Afrofuturism. In: *CR: The New Centennial Review* 3 (2), 287–302.
- Garfinkel, Harold (1984): *Studies in Ethnomethodology*. Cambridge/Malden: Polity.
- Goldstein, Herman (1979): Improving Policing. A Problem-oriented Approach. In: *Crime & Delinquency* 25, 236–258.
- Grusin, Richard (2010): *Premediation: Affect and Mediality after 9/11*. Basingstoke New York: Palgrave Macmillan.
- Hartog, Francois (2015): *Regimes of Historicity: Presentism and Experiences of Time*. New York: Columbia University Press.
- Herrnkind, Martin (2014): „Du bist ein ‚Poolizeibeamter‘. Unn ich, ich bin ‚n Schutzmann!“ Von den Schwierigkeiten, ‚Berufskultur‘ zu diskutieren. In: Trappe, Tobias (Hg.): *Ausgewählte Probleme der Verwaltungsethik (II)*, Frankfurt a. M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, 145–198.
- Hitzler, Ronald; Eisewicht, Paul (2016): *Lebensweltanalytische Ethnographie – im Anschluss an Anne Honer*. Weinheim: Beltz.

Huey, Laura; Ferguson, Lorna; Koziarski, Jacek (2021): The Irrationalities of Rationality in Police Data Processes. In: *Policing and Society* 32 (8), 947–962.

Kaube, Jürgen; Kieserling, André (2022): *Die gespaltene Gesellschaft*. Berlin: Rowohlt.

Katz, Jack (2012): Cooks Cooking Up Recipes: The Cash Value of Nouns, Verbs and Grammar. In: *The American Sociologist* 43 (1), 125–134.

Keller, Reiner (2011): *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner; Knoblauch, Hubert; Reichertz, Jo (Hg.) (2013): *Kommunikativer Konstruktivismus*. Wiesbaden: Springer VS.

Kirchner, Stefan (2019): Arbeiten in der Plattformökonomie. Grundlagen und Grenzen von „Cloudwork“ und „Gigwork“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 71, 3–25.

Knoblauch, Hubert (2014): *Wissenssoziologie*. 3. Aufl., Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Knoblauch, Hubert (2016): *Die kommunikative Konstruktion der Wirklichkeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Kokot, Waltraud (1993): Kognition als Gegenstand der Ethnologie. In: Schweizer, Thomas; Schweizer, Margarete; Kokot, Waltraud (Hrsg.): *Handbuch der Ethnologie*. Berlin: Reimer.

Koselleck, Reinhart (2006): *Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. 1. Aufl. [Nachdr.], Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Lakoff, George (1984): *Classifiers as a Reflection of Mind: A Cognitive Model Approach to Prototype Theory*. Cognitive Science Program, Inst. of Cognitive Studies. Berkeley: University of California.

Lakoff, George; Johnson Mark (2008 [1984]): *Metaphors We Live by* [Nachdr.]. Chicago: University of Chicago Press.

Lee, Richard B.; DeVore, Irvén; Nash, Jill et al. (1968): *Man the Hunter*. Symposium on Man the Hunter, April 6–9, 1966. Chicago: Aldine.

Leggewie, Claus (2022): *Technocracy revisited? Rezension zu „Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft“ von Philipp Staab*, 25.10.2022: Abrufbar unter: www.soziopropolis.de/technocracy-revisited.html (Letzter Zugriff 01.06.2024).

Leonardi, Paul M.; Treem, Jeffrey W. (2020): Behavioral Visibility. A new paradigm for Organization Studies in the Age of Digitization, Digitalization, and Datafication. In: *Organization Studies* 41, 1601–1625.

Luhmann, Niklas (2000): *Organisation und Entscheidung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Maasen, Sabine (2015): Art. „Wissen“. In: Farzin, Sina; Jordan, Stefan (Hrsg.): *Lexikon Soziologie und Sozialtheorie*. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart: Reclam, S. 328–330.

March, James (1981): Footnotes to Organizational Change. In: *Administrative Science Quarterly* 26, 563–577.

Matthes, Joachim (1985): Karl Mannheims „Das Problem der Generationen“, neu gelesen: Generationen-, „Gruppen“ oder „gesellschaftliche Regelung von Zeitlichkeit“? In: *Zeitschrift für Soziologie* 14 (5), 363–372.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Gülzau, Fabian (2020): Die drei Arenen der neuen Ungleichheitskonflikte. Eine sozialstrukturelle Positionsbestimmung der Einstellungen zu Umverteilung, Migration und sexueller Diversität. In: *Berliner Journal für Soziologie* 30, S. 317–346.

Mertens, Peter; Barbian, Dina; Baier, Stephan (2017): Digitalisierung und Industrie 4.0 – eine Relativierung. Wiesbaden: Springer Vieweg.

Mertens, Peter; Barbian, Dina (2018): Digitalisierung und Industrie 4.0 – eine kritische Sicht. In: Bär, Christian; Grädler, Thomas; Mayr, Robert (Hrsg.): Digitalisierung im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Recht. 2. Band: Wissenschaft und Recht. Berlin, Heidelberg: Springer Gabler, S. 152ff.

Merton, Robert K. (1995): Opportunity Structure: The Emergence, Diffusion, and Differentiation of a Sociological Concept, 1930s-1950s. In: Adler, Freda (Hg.): The Legacy of Anomie Theory. New Brunswick: Transaction Publishers.

Morozov, Evgeny (2013): To Save Everything, Click Here: Technology, Solutionism and the Urge to Fix Problems That Don't Exist. London: Allen Lane.

Pütter, Norbert; Neubert, Randalf (2010): Gewalt gegen die Polizei: Wenig Klarheit zum Berufsrisiko von Polizisten. In: Bürgerrechte & Polizei CILIP (1), 21–28.

Ratcliffe, Jerry H.; Taylor, Ralph B.; Fisher, Ryan (2020): Conflicts and Congruencies Between Predictive Policing and the Patrol Officer's Craft. In: Policing and Society 30, 639–655.

Rehak, Rainer (2023): Zwischen Macht und Mythos. Eine kritische Einordnung aktueller KI-Narrative. Essay, 14.12.2023: Abrufbar unter: www.soziopolis.de/zwischen-macht-und-mythos.html (Letzter Zugriff 12.01.2024).

Reichertz, Jo (2013): Objektive Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt.

Romanelli, Elaine; Tushman, Michael L. (1994): Organizational Transformation as Punctuated Equilibrium. An Empirical Test. In: The Academy of Management Journal 37, 1141–1166.

Sandhu, Ajay; Fussey, Peter (2021): The 'Uberization of Policing'? How Police Negotiate and Operationalise Predictive Policing Technology. In: Policing and Society 31 (1), 66–81.

Schank, Roger; Abelson, Robert (1977): Scripts, Plans, Goals and Understanding: An Inquiry into Human Knowledge Structures. Hillsdale NJ: Erlbaum.

Schimank, Uwe (2011): Art. „Wissen“. In: Fuchs-Heinritz, Werner; Barlösius, Eva (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. 5. Aufl., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 759–760.

Schnegg, Michael; Lang, Hartmut (2008): Die Analyse kultureller Domänen. Eine praxisorientierte Einführung. Heft III der Reihe: Methoden der Ethnographie. Hamburg: Universität Hamburg.

Schütz, Alfred (1974): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Servigne, Pablo; Stevens, Raphaël; Brown, Andrew (2020): How Everything Can Collapse: A Manual for Our Times. Cambridge: Polity.

Shearing, Clifford (2005): Nodal Security. In: Police Quarterly 8 (1), 57–63.

Shearing, Clifford; Wood, Jennifer (2003): Nodal Governance, Democracy, and the New "Denizens." In: Journal of Law and Society 30 (3), 400–419.

Sherman, Lawrence W.; Weisburd, David (1995): General Deterrent Effects of Police Patrol in Crime "Hot Spots". A Randomized, Controlled Trial. In: Justice Quarterly 12, 625–648.

Sinek, Simon (2020): The Infinite Game. London: Portfolio Penguin.

Soeffner, Hans-Georg (2013): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In: Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines (Hrsg.): Qualitative Forschung. Reinbek: Rowohlt.

Staab, Philipp (2022): Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Strauss, Anselm (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung. 2. Aufl., München: Fink.

Ursuleac, Stephan (2023): Herausforderungen der Polizeibehörden und deren zukünftige Implikationen. Abrufbar unter: <https://crisis-prevention.de/sicherheit/erausforderungen-der-polizeibehoerden-und-deren-zukuenftige-implikationen.html> (Letzter Zugriff 12.01.2024).

Wajeman, Judy (2011): Feminism Confronts Technology. University Park PA.

Weiberg, Mirjam; Kleist, Olaf (2022): Demokratische Resilienz: Mehr Partizipation der Zivilgesellschaft forcieren. In: 49security. Impulse für die nationale Sicherheitsstrategie. Abrufbar unter: <https://fourninesecurity.de/2023/02/15/demokratische-resilienz-mehr-partizipation-der-zivilgesellschaft-forcieren> (Letzter Zugriff 13.01.2024).

Weißmann, Martin (2023): Organisiertes Misstrauen und ausdifferenzierte Kontrolle. Zur Soziologie der Polizei. In der Reihe: Organisationssoziologie. Wiesbaden: Springer VS.